

MEMORIAL

Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL

Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxembourg

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 948

10 décembre 1999

SOMMAIRE

Atmel ES2 S.A., Luxembourg	page	45503
Cime Holding S.A., Luxembourg		45502
Clamart International S.A., Luxembourg	45465,	45466
Cogefin S.A., Luxembourg		45473
Dreams Marine S.A., Luxembourg		45499
Elma S.A., Luxembourg		45498
Elms Brook S.A., Luxembourg		45499
Enalux S.A., Luxembourg		45492
Encre S.A., Luxembourg		45500
Espirito Santo Property Holding S.A., Luxembourg	45499,	45500
Ets Kieffer & Thill, S.à r.l., Steinfort		45486
Euro-Canadian for Technological Development S.A., Luxembourg		45503
Eurocanyon, S.à r.l., Luxembourg		45500
Eurofonds (Luxembourg) Management S.A., Luxembourg		45501
European Nautical Enterprises S.A., Luxembourg		45457
Euro-Plan A.G., Luxembourg		45501
Exact (Luxembourg), S.à r.l., Luxembourg	45496,	45498
Harlstone S.A., Luxembourg		45502
Maplux Re S.A., Luxembourg	45466,	45473
Netgels S.A., Luxembourg		45503
Orion Transports		45487
Patterson & Weston Holding S.A., Luxembourg		45502
Plantations des Terres Rouges Holding S.A., Luxembourg		45487
RB Patrimonium S.A., Luxembourg		45475
Sauren Fonds-Select, Sicav, Luxembourg-Strassen		45504
Taira Holding S.A., Luxembourg		45504
Tectum Fonds Selection, Fonds Commun de Placement		45458
UBS (Lux) Equity Fund, Fonds Commun de Placement		45476
V.L.G. International S.A., Luxembourg		45493
VMR Fund, Fonds Commun de Placement	45477,	45478
Walser DM Aktien Spezial, Fonds Commun de Placement		45485
Walser Valor, Fonds Commun de Placement		45486
Yoritomo S.A., Luxembourg		45504

EUROPEAN NAUTICAL ENTERPRISES S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1660 Luxembourg, 42, Grand-rue.
R. C. Luxembourg B 49.472.

Il résulte du procès-verbal du conseil d'administration qui s'est tenue au siège social le 30 avril 1998, que:

1) Monsieur Pascal Collard, juriste, demeurant à Spa (B) a été coopté en remplacement de l'administrateur démissionnaire Monsieur Gustavo Strassener.

Son mandat prendra fin avec l'assemblée générale annuelle statutaire de l'an 1998.

Pour inscription - réquisition

Enregistré à Luxembourg, le 6 octobre 1999, vol. 529, fol. 34, case 6 – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(49188/000/12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

TECTUM FONDS SELECTION, Fonds Commun de Placement.

Die SCHRÖDER MÜNCHMEYER HENGST INVESTMENT LUXEMBURG S.A. (die «Verwaltungsgesellschaft») hat mit Zustimmung der UBS (LUXEMBOURG) S.A. (die «Depotbank») beschlossen, das für das Sondervermögen TECTUM FONDS SELECTION, welches nach Teil II des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen am 28. Januar 1998 aufgelegt wurde, geltende Verwaltungsreglement durch ein neues Verwaltungsreglement zu ersetzen.

Das neue Verwaltungsreglement erhält folgenden Wortlaut:

«II. VERWALTUNGSREGLEMENT

Art. 1. Der Fonds.

1. Der als Dachfonds aufgelegte TECTUM FONDS SELECTION (der «Fonds») ist ein Organismus für gemeinsame Anlagen («OGA») des offenen Typs in der Form eines rechtlich unselbständigen Sondervermögens (fonds commun de placement) aus Wertpapieren, insbesondere Anteile an anderen Investmentfonds, und sonstigen Vermögenswerten («Fondsvermögen»), das unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung von der Verwaltungsgesellschaft verwaltet wird.

2. Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Inhaber von Anteilen («Anteilinhaber»), der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank sind in dem Verwaltungsreglement geregelt, das von der Verwaltungsgesellschaft mit Zustimmung der Depotbank erstellt wird. Durch den Kauf eines Anteils erkennt jeder Anteilinhaber das Verwaltungsreglement sowie alle Änderungen desselben an. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt ausserdem einen Verkaufsprospekt entsprechend den Bestimmungen des Luxemburger Rechts.

3. Der Fonds besteht aus einem oder mehreren Teilfonds im Sinne von Artikel 111 des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen. Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt den Fonds. Jeder Anleger ist am Fonds durch Beteiligung an einem Teilfonds beteiligt.

4. Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis der Anteilinhaber untereinander als eigenständiges Sondervermögen. Die Rechte und Pflichten der Anteilinhaber eines Teilfonds sind von denen der Anteilinhaber der anderen Teilfonds getrennt. Falls nicht anders vereinbart, gilt dies jedoch nicht im Verhältnis zu Dritten, denen gegenüber das Fondsvermögen insgesamt für alle Verbindlichkeiten der einzelnen Teilfonds einsteht.

5. Die Anteilwertberechnung erfolgt separat für jeden Teilfonds nach den in Artikel 7 des Verwaltungsreglements festgesetzten Regeln.

6. Die im Verwaltungsreglement aufgeführten Anlagebeschränkungen sind auf jeden Teilfonds separat anwendbar.

7. Das Netto-Fondsvermögen (Fondsvermögen abzüglich der dem Fonds zuzurechnenden Verbindlichkeiten) muss innerhalb von sechs Monaten nach Genehmigung des Fonds den Gegenwert von 50 Millionen Luxemburger Franken erreichen. Hierfür ist auf das Netto-Fondsvermögen des Fonds insgesamt abzustellen, das sich aus der Addition der Netto-Fondsvermögen der Teilfonds ergibt.

8. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit neue Teilfonds auflegen.

Teilfonds können auf bestimmte Zeit errichtet werden.

9. Teilfonds können zusammengelegt und mit anderen Investmentfonds verschmolzen werden. Die Verwaltungsgesellschaft kann gemäss nachfolgender Bedingungen jederzeit beschliessen, einen oder mehrere Teilfonds des Fonds in einen anderen Teilfonds desselben Fonds oder in einen Teilfonds eines anderen Fonds einzubringen:

- sofern der Nettovermögenswert eines Teilfonds an einem Bewertungstag unter einen Betrag gefallen ist, welcher als Mindestbetrag erscheint, um diesen Teilfonds in wirtschaftlich sinnvoller Weise zu verwalten;
- sofern es wegen einer wesentlichen Änderung im wirtschaftlichen oder politischen Umfeld oder aus Ursachen wirtschaftlicher Rentabilität nicht als wirtschaftlich sinnvoll erscheint, diesen Teilfonds zu verwalten.

Eine solche Einbringung ist nur insofern vollziehbar wie die Anlagepolitik des einzubringenden Teilfonds nicht gegen die Anlagepolitik des aufnehmenden Teilfonds verstösst.

Der Beschluss der Verwaltungsgesellschaft zur Einbringung eines oder mehrerer Teilfonds wird entsprechend den Bestimmungen von Artikel 16 des Verwaltungsreglements veröffentlicht.

Die Anteilinhaber des einzubringenden Teilfonds haben während 30 Tagen das Recht, ohne Kosten die Rücknahme aller oder eines Teils ihrer Anteile zum einschlägigen Anteilwert nach dem Verfahren, wie es in Artikel 9 des Verwaltungsreglements beschrieben ist, zu verlangen. Die Anteile von Anteilhabern welche die Rücknahme ihrer Anteile nicht verlangt haben, werden auf der Grundlage der Anteilwerte des dem Tag der Inkrafttretung der Einbringung vorangegangenen Bewertungstages, durch Anteile des aufnehmenden Teilfonds ersetzt. Gegebenenfalls werden Bruchanteile ausgegeben.

Die Verwaltungsgesellschaft kann Teilfonds jederzeit, auf bestimmte Zeit errichtete Teilfonds auch vor Ablauf ihrer Laufzeit auflösen, insbesondere in den Fällen einer wesentlichen Veränderung wirtschaftlicher und/oder politischer Rahmenbedingungen, im Interesse einer wirtschaftlichen Rationalisierung oder dann, wenn das Fondsvermögen eines Teilfonds unter eine Mindestgrenze absinkt, welche die Verwaltungsgesellschaft als Untergrenze für ein wirtschaftlich effizientes Management des entsprechenden Teilfonds ansieht. Die Auflösung auf unbestimmte Zeit errichteter Teilfonds und die vorzeitige Auflösung auf bestimmte Zeit errichteter Teilfonds wird jeweils mindestens dreissig Tage vor dem jeweiligen Auflösungszeitpunkt in einer Tageszeitung in Luxemburg sowie in den Ländern, in welchen Anteile öffentlich zum Vertrieb berechtigt sind, veröffentlicht.

Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft.

1. Verwaltungsgesellschaft ist die SCHRÖDER MÜNCHMEYER HENGST INVESTMENT LUXEMBURG S.A., mit Sitz in Luxemburg, Grossherzogtum Luxemburg.

2. Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet den Fonds im eigenen Namen, jedoch ausschliesslich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilhaber. Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich auf die Ausübung aller Rechte, welche unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des Fonds bzw. seiner Teilfonds zusammenhängen.

3. Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik des Fonds unter Berücksichtigung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen fest. Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft kann eines oder mehrere seiner Mitglieder sowie sonstige natürliche oder juristische Personen mit der Ausführung der täglichen Anlagepolitik betrauen.

4. Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung und auf eigene Kosten Anlageberater hinzuziehen, insbesondere sich durch einen Anlageausschuss beraten lassen.

Art. 3. Die Depotbank.

1. Depotbank für den Fonds ist die UBS (LUXEMBOURG) S.A.

2. Die Depotbank ist mit der Verwahrung der Vermögenswerte des Fonds und seiner Teilfonds beauftragt. Die Rechte und Pflichten der Depotbank richten sich nach dem Gesetz, dem Verwaltungsreglement und dem Depotbankvertrag.

3. Alle Investmentanteile, flüssige Mittel und anderen Vermögenswerte des Fonds und seiner Teilfonds werden von der Depotbank in gesperrten Konten und Depots verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Verwaltungsreglements verfügt werden darf. Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft Dritte, insbesondere andere Banken und Wertpapiersammelstellen, mit der Verwahrung von Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten beauftragen, sofern diese an einer ausländischen Börse zugelassen oder in ausländische organisierte Märkte einbezogen sind oder es sich um sonstige ausländische Vermögensgegenstände handelt, die nur im Ausland lieferbar sind.

4. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben handelt die Depotbank unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschliesslich im Interesse der Anteilhaber. Sie wird jedoch den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft Folge leisten, sofern diese übereinstimmen mit dem Verwaltungsreglement, dem jeweiligen Depotbankvertrag, dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt und dem Gesetz. Sie wird entsprechend den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft insbesondere:

- a) Anteile eines Teilfonds auf die Zeichner übertragen;
- b) aus den gesperrten Konten des betreffenden Teilfonds den Kaufpreis für Investmentanteile, Optionen und sonstige zulässige Vermögenswerte zahlen, die für einen Teilfonds erworben bzw. getätigt worden sind;
- c) aus den gesperrten Konten des betreffenden Teilfonds die notwendigen Einschüsse beim Abschluss von Terminkontrakten leisten;
- d) Investmentanteile sowie sonstige zulässige Vermögenswerte und Optionen, die für einen Teilfonds verkauft worden sind, gegen Zahlung des Verkaufspreises ausliefern bzw. übertragen;
- e) den Rücknahmepreis gegen Rückgabe der Anteile auszahlen.

5. Ferner wird die Depotbank dafür sorgen, dass

- a) alle Vermögenswerte eines Teilfonds unverzüglich auf den gesperrten Konten bzw. Depots des betreffenden Teilfonds eingehen, insbesondere der Rücknahmepreis aus dem Verkauf von Investmentanteilen, anfallende Erträge und von Dritten zu zahlende Optionsprämien sowie eingehende Zahlungen des Ausgabepreises abzüglich der Verkaufsprovision und etwaiger Ausgabesteuern unverzüglich auf den gesperrten Konten des jeweiligen Teilfonds verbucht werden;
- b) der Verkauf, die Ausgabe, die Rücknahme, die Auszahlung und die Entwertung der Anteile die für Rechnung des Fonds vorgenommen werden, dem Gesetz und dem Verwaltungsreglement gemäss erfolgt;
- c) die Berechnung des Inventarwertes und des Wertes der Anteile dem Gesetz und dem Verwaltungsreglement gemäss erfolgt;
- d) Investmentanteile höchstens zum Ausgabepreis gekauft und mindestens zum Rücknahmepreis verkauft werden;
- e) bei allen Geschäften, die sich auf das Fondsvermögen beziehen, der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen bei ihr eingeht;
- f) bei allen Geschäften, die sich auf das Fondsvermögen beziehen, der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen bei ihr eingeht;
- g) sonstige Vermögenswerte und Optionen höchstens zu einem Preis erworben werden, der unter Berücksichtigung der Bewertungsregeln nach Art. 7 des Verwaltungsreglements angemessen ist, und die Gegenleistung im Falle der Veräusserung dieser Vermögenswerte den zuletzt ermittelten Wert nicht oder nur unwesentlich unterschreitet;
- h) die gesetzlichen und vertraglichen Beschränkungen bezüglich des Kaufs und Verkaufs von Optionen und Finanzterminkontrakten eingehalten werden.

6. Die Depotbank zahlt der Verwaltungsgesellschaft aus den gesperrten Konten des betreffenden Teilfonds nur das in diesem Verwaltungsreglement und dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt festgesetzte Entgelt. Sie entnimmt die ihr nach dem Verwaltungsreglement und dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt zustehende Depotbankvergütung nur nach Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft.

7. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen

- a) Ansprüche der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;
- b) gegen Vollstreckungsmassnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das Vermögen des Fonds oder der jeweiligen Teilfonds nicht haftet.

Die unter Nr. 7a) genannte Regelung schliesst die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Verwaltungsgesellschaft durch die Anteilhaber nicht aus.

8. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen Ansprüche der Anteilhaber gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schliesst die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Depotbank durch die Anteilhaber nicht aus.

9. Die Depotbank ist berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit im Einklang mit dem Depotbankvertrag zu kündigen. In diesem Falle ist die Verwaltungsgesellschaft verpflichtet, den Fonds gemäss Artikel 12 des Verwaltungsreglements aufzulösen oder innerhalb von zwei Monaten mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Depotbank zu bestellen; bis dahin wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilhaber ihren Pflichten als Depotbank vollumfänglich nachkommen.

10. Die Verwaltungsgesellschaft ist ebenfalls berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit im Einklang mit dem Depotbankvertrag zu kündigen. Eine derartige Kündigung hat notwendigerweise die Auflösung des Fonds gemäss Artikel 12 des Verwaltungsreglements zur Folge, sofern die Verwaltungsgesellschaft nicht zuvor eine andere Bank mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Depotbank bestellt hat, welche die gesetzlichen Funktionen der vorherigen Depotbank übernimmt.

Art. 4. Anlagepolitik und Anlagebeschränkungen.

1. Zielfonds

Mindestens 51% des jeweiligen Nettovermögens eines Teilfonds werden in Anteilen anderer Investmentfonds angelegt, bei denen die Anteilhaber das Recht zur Rückgabe haben («Zielfonds»).

Für die Anlage des Fondsvermögens der einzelnen Teilfonds gelten die folgenden Anlagerichtlinien und Anlagebeschränkungen:

Es dürfen lediglich Anteile gehalten werden an

a) Geldmarkt-, Wertpapier-, Beteiligungs-, Immobilien-, gemischten Wertpapier- und Immobilien sowie Altersvorsorge-Sondervermögen nach dem deutschen Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften, welche keine Spezialfonds (Organismen für Gemeinsame Anlagen deren Anteile nicht zum öffentlichen Vertrieb bestimmt sind) sind, und/oder

b) ausländischen Investmentvermögen, die keine Spezialfonds sind und bei denen die Anteilhaber das Recht zur Rückgabe ihrer Anteile haben, und die entweder nach dem deutschen Auslandsinvestment-Gesetz in Deutschland öffentlich vertrieben werden dürfen oder welche in ihrem Sitzland einer funktionierenden Investmentaufsicht unterliegen. Es ist nicht erforderlich, dass die Anteile an einer Börse zum Handel zugelassen sind.

2. Risikostreuung

Der Wert der Anteile der Zielfonds muß zumindest 51% des Wertes eines Teilfonds betragen. Ferner dürfen insgesamt bis zu 49% des Wertes eines Teilfonds in Bankguthaben, Einlagen bzw. Einlagezertifikaten und anderen Geldmarktpapieren mit einer restlichen Laufzeit zum Zeitpunkt ihres Erwerbs von höchstens 12 Monaten zu Liquiditätszwecken gehalten werden.

Anteile der Zielfonds, die mehr als 5% des Wertes ihres Vermögens in Anteilen an weiteren Sondervermögen oder Investmentvermögen gemäss oben stehender Nr. 1 anlegen dürfen, dürfen nur erworben werden, wenn diese Anteile nach den Vertragsbedingungen oder der Satzung des deutschen Sondervermögens oder der ausländischen Investmentgesellschaft anstelle von Bankguthaben gehalten werden dürfen.

Es dürfen nicht mehr als 20% des Nettovermögens eines Teilfonds in Anteilen eines einzigen Zielfonds angelegt werden. Ferner dürfen nicht mehr als 10% der ausgegebenen Anteile eines anderen deutschen Sondervermögens oder anderen Investmentvermögens gemäss oben stehender Nr. 1 erworben werden. Handelt es sich bei einem Investmentvermögen gemäss oben stehender Nr. 1 um den Teilfonds eines Umbrella-Fonds, so beziehen sich die in vorgenannten Grenzen jeweils auf den Teilfonds und nicht auf den gesamten Umbrella-Fonds. Dabei darf es nicht zu einer Konzentration des Nettofondsvermögens auf einen einzigen Umbrella-Fonds kommen.

Die Anlage in andere Dachfonds, in Futures Fonds, Venture-Capital-Fonds oder Spezialfonds ist unzulässig.

Der Umfang, in dem ausländische Investmentanteile erworben werden dürfen, ist nicht beschränkt.

3. Kredite und Belastungsverbote

Kredite zu Lasten des Vermögens eines Teilfonds dürfen nur kurzfristig und in Höhe von bis zu 10% des jeweiligen Nettovermögens aufgenommen werden; die Kreditaufnahme bedarf der Zustimmung der Depotbank zu den Darlehensbedingungen.

Die zum Vermögen eines Teilfonds gehörenden Wertpapiere und Forderungen dürfen nicht verpfändet oder sonst belastet, zur Sicherung übereignet oder zur Sicherung abgetreten werden, es sei denn, es handelt sich um Kreditaufnahmen zu Lasten von Vermögen des entsprechenden Teilfonds oder um Sicherheitsleistungen zur Erfüllung von Einschuss- oder Nachschussverpflichtungen im Rahmen der Abwicklung von Geschäften mit derivativen Finanzinstrumenten.

4. Finanzinstrumente

Im Rahmen der ordnungsgemässen Verwaltung dürfen nur folgende Geschäfte getätigt werden, die Finanzinstrumente zum Gegenstand haben:

a) Devisenkurssicherungsgeschäfte gemäss unten stehender Nr. 6;

b) Optionsrechte gemäss unten stehender Nr. 6, deren Optionsbedingungen das Recht auf Zahlung eines Differenzbetrages einräumen, dürfen nur eingeräumt oder erworben werden, wenn die Optionsbedingungen vorsehen, dass

(1) der Differenzbetrag zu ermitteln ist als ein Bruchteil, das Einfache oder das Mehrfache (Differenzbetragsmultiplikator) der Differenz zwischen dem

(a) Wert des Basiswerts zum Ausübungszeitpunkt und dem Basispreis oder dem als Basispreis vereinbarten Indexstand oder

(b) Basispreis oder dem Wert des Basiswerts zum Ausübungszeitpunkt, und

(2) bei negativem Differenzbetrag eine Zahlung entfällt.

Die Summe der Prämien für den Erwerb der vorstehend genannten Optionen darf 15% des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds nicht übersteigen.

c) Es dürfen ferner Zinsterminkontrakte veräussert und Zinsswaps geschlossen werden, wenn ihnen zum Zeitpunkt des Abschlusses Vermögensgegenstände im jeweiligen Teilfonds mit Zinsrisiken in entsprechender Höhe gegenüberstehen. Die vorstehend erwähnten Zinsterminkontrakte und Zinsswaps müssen auf dieselbe Währung lauten, als die im jeweiligen Teilfondsvermögen befindlichen Vermögensgegenstände und dürfen nur mit erstklassigen, auf diese Geschäfte spezialisierten Finanzinstituten eingegangen werden.

5. Notierte und nicht notierte Finanzinstrumente

Die Verwaltungsgesellschaft darf Geschäfte tätigen, die zum Handel an einer Börse zugelassene oder in einen anderen organisierten Markt einbezogene Finanzinstrumente zum Gegenstand haben.

Geschäfte, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassene oder in einen anderen organisierten Markt einbezogene Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, dürfen nur mit geeigneten Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten auf der Grundlage standardisierter Rahmenverträge getätigt werden. Unter geeigneten Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten sind erstklassige, auf diese Geschäfte spezialisierte Institute zu verstehen.

Die im vorstehendem Absatz genannten Geschäfte dürfen mit einem Vertragspartner nur insofern getätigt werden, als der Verkehrswert des Finanzinstrumentes einschliesslich des zugunsten des jeweiligen Teilfonds bestehenden Saldos aller Ansprüche aus offenen, bereits mit diesem Vertragspartner für Rechnung des jeweiligen Teilfonds getätigten Geschäften, die ein Finanzinstrument zum Gegenstand haben, 5% des Wertes des jeweiligen Teilfondsvermögens nicht überschreitet. Bei Überschreitung der vorgenannten Grenze darf die Verwaltungsgesellschaft weitere Geschäfte mit diesem Vertragspartner nur tätigen, wenn diese zu einer Verringerung des Saldos führen. Überschreitet der Saldo aller Ansprüche aus offenen, mit dem Vertragspartner für Rechnung des jeweiligen Teilfonds getätigten Geschäften, die Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, 10% des Wertes des jeweiligen Teilfondsvermögens, so hat die Verwaltungsgesellschaft unter Wahrung der Interessen der Anteilhaber unverzüglich diese Grenze wieder einzuhalten. Konzernunternehmen gelten als ein Vertragspartner.

6. Devisenterminkontrakte und Optionsrechte auf Devisen und Devisenterminkontrakte mit Absicherungszweck

Die Verwaltungsgesellschaft darf nur zur Währungskurssicherung von in Fremdwährung gehaltenen Vermögensgegenständen für Rechnung des jeweiligen Teilfonds Devisenterminkontrakte verkaufen sowie nur Verkaufsoptionsrechte auf Devisen oder Verkaufsoptionsrechte auf Devisenterminkontrakte erwerben, die auf dieselbe Währung lauten.

Die vorgenannten Geschäfte dürfen nur mit erstklassigen, auf diese Geschäfte spezialisierten Finanzinstituten getätigt werden.

Der Sicherungszweck solcher Geschäfte setzt voraus, dass der Umfang der Geschäfte in einer bestimmten Währung grundsätzlich den Wert der auf diese Währung lautenden Vermögenswerte nicht übersteigen und die Dauer, für welche der jeweilige Teilfonds diese Vermögenswerte hält, nicht überschreiten darf.

Devisenterminkontrakte und Kaufoptionsrechte auf Devisen und Devisenterminkontrakte dürfen im Falle schwerer Verpflichtungsgeschäfte nur erworben werden, soweit sie zur Erfüllung des Geschäftes benötigt werden.

Die Verwaltungsgesellschaft wird von den vorstehend aufgeführten Möglichkeiten Gebrauch machen, wenn und soweit sie dies im Interesse der Anteilhaber für geboten hält.

7. Flüssige Mittel

Der jeweilige Teilfonds wird daneben angemessene flüssige Mittel in Form von Barguthaben und regelmässig gehandelten Geldmarktinstrumenten, deren Restlaufzeit 12 Monate nicht übersteigt, halten oder als Festgelder anlegen.

8. Weitere Anlagerichtlinien

Es dürfen keine Geschäfte zu Lasten des Vermögens des jeweiligen Teilfonds vorgenommen werden, die den Verkauf von nicht zu diesem Vermögen gehörenden Wertpapieren zum Gegenstand haben. Der Erwerb von Edelmetallen, Immobilien oder Waren sowie der Abschluss von Warenkontrakten ist unzulässig. Wertpapier-Kaufoptionen dürfen Dritten nicht eingeräumt werden. Wertpapierdarlehens- und Pensionsgeschäfte sind unzulässig.

Es dürfen keine Anteile an Zielfonds erworben werden, deren Veräusserung aufgrund vertraglicher Vereinbarungen irgendwelchen Beschränkungen unterliegt. Das Vermögen eines Teilfonds darf nicht zur festen Übernahme von Wertpapieren benutzt werden.

Werden die oben genannten Grenzen von der Verwaltungsgesellschaft unbeabsichtigt oder infolge der Ausübung der Bezugsrechte überschritten, so hat diese bei ihren Verkäufen als vorrangiges Ziel die Normalisierung dieser Lage unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber anzustreben.

Die Verwaltungsgesellschaft kann weitere Anlagebeschränkungen festsetzen um den Bedingungen solcher Länder zu entsprechen, in denen Anteile vertrieben werden sollen.

Art. 5. Fondsanteile.

1. Fondsanteile sind Anteile an dem jeweiligen Teilfonds. Sie werden durch Anteilzertifikate in der, durch die Verwaltungsgesellschaft aufgelegten und im Verkaufsprospekt aufgeführten Stückelung, die auf den Inhaber lauten, ausgegeben. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Verbriefung in Globalzertifikaten vorsehen. Ein Anspruch der Anteilhaber auf Auslieferung effektiver Stücke besteht in diesem Fall nicht. Die Verbriefung in Globalzertifikaten findet gegebenenfalls Erwähnung im Verkaufsprospekt des Fonds.

2. Alle Anteile haben gleiche Rechte.

3. Die Verwaltungsgesellschaft kann für einen Teilfonds zwei Anteilklassen A und B vorsehen. Anteile der Klasse B berechnen zu Ausschüttungen, während auf Anteile der Klasse A keine Ausschüttung erfolgt. Alle Anteile sind vom Tage ihrer Ausgabe an in gleicher Weise an Erträgen, Kursgewinnen und am Liquidationserlös ihrer jeweiligen Anteilklasse beteiligt.

4. Sofern Anteilklassen gebildet werden, findet dies Erwähnung im Verkaufsprospekt.

5. Ausgabe und Rücknahme der Anteile sowie die Vornahme von Zahlungen auf Anteile sowie gegebenenfalls auf Ertragsscheine erfolgen bei der Verwaltungsgesellschaft sowie über jede Zahlstelle.

Art. 6. Ausgabe von Anteilen.

Anteile werden an jedem Tag, der zugleich Börsentag in Luxemburg und Frankfurt am Main ist («Bewertungstag») ausgegeben. Ausgabepreis ist der Anteilwert gemäss Artikel 7 des Verwaltungsreglements zuzüglich einer Verkaufsprovision zugunsten der Vertriebsstellen von bis zu 5% des Anteilwertes. Der Ausgabepreis ist innerhalb von drei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in Luxemburg zahlbar.

2. Die Verwaltungsgesellschaft kann nach eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilinhaber, zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft, zum Schutz eines Teilfonds, im Interesse der Anlagepolitik oder im Fall der Gefährdung der spezifischen Anlageziele eines Teilfonds erforderlich erscheint.

3. Für alle Zeichnungen, die bei der Hauptverwaltung oder der Depotbank während der in Luxemburg üblichen Handelszeiten an einem Bewertungstag in Luxemburg eintreffen, gilt der am darauffolgenden Bewertungstag ermittelte Ausgabepreis. Für Zeichnungen, die bei der Hauptverwaltung oder Depotbank nach den in Luxemburg üblichen Handelszeiten an einem Bewertungstag eintreffen, kommt der am übernächsten Bewertungstag ermittelte Ausgabepreis zur Anwendung.

4. Die Anteile werden unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Depotbank zugeteilt und dem Anteilinhaber in entsprechender Höhe übertragen.

5. Die Depotbank wird auf nicht ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen unverzüglich zurückzahlen.

Art. 7. Währung und Anteilwertberechnung.

Das Netto-Fondsvermögen des Fonds lautet auf Euro (EUR) («Referenzwährung»). Der Wert eines Anteils («Anteilwert») lautet auf die im Verkaufsprospekt festgelegte Währung, in welcher der jeweilige Teilfonds aufgelegt wird («Fondswährung»).

2. Der Anteilwert wird unter Aufsicht der Depotbank von der Zentralverwaltungsstelle an jedem Bewertungstag berechnet. Die Berechnung erfolgt durch Teilung des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds durch die Zahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile an diesem Teilfonds.

3. Soweit in Jahres- und Halbjahresberichten sowie sonstigen Finanzstatistiken aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gemäss den Regelungen des Verwaltungsreglements Auskunft über die Situation des Fondsvermögens des Fonds insgesamt gegeben werden muss, werden die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds in die Referenzwährung umgerechnet.

4. Das Netto-Fondsvermögen jedes Teilfonds wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

a) Anteile an Zielfonds werden zum letzten festgestellten und erhältlichen Anteilwert, gegebenenfalls unter Berücksichtigung eines Rücknahmeabschlages, bewertet.

b) Wertpapiere, die an einer Börse amtlich notiert sind, werden zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet.

c) Wertpapiere, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind, die aber an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemeinen, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar bewertungsregeln für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere verkauft werden können.

d) Die flüssigen Mittel werden zu ihrem Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.

e) Falls für die unter Buchstabe a) genannten Anteile die Rücknahme zum Anteilwert ausgesetzt ist oder keine Anteilwerte festgelegt werden, oder falls die gemäss vorstehend b) und c) ermittelten Kurse nicht marktgerecht sind oder für andere als die unter b) und c) aufgeführten Vermögenswerte eine Kursfestlegung nicht erfolgt, werden diese Anteile oder Wertpapiere ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar bewertungsregeln festlegt.

f) Alle nicht auf die Fondswährung lautenden Vermögenswerte werden zum letzten Devisenmittelkurs in die Fondswährung umgerechnet.

5. Sofern für einen Teilfonds zwei Anteilklassen gemäss Artikel 5, Nr. 3 des Verwaltungsreglements eingerichtet sind, ergeben sich für die Anteilwertberechnung folgende Besonderheiten:

a) Die Anteilwertberechnung erfolgt nach den unter Nr. 1 dieses Artikels aufgeführten Kriterien für jede Anteilklasse separat.

b) Der Mittelzufluss aufgrund der Ausgabe von Anteilen erhöht den prozentualen Anteil der jeweiligen Anteilklasse am gesamten Wert des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds. Der Mittelabfluss aufgrund der Rücknahme von Anteilen vermindert den prozentualen Anteil der jeweiligen Anteilklasse am gesamten Wert des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds.

c) Im Fall einer Ausschüttung vermindert sich der Anteilwert der - ausschüttungsberechtigten - Anteile der Anteilklasse B um den Betrag der Ausschüttung. Damit vermindert sich zugleich der prozentuale Anteil der Anteilklasse B am gesamten Wert des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds, während sich der prozentuale Anteil der - nicht ausschüttungsberechtigten - Anteilklasse A am gesamten Wert des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds erhöht.

Art. 8. Einstellung der Berechnung des Anteilwertes.

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, die Berechnung des Anteilwertes eines Teilfonds zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber gerechtfertigt ist, insbesondere in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Anlagen des Teilfonds nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Anteilwertes ordnungsgemäss durchzuführen, insbesondere

dann, wenn die Anteilwertberechnung von Zielfonds, in welchen ein wesentlicher Teil des Fondsvermögens des betreffenden Teilfonds angelegt ist, ausgesetzt ist, oder wenn eine Börse oder ein anderer geregelter Markt, an welcher ein Vermögenswert notiert oder gehandelt wird, aus anderen Gründen als gesetzlichen oder Bankfeiertagen, geschlossen ist.

2. Die Verwaltungsgesellschaft wird die Aussetzung beziehungsweise Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung unverzüglich in mindestens einer Tageszeitung in den Ländern veröffentlichen, in denen die Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind, sowie allen Anteilhabern mitteilen, die Anteile zur Rücknahme angeboten haben.

Art. 9. Rücknahme und Umtausch von Anteilen.

1. Die Anteilhaber sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zum Rücknahmepreis zu verlangen. Die Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag. Rücknahmepreis ist der Anteilwert gemäss Artikel 7 des Verwaltungsreglements. Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt grundsätzlich drei Bankarbeitstage nach dem entsprechenden Bewertungstag in Luxemburg, spätestens aber innerhalb von sieben Kalendertagen nach Eingang des vollständigen Rücknahmeantrages bei der Verwaltungsgesellschaft.

2. Für alle Rücknahmesuche, die bei der Hauptverwaltung oder der Depotbank während der in Luxemburg üblichen Handelszeiten an einem Bewertungstag in Luxemburg eintreffen, gilt der am darauffolgenden Bewertungstag ermittelte Rücknahmepreis je Anteil. Für alle Rücknahmesuche, die bei der Hauptverwaltung oder Depotbank nach den in Luxemburg üblichen Handelszeiten eintreffen, gilt der am übernächsten Bewertungstag ermittelte Rücknahmepreis.

3. Die Verwaltungsgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank berechtigt, umfangreiche Rücknahmen, die nicht aus den flüssigen Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des jeweiligen Teilfonds befriedigt werden können, erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte dieses Teilfonds ohne Verzögerung verkauft wurden. Entsprechendes gilt für Anträge auf Umtausch von Anteilen.

4. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

5. Die Verwaltungsgesellschaft kann Anteile einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilhaber oder zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft oder des Fonds oder eines Teilfonds erforderlich erscheint.

6. Der Anteilhaber kann seine Anteile ganz oder teilweise in Anteile eines anderen Teilfonds oder einer anderen Anteilklasse umtauschen. Der Umtausch der Anteile erfolgt kostenlos auf der Grundlage der nächsterrechneten Anteilwerte der jeweiligen Teilfonds.

7. Fondsanteile können bei der Verwaltungsgesellschaft, bei der Depotbank oder über jede Zahlstelle zurückgegeben bzw. umgetauscht werden.

Art. 10. Rechnungsjahr und Abschlussprüfung.

1. Das Rechnungsjahr des Fonds beginnt am 1. Oktober eines jeden Jahres und endet am 30. September des darauffolgenden Jahres. Das erste Rechnungsjahr beginnt mit Gründung des Fonds und endet am 30. September 1998.

2. Der Jahresabschluss des Fonds wird von einem Wirtschaftsprüfer geprüft, der von der Verwaltungsgesellschaft ernannt wird.

Art. 11. Ausschüttungspolitik.

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann die in einem Teilfonds erwirtschafteten Erträge an die Anteilhaber dieses Teilfonds ausschütten oder diese Erträge in dem jeweiligen Teilfonds thesaurieren. Dies findet Erwähnung im Verkaufsprospekt des Fonds.

2. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kursgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Kursgewinne sowie sonstige Aktiva zur Ausschüttung gelangen, sofern das Netto-Fondsvermögen des Fonds insgesamt aufgrund der Ausschüttung nicht unter die Mindestgrenze gemäss Artikel 1, Nr. 7 des Verwaltungsreglements sinkt.

3. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt. Ausschüttungen können ganz oder teilweise in Form von Gratisanteilen vorgenommen werden. Eventuell verbleibende Bruchteile können bar ausbezahlt werden. Erträge, die fünf Jahre nach Veröffentlichung einer Ausschüttungserklärung nicht abgefordert wurden, verfallen zugunsten des jeweiligen Teilfonds.

4. Ausschüttungsberechtigt sind im Falle der Bildung von Anteilklassen gemäss Artikel 5 des Verwaltungsreglements ausschliesslich die Anteile der Anteilklasse B des jeweiligen Teilfonds.

Art. 12. Dauer und Auflösung des Fonds.

1. Der Fonds ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

2. Unbeschadet der Regelung gemäss Nr. 1 dieses Artikels können der Fonds bzw. ein oder mehrere Teilfonds jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden.

3. Die Auflösung des Fonds erfolgt zwingend in folgenden Fällen:

a) wenn die Depotbankbestellung gekündigt wird, ohne dass eine neue Depotbankbestellung innerhalb der gesetzlichen oder vertraglichen Fristen erfolgt;

b) wenn über die Verwaltungsgesellschaft das Konkursverfahren eröffnet wird oder die Verwaltungsgesellschaft liquidiert wird;

c) wenn das Fondsvermögen während mehr als sechs Monaten unter einem Viertel der Mindestgrenze gemäss Artikel 1, Nr. 7 des Verwaltungsreglements bleibt;

d) in anderen, im Gesetz vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen vorgesehenen Fällen.

4. Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Auflösung des Fonds bzw. eines Teilfonds führt, werden die Ausgabe und die Rücknahme von Anteilen des Fonds bzw. des betreffenden Teilfonds eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös, abzüglich der Liquidationskosten und Honorare («Netto-Liquidationserlös»), auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von derselben oder von der Depotbank ernannten Liquidatoren unter die Anteilinhaber des Fonds bzw. des Teilfonds nach deren Anspruch verteilen. Der Netto-Liquidationserlös, der nicht zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern eingezogen worden ist, wird, soweit dann gesetzlich notwendig, in Luxemburger Franken umgerechnet und von der Depotbank nach Abschluss des Liquidationsverfahrens für Rechnung der Anteilinhaber bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo dieser Betrag verfällt, wenn er nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert wird.

5. Weder die Anteilinhaber noch deren Erben, Gläubiger oder Rechtsnachfolger können die Auflösung oder die Teilung des Fonds oder eines Teilfonds beantragen.

Art. 13. Kosten.

Dem Fondsvermögen können folgende Kosten belastet werden:

- a) ein jährliches Entgelt zugunsten der Verwaltungsgesellschaft von bis zu 1,6% p.a., dessen Höhe für den jeweiligen Teilfonds im Verkaufsprospekt bestimmt wird, dessen Berechnung auf der Grundlage des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds an jedem Bewertungstag erfolgt und das monatlich zahlbar ist;
- b) ein jährliches Entgelt zugunsten der Depotbank in Höhe von bis zu 0,10% p.a.. Die Berechnung des Entgeltes der Depotbank erfolgt auf der Grundlage des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds an jedem Bewertungstag. Das Entgelt der Depotbank ist monatlich zahlbar;
- c) Kosten im Zusammenhang mit der Durchführung von Aufgaben der Zentralverwaltung gemäss den Bestimmungen des Luxemburger Rechts durch die Zentralverwaltungsstelle;
- d) Steuern und ähnliche Abgaben, die auf das Vermögen des Fonds insgesamt oder eines Teilfonds, dessen Einkommen oder die Auslagen zu Lasten des Fonds oder des jeweiligen Teilfonds erhoben werden;
- e) Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilinhaber, des Fonds insgesamt oder eines Teilfonds handeln;
- f) die Honorare des Wirtschaftsprüfers;
- g) Kosten für die Erstellung von Anteilzertifikaten und Ertragsscheinen;
- h) Kosten für die Einlösung von Ertragsscheinen;
- i) Kosten der Erstellung sowie der Hinterlegung und Veröffentlichung des Verwaltungsreglements sowie anderer Dokumente, wie z.B. des Verkaufsprospekts, einschliesslich Kosten der Anmeldungen zur Registrierung, oder der schriftlichen Erläuterungen bei sämtlichen Registrierungsbehörden und Börsen (einschliesslich örtlichen Wertpapierhändlervereinigungen), welche im Zusammenhang mit dem Fonds oder dem Vertrieb der Anteile vorgenommen werden müssen;
- j) Druck- und Vertriebskosten der Jahres- und Halbjahresberichte für die Anteilinhaber in allen notwendigen Sprachen, sowie Druck- und Vertriebskosten von sämtlichen weiteren Berichten und Dokumenten, welche gemäss den anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen der genannten Behörden notwendig sind;
- k) Kosten der für die Anteilinhaber bestimmten Veröffentlichungen;
- l) ein angemessener Anteil an den Kosten für die Werbung und an solchen, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten und Verkauf von Anteilen anfallen;
- m) sämtliche Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräusserung von Vermögenswerten, vorbehaltlich der folgenden Bestimmung:

Soweit ein Zielfonds von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft, mit der sie durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, verwaltet wird, werden dafür dem jeweiligen Teilfonds von der Verwaltungsgesellschaft keine Ausgabeaufschläge, Rücknahmeabschläge und keine Verwaltungsvergütung belastet. Bei der Verwaltungsvergütung kann das dadurch erreicht werden, dass die Verwaltungsgesellschaft ihre Verwaltungsvergütung für den auf Anteile an solchen verbundenen Zielfonds entfallenden Teil - gegebenenfalls bis zu ihrer gesamten Höhe - jeweils um die von den erworbenen Zielfonds berechnete Verwaltungsvergütung kürzt. Diese Beschränkungen gelten auch für Anteile an Investmentgesellschaften, die mit der Verwaltungsgesellschaft bzw. dem Fonds in der vorgenannten Weise verbunden sind.

2. Sämtliche Kosten werden zunächst dem laufenden Einkommen, dann den Kapitalgewinnen und zuletzt dem Fondsvermögen angerechnet.

3. Das Vermögen des Fonds haftet insgesamt für alle vom Fonds zu tragenden Kosten. Jedoch werden diese Kosten einem einzelnen Teilfonds gesondert berechnet, soweit sie ihn allein betreffen; im übrigen werden diese Kosten den einzelnen Teilfonds im Verhältnis ihres Netto-Fondsvermögens anteilig belastet.

4. Die Gründungskosten werden dem Fondsvermögen der bei Gründung bestehenden Teilfonds belastet. Die Aufteilung der Gründungskosten auf die jeweiligen Teilfondsvermögen erfolgt pro rata durch die Verwaltungsgesellschaft. Kosten im Zusammenhang mit der Auflegung weiterer Teilfonds werden in dem jeweiligen Teilfondsvermögen belastet, welchem sie zuzurechnen sind.

Art. 14. Verjährung und Vorlegungsfrist.

Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; davon unberührt bleibt die in Artikel 12, Nr. 4 des Verwaltungsreglements enthaltene Regelung.

Art. 15. Änderungen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann das Verwaltungsreglement mit Zustimmung der Depotbank jederzeit ganz oder teilweise ändern.

Art. 16. Veröffentlichungen.

1. Die erstmals gültige Fassung des Verwaltungsreglements sowie Änderungen desselben werden beim Handelsregister des Bezirksgerichts Luxemburg hinterlegt und im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Grossherzogtums Luxemburg («Mémorial»), veröffentlicht.

2. Ausgabe- und Rücknahmepreise sind bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und jeder Zahlstelle erhältlich.

3. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt für den Fonds einen Verkaufsprospekt, einen geprüften Jahresbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Grossherzogtums Luxemburg.

4. Die unter Nr. 3 dieses Artikels aufgeführten Unterlagen des Fonds, sowie das Verwaltungsreglement, der Depotbankvertrag, der Zentralverwaltungsstellenvertrag und die Satzung der Gesellschaft sind für die Anteilhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und jeder Zahlstelle erhältlich.

5. Die Auflösung des Fonds gemäss Artikel 12 des Verwaltungsreglements wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und in mindestens drei überregionalen Tageszeitungen, von denen eine eine Luxemburger Zeitung ist, veröffentlicht.

Art. 17. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache.

1. Das Verwaltungsreglement unterliegt Luxemburger Recht. Insbesondere gelten in Ergänzung zu den Regelungen des Verwaltungsreglements die Vorschriften des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen. Gleiches gilt für die Rechtsbeziehungen zwischen den Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank.

2. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Gerichtsbezirk Luxemburg im Grossherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und den Fonds der Gerichtsbarkeit und dem Recht eines jeden Landes zu unterwerfen, in welchem Anteile vertrieben werden, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind, und im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf den Fonds beziehen.

3. Der deutsche Wortlaut des Verwaltungsreglements ist massgeblich.

Art. 18. Inkrafttreten.

Das Verwaltungsreglement und jegliche Änderung desselben treten am Tag der Unterzeichnung in Kraft, sofern nichts anderes bestimmt ist.»

Die vorstehende Änderung tritt am 30. Oktober in Kraft.

Luxemburg, den 30. September 1999.

Die Verwaltungsgesellschaft

Die Depotbank

Unterschriften

F. Schaber

L. Bellinato

Associate Director

Associate Director

Enregistré à Luxembourg, le 12 novembre 1999, vol. 530, fol. 53, case 7. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(52900/250/498) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 12 novembre 1999.

CLAMART INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.

R. C. Luxembourg B 33.062.

L'an mil neuf cent quatre-vingt-dix-neuf, le quinze novembre.

Par-devant Maître André-Jean-Joseph Schwachtgen, notaire de résidence à Luxembourg.

S'est tenue une assemblée générale extraordinaire de la société anonyme établie à Luxembourg sous la dénomination de CLAMART INTERNATIONAL S.A., R. C. B numéro 33.062, avec siège social à Luxembourg, constituée suivant acte reçu par le notaire instrumentaire en date du 2 février 1990, publié au Mémorial C, Recueil Spécial des Sociétés et Associations, n° 157 du 11 mai 1990.

Les statuts de ladite société ont été modifiés par un acte du notaire instrumentaire en date du 20 mars 1997, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, n° 229 du 7 mai 1997.

La séance est ouverte à dix heures sous la présidence de Monsieur Guy Fasbender, employé privé, demeurant à B-6860 Vlessart.

Monsieur le Président désigne comme secrétaire Madame Sabine Plattner, employée privée, demeurant à Luxembourg.

L'Assemblée élit comme scrutateur Madame Marie-Josée Reyter, employée privée, demeurant à Freylange (Belgique).

Monsieur le Président expose ensuite:

I.- Qu'il résulte d'une liste de présence, dressée et certifiée exacte par les membres du bureau, que les quatre mille neuf cent cinquante actions d'une valeur nominale de cent mille francs chacune, constituant l'intégralité du capital social de quatre cent-quatre-vingt-quinze millions de francs sont dûment représentées à la présente Assemblée, qui en conséquence est régulièrement constituée et peut délibérer ainsi que décider valablement sur les points figurant à l'ordre du jour, ci-après reproduit, sans convocations préalables, tous les membres de l'Assemblée ayant consenti à se réunir sans autres formalités, après avoir eu connaissance de l'ordre du jour.

Ladite liste de présence, portant les signatures des actionnaires représentés, restera annexée au présent procès-verbal, ensemble avec les procurations, pour être soumise en même temps aux formalités de l'enregistrement.

II.- Que l'ordre du jour de la présente Assemblée est conçu comme suit:

1.- Réduction du capital social souscrit d'un montant de LUF 5.000.000,- (cinq millions de francs luxembourgeois) en vue de ramener le capital social souscrit de LUF 495.000.000,- (quatre cent quatre-vingt-quinze millions de francs luxembourgeois) à LUF 490.000.000,- (quatre cent quatre-vingt-dix millions de francs luxembourgeois) par remboursement aux actionnaires.

2.- Modification subséquente de l'article 5.

L'Assemblée a approuvé l'exposé de Monsieur le Président et après avoir reconnu qu'elle était régulièrement constituée et après en avoir délibéré, a pris les résolutions suivantes à l'unanimité des voix.

Première résolution

L'Assemblée Générale décide réduire le capital social souscrit d'un montant de LUF 5.000.000,- (cinq millions de francs luxembourgeois) en vue de ramener le capital social souscrit de LUF 495.000.000,- (quatre cent quatre-vingt-quinze millions de francs luxembourgeois) à LUF 490.000.000,- (quatre cent quatre-vingt-dix millions de francs luxembourgeois) par remboursement aux actionnaires et annulation correspondante des actions afférentes. Cette réduction de capital est régie par l'article 69(2) de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

Deuxième résolution

Suite à la résolution qui précède, l'article 5 aura désormais la teneur suivante:

«**Art. 5.** Le capital social est fixé à quatre cent quatre-vingt-dix millions (490.000.000,-) de francs luxembourgeois, représenté par quatre mille neuf cents (4.900) actions d'une valeur nominale de cent mille (100.000,-) francs luxembourgeois.»

Plus rien ne figurant à l'ordre du jour et personne ne demandant la parole, la séance est levée à dix heures trente.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, ceux-ci ont signé avec Nous, notaire, la présente minute.

Signé: G. Fasbender, S. Platiner, M.-J. Reyter, A. Schwachtgen.

Enregistré à Luxembourg, le 16 novembre 1999, vol. 120S, fol. 55, case 12. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 18 novembre 1999.

J. Elvinger.

Signé par Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Luxembourg, en remplacement de son collègue Maître André-Jean-Joseph Schwachtgen, notaire de résidence à Luxembourg, momentanément absent.

(54238/230/61) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 novembre 1999.

CLAMART INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.

R. C. Luxembourg B 33.062.

Statuts coordonnés suivant l'acte n° 1224 du 15 novembre 1999, déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour A. Schwachtgen

Signature

(54239/230/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 novembre 1999.

MAPLUX RE, Société Anonyme.

Registered office: L-1616 Luxembourg, 5, place de la Gare.

R. C. Luxembourg B 29.814.

In the year one thousand nine hundred and ninety-nine, on the fifteenth of November.

Before Us, Maître Paul Decker, notary, residing in Luxembourg-Eich.

Was held the Extraordinary General Meeting of the shareholders of MAPLUX RE, a public liability company having its registered office in L-1616 Luxembourg, 5, place de la Gare,

incorporated pursuant to a deed of the notary Gerard Lecuit, residing then in Mersch, on December 28th, 1988, published in the Recueil Spécial du Mémorial C, Number 137 of May 22nd, 1989,

amended by a deed of the same notary Gérard Lecuit, on February 28th, 1989, published in the Recueil Spécial du Mémorial C, Number 196 of July 17th, 1989,

amended by a deed of Maître Paul Decker, notary residing in Luxembourg-Eich, on October 22th, 1998, published in the Recueil des Sociétés et Associations du Mémorial C, Number 815 of November 7th, 1998,

registered at the R.C.S. Luxembourg B 29.814.

The meeting was opened at 11.15 a.m. and was presided by Mr Roland Frère, Actuaire, residing in Contern.

The Chairman appointed as secretary Mrs Nathalie Krachmanian, employee, residing in Thionville (F).

The meeting elected as scrutineer Mrs Laurence Parrière, employee, residing in Freux (B).

The bureau of the meeting having thus be constituted, the Chairman declared and requested the notary to state that:

I) The agenda of the meeting is the following:

1.- Modification of the Article 4 of the Articles of Incorporation.

2.- Reduction of the paid-up capital from 3,523,500.- Euros to 2,521,800.- Euros by a reduction of the par value of the share from 1,305.- Euros to 934.- Euros and by repayment to the shareholders.

3.- Modification of the article 5 of the Articles of Incorporation in consequence of the decision taken.

4.- Insertion of 3 new articles between the existing article 6 and article 7 of the Articles of Incorporation.

5.- Modification of the existing article 9 of the Articles of Incorporation.

6.- Rewriting of the existing article 11 of the Articles of Incorporation.

7.- Modification of the first paragraph of the article 13 of the Articles of Incorporation.

8.- Modification of the first paragraph of the article 16 of the Articles of Incorporation.

9.- Modification of the article 18 of the Articles of Incorporation.

10.- Modification of the first paragraph of the article 19 of the Articles of Incorporation.

11.- Insertion of 2 new Articles after the existing article 20 of the Articles of Incorporation.

12.- Modification of the existing article 21 of the Articles of Incorporation.

13.- Rewriting of the article 22 of the Articles of Incorporation.

14.- Cancellation of the article 23 of the Articles of Incorporation.

15.- Renumbering of the articles of Incorporation.

II) The shareholders present or represented, the proxies of the represented shareholders and the number of their shares are shown on an attendance list, which, signed by the shareholders present and by the proxies of the represented shareholders, the members of the bureau of the meeting and by the undersigned notary, will remain annexed to the present deed to be filed at the same time by the registration authority.

The proxies given by the represented shareholders, after having been initialled *ne varietur* by the shareholders present, by the proxies of the represented shareholders, the members of the bureau of the meeting and by the undersigned notary, will also remain annexed to the present deed.

III) The attendance list shows that the whole capital of the Company is present or represented at the present extraordinary general meeting.

IV) The chairman states that the present meeting is regularly constituted and may validly decide on its agenda. The shareholders present or represented acknowledge and confirm the statements made by the chairman.

The chairman then submits to the vote of the members of the meeting the following resolutions which were all adopted by unanimous vote.

First resolution

The General Meeting resolves to amend Article 4 of the Articles of Incorporation which will read as follows:

«**Art. 4.** The Company is established for an unlimited period. It may be dissolved in accordance with the provisions set forth at Article 26 hereafter.»

Second resolution

The General Meeting resolves to reduce the paid-up capital from three million five hundred twenty-three thousand five hundred Euros (3,523,500.- EUR) to two million five hundred twenty-one thousand eight hundred Euros (2,521,800.- EUR) by a reduction of the par value of each share from one thousand three hundred and five Euros (1,305.- EUR) to nine hundred thirty-four Euros (934.- EUR).

The Board of Directors is authorized, after the expiration of one month following the publication of the present deed in the *Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations*, to repay to the shareholders in proportion to the shares they held the total amount of one million one thousand seven hundred Euros (1,001,700.- EUR), i.e. for each of the 2,700 issued shares, nine hundred thirty-four Euros (934.- EUR).

Third resolution

Relating to the second resolution, the General Meeting resolves to amend article 5 of the Articles of Incorporation as follows:

«**Art. 5.** The corporate capital is set at two million five hundred twenty-one thousand eight hundred Euros (2,521,800.- EUR), divided into two thousand seven hundred (2,700) shares with a par value of nine hundred thirty-four (934.- EUR) per share.»

Fourth resolution

The General Meeting resolves to insert 3 new articles between the existing article 6 and article 7 of the Articles of Incorporation, as follows:

«**Art. 7 (new).** The capital of the Company may be increased in one or more tranches by decision of the General Meeting deliberating in accordance with the conditions set forth for the modification of the Articles of Incorporation. The execution of such capital increase may be entrusted to the Board of Directors by the General Meeting.

In the event of a capital increase, the shares to subscribe in cash shall, unless the General Meeting decides otherwise in accordance with legal regulations, be offered in priority to the bearers of the shares existing at the date of such increase *pro rata* the number of shares held by each of them; in as much as it shall subsist such preference right shall be exercisable within the period and in accordance with the conditions determined by the general Meeting which shall in particular define the modes of subscription of the unsubscribed shares by virtue of such right. In the case of the issue of shares not paid up in full, the calls for monies shall be decided and notified to the sole shareholders by the Board of Directors.»

«**Art. 8 (new).** The Company shall acknowledge only a single bearer for each of its shares. In the event that a share is owned by several persons, or that it is encumbered by an usufruct or a lien, the Company may suspend the exercise of rights thereon until a single person is designated as regards the Company as its sole owner.»

«**Art. 9 (new).** The transfer of shares between shareholders is free. All the transfers to persons that are not shareholders are submitted to a right of pre-emption in favour of the other shareholders.

For that purpose, any shareholder wishing to transfer all or part of his registered shares shall inform the Board of Directors of such decision by registered letter indicating the number of shares and the numbers of the shares whose transfer is requested as well as the surnames, names, profession and domicile of the proposed transferees.

The Board of Directors shall give notice to the other shareholders by registered letter within a period of eight (8) days following the receipt of the above letter of request.

The other shareholders are granted a right of pre-emption as regards the purchase of the shares whose transfer is proposed. This right shall be exercised pro rata the number of shares held by each of the shareholders.

This purchase may bear on the whole or on part of the shares being the object of the request of transfer.

Any shareholder who intends to exercise his right of pre-emption shall inform the Board of Directors as to his decision within a period of fifteen (15) days following receipt of the letter containing the request of transfer, lacking which his right of pre-emption shall be cancelled.

In the event that no shareholder intends to exercise his right of pre-emption due to the lack of exercise of the said right of pre-emption on the part of any shareholder within the period of fifteen (15) days set forth in the preceding paragraph, the Board of Directors shall inform the transferor shareholder as well as the transferee indicated by the transferor shareholder, of the fact that the transfer of shares such as proposed by the transferor shareholder has been accepted.

The Board of Directors shall supervise the transfer of the shares as regards its formal regularity and its conformity with the present Articles of Association, and shall duly record the transfer in the register of shares.

The total or partial non-exercise of his right of pre-emption on the part of a shareholder increases that of the other shareholders.

In this case, the rule of proportionality such as set forth hereabove shall be dismissed for the benefit of the shareholders who intend to exercise their own right of pre-emption.

The purchase price for the shares to be transferred may not be below the par value of the share or the accounting value per share of the net assets.

The purchase price shall be payable at the latest within the current year as of the acceptance of transfer.

The dividend for the current year and prior profits shall be distributed pro rata temporis between the transferor and the transferee as of the same date.»

Fifth resolution

The General Meeting resolves to amend Article 9 of the Articles of Incorporation which will read as follows:

«**Art. 9.** The minutes of any meeting of the Board of Directors shall be signed by the chairman of the meeting and by any other director. The proxies will remain attached thereto.

All and any copies or abstracts of such minutes shall be signed by the delegate to the daily management or by a Director.»

Sixth resolution

The General Meeting resolves to rewrite Article 11 of the Articles of Incorporation which will read as follows:

«**Art. 11.** No contract or other transaction between the Company and any other company or firm shall be affected or invalidated by the fact that one or more Directors or attorneys in fact has a personal interest in, or is a Director, partner, attorney in fact or employee of such other company or firm. Any Director or attorney in fact of the Company who serves as a Director, partner, attorney in fact or employee of another company or firm with which the Company shall contract or otherwise engage in business relations shall not, by reason of such affiliation with such company or firm be prevented from considering and voting and acting on any matters relating to such contract or operation.

The Company shall indemnify any Director or attorney in fact of the Company or their heirs, executors and administrators, against all and any expenses reasonable incurred by him in connection with his appearance as defendant in any action, suit or proceedings to which he may be a party by reason of his being or having been a Director or an attorney in fact of the Company.

Upon the express request of the Company, an identical indemnity may be granted the Directors or attorneys in fact of the companies of which the Company is a shareholder or a creditor and this even if such Directors or attorneys in fact would not normally have a right to such an indemnity.

An indemnity is excluded in cases where the Director(s), attorney(s) in fact or any other person(s) to be indemnified (as defined hereabove) shall be finally found guilty of serious fault, gross negligence or fraud, or have failed in their duties towards the Company or towards companies of which the Company is either a shareholder or a creditor.

In the event of a settlement the indemnity shall only bear on the matters covered by the said settlement and shall only be granted if the person to be so indemnified did not commit a breach of his duties towards the Company.

The Company shall discretionally appreciate following the opinion of its legal adviser whether a person has or not failed in his duties towards the Company and may or not, as a consequence, be indemnified in accordance with the provisions of the present Article.

The foregoing right of indemnification shall not exclude other rights, whether legal, contractual or statutory, to which the above persons may be entitled.»

Seventh resolution

The General Meeting resolves to amend Article 13, first paragraph of the Articles of Incorporation which will read as follows:

«**Art. 13.** The Company shall be supervised by an independent auditor who shall be appointed by the General Meeting.»

Eighth resolution

The General Meeting resolves to amend Article 16, first paragraph of the Articles of Incorporation which will read as follows:

«**Art. 16.** The annual meeting of shareholders shall be held at Luxembourg, at the registered office of the corporation or such other place as may be specified in the notice of meeting on the third Wednesday of the month of March of each year, at 10.00 a.m.»

Ninth resolution

The General Meeting resolves to amend Article 18 of the Articles of Incorporation which will read as follows:

«**Art. 18.** Except as otherwise required by law, the resolutions shall be taken irrespectively of the number of the shares represented, by a simple majority of votes.

The decisions of the General Meetings are noticed in minutes signed by the officers and by the shareholders who request it.

Copies or extracts are signed by the delegate to the daily management, by the Company representative or by a Director.»

Tenth resolution

The General Meeting resolves to amend Article 19, first paragraph of the Articles of Incorporation which will read as follows:

«**Art. 19.** The financial year of the Company begins on the first day of January and ends on the thirty-first of December of each calendar year.»

Eleventh resolution

The General Meeting resolves to insert two new Articles after the existing article 20 of the Articles of Incorporation which will read as follows:

«**Art. 21 (new).** Following the approval of accounts the General Meeting shall resolve by special vote on the discharge to be granted to the Directors. Such discharge shall only be valid if the Company's accounts contain neither omission nor false information dissimulating the true situation of the Company and, as regards all and any acts done derogating from the scope of the present Articles of Incorporation, that such acts have been specially indicated in the convening notice.»

«**Art. 22 (new).** The Extraordinary General Meeting may upon proposal of the Board of Directors modify the present Articles of Incorporation in all their provisions. Convening notices shall be made in the form set forth for Ordinary General Meetings.

Extraordinary General Meetings shall be deemed as regularly constituted and may only validly deliberate in as much as they shall be composed of a number of shareholders or proxies representing one half of the registered capital of the Company and the agenda of the meeting indicates the proposed modifications of the Articles of Incorporation and if need be the text bearing on the purpose or the form of the Company.

If the first of the above conditions fails to be observed, a new meeting may be convened by the Board of Directors in accordance with the same statutory forms; such convening notice shall indicate the agenda of the meeting as well as the date and outcome of the preceding meeting.

The second meeting shall validly deliberate whatever the proportion of the capital represented.

In both meetings, and in order to be adopted and valid, any resolution must be taken at a majority of at least two thirds of the votes of the shareholders present or represented.»

Twelfth resolution

The General Meeting resolves to amend Article 21 of the Articles of Incorporation which will read as follows:

«**Art. 21.** The Extraordinary General Meeting may at any time, upon proposal of the Board of Directors, decide on the dissolution of the Company. In this case, the Extraordinary General meeting shall decide on the manner of liquidation and appoint one or more liquidators whose duty shall be to realise the real and movable assets of the Company and to extinguish its liabilities. On the net assets resulting from the liquidation following the paying off of all liabilities, there shall be deducted the amount necessary to repay the paid-up and unamortized amount of the Company's shares; the balance shall thereafter be shared equally among all shares.»

Thirteenth resolution

The General Meeting resolves to rewrite Article 22 of the Articles of Incorporation which will read as follows:

«**Art. 22.** For all matters not governed by the present Articles of Incorporation the parties submit to the provisions of the law of 10th August 1915 on commercial companies as amended and to the provisions of the law of 6th December 1991 on the sector of insurance and reinsurance as amended.»

Fourteenth resolution

The General Meeting resolves to cancel article 23 of the Articles of Incorporation.

Fifteenth resolution

Consequently of the preceding resolutions, the General Meeting resolves to renumber the Articles of Incorporation. There being no further business on the agenda, the meeting was thereupon ajourned at 11.45 a.m.

The expenses, costs, fees and charges which shall be borne by the Company as a result of the present deed are estimated at 65,000.- LUF.

Whereover, the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document, followed by a translation in French. In case of divergences between the two texts the English version shall prevail.

The document having been read to the persons appearing, all of them known to the notary by their names, Christian names, civil status and domiciles, the members of the bureau, signed together with the notary the present deed.

Suit la traduction en français:

L'an mil neuf cent quatre-vingt-dix-neuf, le quinze novembre.

Par-devant Maître Paul Decker, notaire de résidence à Luxembourg-Eich.

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme MAPLUX RE, ayant son siège social à L-1616 Luxembourg, 5, place de la Gare,

constituée suivant acte reçu par le notaire Gérard Lecuit, alors de résidence à Mersch, le 28 décembre 1988, publié au Mémorial C, Recueil Spécial des Sociétés et Associations, numéro 137 du 22 mai 1989,

modifiée suivant acte reçu par le même notaire Gérard Lecuit, en date du 28 février 1989, publié au Mémorial C, Recueil Spécial des Sociétés et Associations, numéro 196 du 17 juillet 1989,

modifiée suivant acte reçu par Maître Paul Decker, notaire de résidence à Luxembourg-Eich, en date du 22 octobre 1998, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, numéro 815 du 7 novembre 1998,

inscrite au registre de commerce et des sociétés près le tribunal d'arrondissement de Luxembourg, section B sous le numéro 29.814.

L'assemblée générale extraordinaire est ouverte à 11.15 heures sous la présidence de Monsieur Roland Frère, Actuaire, demeurant à Contern.

Le président nomme secrétaire Mademoiselle Nathalie Krachmanian, employée, demeurant à Thionville (France).

L'assemblée choisit comme scrutateur Madame Laurence Parrière, employée, demeurant à Freux (Belgique).

Le bureau de l'assemblée ayant ainsi été constitué, le président déclare et requiert le notaire d'acter que:

I) L'ordre du jour de l'assemblée est le suivant:

- 1.- Modification de l'article 4 des statuts.
- 2.- Réduction du capital souscrit de 3.523.500,- Euros à 2.521.800,- Euros par la réduction de la valeur nominale de l'action de 1.305,- Euros à 934,- Euros et remboursement aux actionnaires.
- 3.- Modification afférente de l'article 5 des Statuts en conséquence de la décision prise.
- 4.- Insertion de 3 nouveaux articles entre les articles 6 et 7 des statuts.
- 5.- Modification de l'article 9 des statuts.
- 6.- Modification de l'article 11 des statuts.
- 7.- Modification du premier alinéa de l'article 13 des statuts.
- 8.- Modification du premier alinéa de l'article 16 des statuts.
- 9.- Modification de l'article 18 des statuts.
- 10.- Modification du premier alinéa de l'article 19 des statuts.
- 11.- Insertion de deux nouveaux articles après l'article 20 des statuts.
- 12.- Modification de l'article 21 des statuts.
- 13.- Modification de l'article 22 des statuts.
- 14.- Suppression de l'article 23 des statuts.
- 15.- Renumérotation des articles des statuts.

II) Les actionnaires présents ou représentés, les mandataires des actionnaires représentés et le nombre d'actions des actionnaires, sont renseignés sur une liste de présence, laquelle, signée par les actionnaires présents et les mandataires des actionnaires représentés, par les membres du bureau de l'assemblée et le notaire instrumentaire, restera annexée au présent acte avec lequel elle sera enregistrée.

Les procurations des actionnaires représentés, signées ne varietur par les actionnaires présents, les mandataires des actionnaires représentés, les membres du bureau et le notaire instrumentaire, resteront aussi annexées au présent acte.

III) Il résulte de ladite liste de présence que l'intégralité du capital social est présente ou représentée à la présente assemblée générale extraordinaire.

IV) Le président constate que la présente assemblée est constituée régulièrement et peut valablement délibérer sur les points de l'ordre du jour.

Le président soumet ensuite au vote des membres de l'assemblée les résolutions suivantes qui ont été toutes prises à l'unanimité des voix.

Première résolution

L'assemblée décide de modifier l'article 4 des Statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 4.** La société est constituée pour une durée illimitée. Elle pourra être dissoute selon les dispositions de l'article 26 ci-après.»

Deuxième résolution

L'assemblée décide de réduire le capital souscrit de trois millions cinq cent vingt-trois mille cinq cents Euros (3.523.500,- EUR) à deux millions cinq cent vingt et un mille huit cents Euros (2.521.800,- EUR) par la réduction de la valeur nominale de chaque action de mille trois cent cinq Euros (1.305,- EUR) à neuf cent trente-quatre Euros (934,- EUR).

Le Conseil d'Administration est autorisé, après expiration d'un mois après la publication du présent acte au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, à rembourser aux actionnaires en proportion des actions qu'ils détiennent, le montant total d'un million mille sept cents Euros (1.001.700,- EUR) faisant pour chacune des 2.700 actions émises neuf cent trente-quatre Euros (934,- EUR).

Troisième résolution

En conséquence de la deuxième résolution, l'assemblée décide de modifier l'article 5 des Statuts comme suit:

«**Art. 5.** Le capital social est fixé à deux millions cinq cent vingt et un mille huit cents Euros (2.521.800,- EUR), divisé en deux mille sept cents (2.700) actions d'une valeur nominale de neuf cent trente-quatre Euros (934,- EUR) par action.»

Quatrième résolution

L'assemblée décide d'insérer 3 nouveaux articles entre les articles 6 et 7 des statuts.

«**Art. 7 (nouveau).** Le capital peut être augmenté en une ou plusieurs fois par décision de l'assemblée générale délibérant dans les conditions requises pour la modification des statuts. L'exécution d'une telle augmentation de capital peut être confiée par l'assemblée générale au conseil d'administration. En cas d'augmentation de capital, les actions à souscrire en numéraire seront, à moins que l'assemblée générale, dans les conditions requises par la loi, n'en décide autrement, offertes par préférence aux propriétaires des actions existantes au jour de l'émission au prorata du nombre des titres appartenant à chacun d'eux ; dans la mesure où il subsistera, le droit de préférence s'exercera dans le délai et aux conditions fixés par l'assemblée générale qui réglera notamment les modalités de souscription des titres non souscrits en vertu de ce droit. En cas d'émission d'actions non entièrement libérées, les appels de fonds seront décidés et notifiés aux seuls actionnaires par le conseil d'administration.»

«**Art. 8 (nouveau).** La société ne reconnaît qu'un titulaire par action. Si l'action appartient à plusieurs personnes ou si elle est grevée d'un usufruit ou d'un gage, la société a la faculté de suspendre l'exercice des droits y afférents jusqu'à ce qu'une seule personne soit désignée comme étant, à son égard, titulaire de ces droits.»

«**Art. 9 (nouveau).** Entre actionnaires, les cessions d'actions sont libres.

Toute cession d'actions au profit d'une personne non actionnaire est soumise à un droit de préemption au profit des autres actionnaires.

Aux effets ci-dessus, l'actionnaire qui veut céder tout ou partie de ses actions nominatives doit en informer le conseil d'administration par lettre recommandée en indiquant le nombre et les numéros d'actions dont la cession est demandée, les nom, prenom, profession et domicile des cessionnaires proposés.

Dans les huit (8) jours de la réception de cette lettre, le conseil d'administration transmet la demande aux autres actionnaires par lettre recommandée.

Les autres actionnaires disposent alors d'un droit de préemption pour le rachat des actions dont la cession est proposée. Ce droit s'exerce proportionnellement au nombre d'actions possédées par chacun des actionnaires.

Le droit de préemption pourra porter sur tout ou partie seulement des actions faisant l'objet de la demande de cession.

L'actionnaire qui entend exercer son droit de préemption doit en informer le conseil d'administration par lettre recommandée endéans les quinze (15) jours de la réception de la lettre l'avisant de la demande de cession, faute de quoi il est déchu de son droit de préemption.

Si aucun actionnaire n'entend exercer son droit, à défaut d'avoir reçu l'information de l'exercice de son droit de préemption par un quelconque des actionnaires dans le délai de quinze (15) jours prévu à l'alinéa qui précède, le conseil d'administration informera l'actionnaire cédant ainsi que les actionnaires cessionnaires qui auront été indiqués par l'actionnaire cédant, du fait que la cession d'actions, telle que proposée par l'actionnaire cédant est acceptée.

Le conseil d'administration vérifiera la cession d'actions quant à sa régularité formelle et quant à sa conformité aux présents statuts et opérera le transfert au registre des actions.

Le non-exercice, total ou partiel, par un actionnaire de son droit de préemption accroît celui des autres.

Dans ce cas, la règle de proportionnalité telle que prévue ci-devant sera écartée au profit du ou des actionnaires qui entendent exercer leur droit de préemption.

Le prix de rachat des actions cédées ne pourra pas être inférieur à la valeur nominale de l'action ou à la valeur comptable de l'actif net par action.

Le prix de rachat est payable au plus tard dans l'année à compter de la demande de cession.

Le dividende de l'exercice en cours et les bénéfices antérieurs sont répartis pro rata temporis entre le cédant et le cessionnaire à compter de la même date.»

Cinquième résolution

L'assemblée décide de modifier l'article 9 des Statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 9.** Les délibérations du conseil sont constatées par des procès-verbaux signés par deux administrateurs. Les procurations resteront annexées à ces délibérations.

Les copies ou extraits sont signés par le délégué à la gestion journalière de la société ou par un administrateur.»

Sixième résolution

L'assemblée décide de modifier l'article 11 des Statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 11.** Aucun contrat ou autre transaction entre la Société et d'autres sociétés ou firmes ne sera affecté ou invalidé par le fait qu'un ou plusieurs administrateurs ou fondés de pouvoir de la Société y auront un intérêt personnel, ou en seront administrateur, associé, fondé de pouvoir ou employé. Un administrateur ou fondé de pouvoir de la société qui remplira en même temps des fonctions d'administrateur, d'associé, de fondé de pouvoir ou d'employé d'une autre société ou firme avec laquelle la Société contractera ou entrera autrement en relations d'affaires, ne sera pas, pour le motif de cette appartenance à cette société ou firme, empêché de donner son avis et de voter ou d'agir quant à toutes opérations relatives à de tels contrat ou opération.

La Société indemniserà tout administrateur ou fondé de pouvoir et leurs héritiers, exécuteurs testamentaires et administrateurs de biens, pour tous frais raisonnables qu'ils auront supportés par suite de leur comparution en tant que défendeur dans des actions en justice, des procès ou des poursuites judiciaires qui auront été intentés à leur encontre en raison de leurs fonctions actuelles ou anciennes d'administrateur ou de fondé de pouvoir de la Société.

Sur la demande expresse de la société, une indemnisation identique pourra être accordée aux administrateurs ou fondés de pouvoir des sociétés dont la société est actionnaire ou créancière et ce, même si ces administrateurs ou fondés de pouvoir n'auraient normalement pas droit à l'indemnisation.

Une indemnisation est exclue dans les cas où le(s) administrateur(s) ou le(s) fondé(s) de pouvoir ou toute(s) autre(s) personne(s) à indemniser (telles que définies ci-dessus) s'est ou se sont rendue(s) coupable(s) de faute grave, de dol, de négligence, ou s'ils ont manqué à leurs devoirs envers la société ou les sociétés dont cette dernière est créancière ou actionnaire.

En cas d'arrangement transactionnel, l'indemnisation ne portera que sur les matières couvertes par l'arrangement transactionnel et ne sera allouée que si la personne à indemniser n'a pas manqué à ses devoirs envers la société.

La société appréciera souverainement après avis de son conseiller juridique, si une personne a ou non manqué à ses devoirs envers la société et si, par conséquent, elle pourra ou non être indemnisée conformément aux dispositions du présent article.

Le droit à indemnisation tel que décrit ci-dessus n'empêchera pas les personnes susqualifiées de prétendre éventuellement à d'autres droits légaux, conventionnels ou statutaires.»

Septième résolution

L'assemblée décide de modifier l'article 13, premier alinéa des Statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 13.** La société est surveillée par un réviseur d'entreprises externe qui sera nommé par l'Assemblée Générale.»

Huitième résolution

L'assemblée décide de modifier l'article 16, premier alinéa des Statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 16.** L'assemblée générale annuelle se réunira de plein droit dans la commune du siège social chaque troisième mercredi du mois de mars à 10.00 heures.»

Neuvième résolution

L'assemblée décide de modifier l'article 18 des Statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 18.** A l'exception des dispositions prévues par la loi, les résolutions sont prises indépendamment du nombre des actions représentées, à la simple majorité des votes.

Les délibérations des assemblées sont constatées par des procès-verbaux signés par les membres du bureau et par les actionnaires qui le demandent.

Les copies ou extraits sont signés par le délégué à la gestion journalière ou par le représentant de la société ou bien par un administrateur.»

Dixième résolution

L'assemblée décide de modifier l'article 19, premier alinéa des Statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 19.** L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre de chaque année.»

Onzième résolution

L'assemblée décide d'insérer deux nouveaux articles après l'article 20 des Statuts qui auront la teneur suivante:

«**Art. 21 (nouveau).** Après l'adoption des comptes, l'assemblée générale se prononce par un vote spécial sur la décharge des administrateurs. Cette décharge n'est valable que si les comptes ne contiennent ni omission, ni indication fausse dissimulant la situation réelle de la société, et, quant aux actes faits en dérogation des statuts, que s'ils ont été spécialement indiqués dans la convocation.»

«**Art. 22.** L'assemblée générale extraordinaire peut, sur proposition du conseil d'administration, modifier les statuts dans toutes leurs dispositions. Les convocations sont faites dans les formes prescrites pour les assemblées générales ordinaires.

Les assemblées générales extraordinaires sont régulièrement constituées et ne délibèrent valablement que pour autant qu'elles soient composées d'un nombre d'actionnaires ou de mandataires spéciaux d'actionnaires représentant la moitié au moins du capital social et que l'ordre du jour indique les modifications statutaires proposées et, le cas échéant, le texte de celles touchant à l'objet ou à la forme de la société.

Si la première de ces conditions n'est pas remplie, une nouvelle assemblée peut être convoquée par le conseil d'administration, dans les mêmes formes statutaires; cette convocation reproduit l'ordre du jour, en indiquant la date et le résultat de la précédente assemblée.

La seconde assemblée délibère valablement quelle que soit la portion du capital représenté.

Dans les deux assemblées, les résolutions, pour être valables, devront réunir les deux tiers au moins des voix des actionnaires présents ou représentés.»

Douzième résolution

L'assemblée décide de modifier l'article 21 des Statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 21.** A toute époque, l'assemblée générale extraordinaire peut, sur la proposition du conseil d'administration, prononcer la dissolution de la société. En ce cas, l'assemblée générale extraordinaire règle le mode de liquidation et nomme un ou plusieurs liquidateurs ayant pour mission de réaliser l'actif mobilier et immobilier de la société et d'éteindre le passif. Sur l'actif net provenant de la liquidation après l'extinction du passif, il sera prélevé la somme nécessaire pour rembourser le montant libéré et non amorti des actions; quant au solde, il sera réparti également entre toutes les actions.»

Treizième résolution

L'assemblée décide de modifier l'article 22 des Statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 22.** Pour tous les points non réglés aux présents statuts, les parties se soumettent aux dispositions de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et aux lois modificatives ainsi qu'aux dispositions de la loi du 6 décembre 1991 sur le secteur des assurances et des réassurances telle que modifiée.»

Quatorzième résolution

L'assemblée décide de supprimer l'article 23 des statuts.

Quinzième résolution

En conséquence des résolutions précédentes, l'assemblée décide de renuméroter les articles de la société.

Plus rien ne figurant à l'ordre du jour, l'assemblée a été clôturée à 11.45 heures.

Les frais, dépenses, rémunérations et charges qui incombent à la société en raison du présent acte, sont évalués à 65.000,- LUF.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes, avec la traduction en langue française qui suit. En cas de divergences d'interprétation entre les deux textes, la version anglaise prévaudra.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, connus du notaire instrumentaire par leurs nom, prénom usuel, état et demeure, les membres du bureau ont signé avec Nous, notaire, le présent acte.

Signé: R. Frère, N. Krachmanian, L. Parrière, P. Decker.

Enregistré à Luxembourg, le 16 novembre 1999, vol. 120S, fol. 52, case 6. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée sur papier libre, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg-Eich, le 17 novembre 1999.

P. Decker.

(54364/206/457) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 novembre 1999.

MAPLUX RE, Société Anonyme.

Siège social: L-1616 Luxembourg, 5, place de la Gare.

R. C. Luxembourg B 29.814.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 novembre 1999.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 19 novembre 1999.

Pour la société

P. Decker

(54365/206/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 novembre 1999.

COGEFIN S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg.

R. C. Luxembourg B 24.865.

L'an mil neuf cent quatre-vingt-dix-neuf, le vingt-neuf octobre.

Par-devant Maître Marthe Thyès-Walch, notaire de résidence à Luxembourg, soussignée.

A Luxembourg;

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme COGEFIN S.A., ayant son siège social à Luxembourg, 4-6, rue Adolphe, inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, section B sous le numéro 24.865,

constituée suivant acte reçu en date du 8 octobre 1986, publié au Mémorial C, Recueil Spécial des Sociétés et Associations, numéro 358 du 27 décembre 1986 et dont les statuts ont été modifiés pour la dernière fois suivant acte reçu en date du 27 décembre 1995, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, numéro 173 du 6 avril 1996.

L'assemblée est présidée par Monsieur Enzo Guastaferrri, employé privé, demeurant à Rodange.

Monsieur le président désigne comme secrétaire Madame Roberta Masson, employée privée, demeurant à Peltre (France).

L'assemblée choisit comme scrutatrice Mademoiselle Céline Bonvalet, employée privée, demeurant à Thionville (France).

Monsieur le président déclare et prie le notaire d'acter.

I.- Que les actionnaires présents ou représentés et les actions qu'ils détiennent sont renseignés sur une liste de présence, signée ne varietur par les membres du bureau et le notaire soussigné. Ladite liste de présence, ainsi que les procurations, resteront annexées au présent acte pour être soumises en même temps aux formalités de l'enregistrement.

II.- Qu'il appert de cette liste de présence que les quatre cent quatre-vingt-treize mille trois cent neuf (493.309) actions représentant l'intégralité du capital social, sont présentes ou représentées à la présente assemblée générale extraordinaire, de sorte que l'assemblée peut décider valablement sur tous les points portés à l'ordre du jour.

III.- Que l'ordre du jour de l'assemblée est conçu comme suit:

Ordre du jour:

1.- Approbation du projet de fusion par absorption de COGEFIN S.A. et RB PATRIMONIUM par ROYALE BELGE INVESTISSEMENTS.

2.- Augmentation de capital de ROYALE BELGE INVESTISSEMENTS de LUF 3.587.162.000,- par l'émission de 3.587.162 actions d'une valeur nominale de LUF 1.000,-.

3.- Dissolution des sociétés COGEFIN S.A. et RB PATRIMONIUM et annulation de toutes les actions émises des deux sociétés.

4.- Attribution directe des nouvelles actions émises aux actionnaires de COGEFIN S.A. et RB PATRIMONIUM de manière strictement proportionnelle à leur participation respective dans le capital des sociétés COGEFIN S.A. et RB PATRIMONIUM.

5.- Décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes des sociétés COGEFIN S.A. et RB PATRIMONIUM pour l'exercice de leur mandat jusqu'à la date de dissolution.

Après en avoir délibéré, l'assemblée générale a pris à l'unanimité les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée approuve le rapport justificatif du conseil d'administration prévu par l'article 265 de la loi sur les sociétés commerciales. Un exemplaire dudit rapport, après avoir été signé ne varietur par les membres du bureau et le notaire instrumentant, restera annexé au présent acte.

Deuxième résolution

L'assemblée approuve le rapport de l'expert indépendant sur le projet de fusion prévu par l'article 266 (1) de la loi sur les sociétés commerciales. Un exemplaire dudit rapport, après avoir été signé ne varietur par les membres du bureau et le notaire instrumentant, restera annexé au présent acte.

Troisième résolution

L'assemblée constate que toutes les formalités prévues à l'article 267 de la loi sur les sociétés commerciales ont été accomplies.

Quatrième résolution

L'assemblée approuve dans toutes ses dispositions le projet de fusion par absorption de la société COGEFIN S.A. par la société ROYALE BELGE INVESTISSEMENTS, tel qu'il a été publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, numéro 725 du 29 septembre 1999, sur base des bilans respectifs des deux sociétés au 30 avril 1999.

Cinquième résolution

L'assemblée décide d'accepter, en rémunération de l'apport de fusion, 527.841 (cinq cent vingt-sept mille huit cent quarante et une) nouvelles actions de la société ROYALE BELGE INVESTISSEMENTS, conférant droit de vote, droit aux dividendes et à la plus-value éventuelle de liquidation à partir de la date de prise d'effet de la fusion telle que mentionnée dans le prédit projet de fusion, à savoir le 30 avril 1999, contre 493.309 (quatre cent quatre-vingt-treize mille trois cent neuf) actions de la société COGEFIN S.A., selon le rapport d'échange figurant dans le projet de fusion.

Les prédites actions nouvelles à émettre par la société ROYALE BELGE INVESTISSEMENTS seront attribuées aux actionnaires de la société COGEFIN S.A. au prorata de leur participation actuelle dans le capital de la société COGEFIN S.A.

Sixième résolution

Pour autant que de besoin, l'assemblée charge les administrateurs de procéder à l'annulation de toutes les actions émises de la société COGEFIN S. A.

Septième résolution

L'assemblée accorde décharge pleine et entière aux membres du conseil d'administration et au commissaire aux comptes de la société COGEFIN S.A. pour l'exercice de leurs mandats respectifs jusqu'à ce jour.

Huitième résolution

L'assemblée décide que les documents sociaux seront conservés pendant le délai légal au siège social de la société absorbante.

Neuvième résolution

L'assemblée constate que le point 2 de l'ordre du jour est sans objet.

Déclaration

Le notaire soussigné déclare, conformément aux dispositions de l'article 271(2) de la loi sur les sociétés commerciales, avoir vérifié et attesté l'existence de la légalité des actes et formalités incombant à la société absorbée ainsi que du projet de fusion.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont procès-verbal, fait et passé à Luxembourg, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite, les comparants prémentionnés ont tous signé avec Nous, notaire, le présent procès-verbal.

Signé: E. Guastaferrri, R. Masson, C. Bonvalet, M. Walch.

Enregistré à Luxembourg, le 5 novembre 1999, vol. 3CS, fol. 75, case 2. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 23 novembre 1999.

M. Thyes-Walch.

(54993/233/99) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 24 novembre 1999.

RB PATRIMONIUM, Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg.

R. C. Luxembourg B 45.351.

L'an mil neuf cent quatre-vingt-dix-neuf, le vingt-neuf octobre.

Par-devant Maître Marthe Thyes-Walch, notaire de résidence à Luxembourg, soussignée.

A Luxembourg;

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme RB PATRIMONIUM, ayant son siège social à Luxembourg, 11, boulevard Grande-Duchesse Charlotte, inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, section B sous le numéro 45.351,

constituée suivant acte reçu en date du 28 septembre 1993, publié au Mémorial C, Recueil Spécial des Sociétés et Associations, numéro 583 du 8 décembre 1993 et dont les statuts ont été modifiés pour la dernière fois suivant acte reçu en date du 26 octobre 1994, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, numéro 44 du 27 janvier 1995.

L'assemblée est présidée par Monsieur Enzo Guastaferrri, employé privé, demeurant à Rodange.

Monsieur le président désigne comme secrétaire Madame Roberta Masson, employée privée, demeurant à Peltre (France).

L'assemblée choisit comme scrutatrice Mademoiselle Céline Bonvalet, employée privée, demeurant à Thionville (France).

Monsieur le président déclare et prie le notaire d'acter.

I.- Que les actionnaires présents ou représentés et les actions qu'ils détiennent sont renseignés sur une liste de présence, signée ne varietur par les membres du bureau et le notaire soussigné. Ladite liste de présence, ainsi que les procurations, resteront annexées au présent acte pour être soumises en même temps aux formalités de l'enregistrement.

II.- Qu'il appert de cette liste de présence que les trente-deux mille huit cent cinquante (32.850) actions représentant l'intégralité du capital social, sont présentes ou représentées à la présente assemblée générale extraordinaire, de sorte que l'assemblée peut décider valablement sur tous les points portés à l'ordre du jour.

III.- Que l'ordre du jour de l'assemblée est conçu comme suit:

Ordre du jour:

1.- Approbation du projet de fusion par absorption de COGEFIN S.A. et RB PATRIMONIUM par ROYALE BELGE INVESTISSEMENTS.

2.- Augmentation de capital de ROYALE BELGE INVESTISSEMENTS de LUF 3.587.162.000,- par l'émission de 3.587.162 actions d'une valeur nominale de LUF 1.000,-.

3.- Dissolution des sociétés COGEFIN S.A. et RB PATRIMONIUM et annulation de toutes les actions émises des deux sociétés.

4.- Attribution directe des nouvelles actions émises aux actionnaires de COGEFIN S.A. et RB PATRIMONIUM de manière strictement proportionnelle à leur participation respective dans le capital des sociétés COGEFIN S.A. et RB PATRIMONIUM.

5.- Décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes des sociétés COGEFIN S.A. et RB PATRIMONIUM pour l'exercice de leur mandat jusqu'à la date de dissolution.

Après en avoir délibéré, l'assemblée générale a pris à l'unanimité les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée approuve le rapport justificatif du conseil d'administration prévu par l'article 265 de la loi sur les sociétés commerciales. Un exemplaire dudit rapport, après avoir été signé ne varietur par les membres du bureau et le notaire instrumentant, restera annexé au présent acte.

Deuxième résolution

L'assemblée approuve le rapport de l'expert indépendant sur le projet de fusion prévu par l'article 266 (1) de la loi sur les sociétés commerciales. Un exemplaire dudit rapport, après avoir été signé ne varietur par les membres du bureau et le notaire instrumentant, restera annexé au présent acte.

Troisième résolution

L'assemblée constate que toutes les formalités prévues à l'article 267 de la loi sur les sociétés commerciales ont été accomplies.

Quatrième résolution

L'assemblée approuve dans toutes ses dispositions le projet de fusion par absorption de la société RB PATRIMONIUM par la société ROYALE BELGE INVESTISSEMENTS, tel qu'il a été publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, numéro 725 du 29 septembre 1999, sur base des bilans respectifs des deux sociétés au 30 avril 1999.

Cinquième résolution

L'assemblée décide d'accepter, en rémunération de l'apport de fusion, 3.059.321 (trois millions cinquante-neuf mille trois cent vingt et une) nouvelles actions de la société ROYALE BELGE INVESTISSEMENTS, conférant droit de vote, droit aux dividendes et à la plus-value éventuelle de liquidation à partir de la date de prise d'effet de la fusion telle que mentionnée dans le prédit projet de fusion, à savoir le 30 avril 1999, contre 32.850 (trente-deux mille huit cent cinquante) actions de la société RB PATRIMONIUM, selon le rapport d'échange figurant dans le projet de fusion.

Les prédites actions nouvelles à émettre par la société ROYALE BELGE INVESTISSEMENTS seront attribuées aux actionnaires de la société RB PATRIMONIUM au prorata de leur participation actuelle dans le capital de la société RB PATRIMONIUM.

Sixième résolution

Pour autant que de besoin, l'assemblée charge les administrateurs de procéder à l'annulation de toutes les actions émises de la société RB PATRIMONIUM.

Septième résolution

L'assemblée accorde décharge pleine et entière aux membres du conseil d'administration et au commissaire aux comptes de la société RB PATRIMONIUM pour l'exercice de leurs mandats respectifs jusqu'à ce jour.

Huitième résolution

L'assemblée décide que les documents sociaux seront conservés pendant le délai légal au siège social de la société absorbante.

Neuvième résolution

L'assemblée constate que le point 2 de l'ordre du jour est sans objet.

Déclaration

Le notaire soussigné déclare, conformément aux dispositions de l'article 271 (2) de la loi sur les sociétés commerciales, avoir vérifié et attesté l'existence de la légalité des actes et formalités incombant à la société absorbée ainsi que du projet de fusion.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont procès-verbal, fait et passé à Luxembourg, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite, les comparants prémentionnés ont tous signé avec Nous, notaire, le présent procès-verbal.

Signé: E. Guastaferrri, R. Masson, C. Bonvalet, M. Walch.

Enregistré à Luxembourg, le 5 novembre 1999, vol. 3CS, fol. 75, case 3. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 23 novembre 1999.

M Thyès-Walch.

(55123/233/99) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 24 novembre 1999.

UBS (LUX) EQUITY FUND, Fonds Commun de Placement.

Der Verwaltungsrat der UBS EQUITY FUND MANAGEMENT COMPANY S.A., Verwaltungsgesellschaft des Fonds Commun de Placement UBS (LUX) EQUITY FUND hat mit Zustimmung der Depotbank die Vertragsbedingungen wie folgt geändert:

I. Art. 2. - Die Anlagepolitik

c) Anlagebegrenzungen

Es ist der Verwaltungsgesellschaft untersagt:

...

- pro Subfonds mehr als 5% des Nettovermögens in Anteilen anderer Organismen für gemeinsame Anlagen des offenen Typs anzulegen, sofern diese als Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren im Sinne der Direktive 85/611/EG vom 20. Dezember 1985 anzusehen sind und diese Organismen nicht von der Verwaltungsgesellschaft oder von einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, es sei denn, diese Organismen für gemeinsame Anlagen sind gemäss ihren Vertragsbedingungen oder Satzungen auf Anlagen in bestimmten geographischen oder wirtschaftlichen Sektoren spezialisiert. Es ist der Verwaltungsgesellschaft untersagt eine All-in-Fee auf dem Teil des Nettovermögens des Fonds zu erheben, welcher in Anteile anderer offenen Organismen für gemeinsame Anlagen der UBS-Gruppe angelegt ist.

II. Art. 5. Nettoinventarwert

f) Der Wert der Tauschgeschäfte wird von der Gegenpartei des Swaps berechnet, ausgehend vom aktuellen Wert (Net Present Value) von allen Cash-Flows, sowohl In- wie Outflows, eine von der Verwaltungsgesellschaft anerkannte Bewertungsmethode. Diese Berechnung wird vom Wirtschaftsprüfer geprüft.

III. Art. 7. Ausgabe, Rücknahme und Konversion von Anteilen

Der 14. Absatz wird wie folgt ergänzt: Bei massiven Rücknahmeanträgen können Depotbank und Verwaltungsgesellschaft beschliessen, einen Rücknahmeantrag erst dann abzurechnen, wenn ohne unnötige Verzögerung entsprechende Vermögenswerte des Fonds verkauft worden sind. Ist eine solche Massnahme notwendig, so werden alle am selben Tag eingegangenen Rücknahmeanträge zum selben Preis abgerechnet.

IV. Art. 13. Kosten des Fonds

Der 1. Absatz erhält folgenden neuen Wortlaut: Der Fonds zahlt für die verschiedenen Subfonds eine All-in-Fee von höchstens 0,250% pro Monat (3,00% p.a.) berechnet auf dem durchschnittlichen Nettoinventarwert der Subfonds. Aus dieser All-in-Fee werden die Administrationsstelle, die Depotbank, der Portfolio Manager, die Verwaltungsgesellschaft und der Vertrieb bezahlt.

Pour publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

UBS EQUITY FUND MANAGEMENT COMPANY S.A.

Enregistré à Luxembourg, le 24 novembre 1999, vol. 530, fol. 92, case 6. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(55386/000/39) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 novembre 1999.

VMR FUND, Fonds Commun de Placement.

Die Verwaltungsgesellschaft hat im Einverständnis mit der Depotbank beschlossen, folgende Änderungen am Verwaltungsreglement des VMR FUND vorzunehmen:

* Artikel 4: nach Angabe des Sitzes der Zahlstelle wird der Begriff «Zahlstelle» durch «(Hauptzahlstelle)» ergänzt. Ferner wird der Zweite Absatz komplett und ersatzlos gestrichen.

* Artikel 17, Punkt (2): der Artikel wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Der Anleger hat die Möglichkeit, durch Unterzeichnung des Antragsformulars eine einmalige Zeichnung von Anteilen zu veranlassen.

Zusätzlich kann die Verwaltungsgesellschaft für einen oder mehrere Teilfonds auch eine regelmäßige monatliche, viertel- oder halbjährliche Zeichnung von Anteilen zulassen (Sparplan). Hierbei hat der Anleger jederzeit das Recht, Zeichnungen außerhalb des Sparplanes zu tätigen sowie die regelmäßige Zeichnung ohne Kündigungsfrist zu kündigen. Bei einer regelmäßigen Zeichnung von Anteilen wird der für den betreffenden Teilfonds zahlbare Ausgabeaufschlag bei jeder Einzahlung berechnet».

* Artikel 17, Punkt (4): der Zweite Absatz wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Bei der Konversion von Anteilen eines Teilfonds (der «Alte Teilfonds») in Anteile eines anderen Teilfonds (der «Neue Teilfonds») kann eine Kommission («Umtauschgebühr») zu Gunsten der Verwaltungsgesellschaft erhoben werden, die, soweit anwendbar, wie folgt berechnet wird:

(a) erhebt der Neue Teilfonds einen höheren Ausgabeaufschlag als der Alte Teilfonds, beläuft sich die Umtauschgebühr auf die Differenz der Ausgabeaufschläge, mit einem Mindestbetrag von EUR 25,-;

(b) sind die Ausgabeaufschläge gleich, beträgt die Umtauschgebühr 0,3% des Umtauschbetrages, mit einem Mindestbetrag von EUR 25,- und einem Höchstbetrag von EUR 75,-;

(c) erhebt der Alte Teilfonds einen höheren Ausgabeaufschlag als der Neue Teilfonds, so wird keine Umtauschgebühr berechnet.»

* Artikel 18, Punkt (5) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«(5) Zeichnungs-, Rückkauf- und Umtauschanträge, welche bis spätestens 17.00 Uhr an jedem Bewertungstag bei der Register- und Transferstelle eingegangen sind, werden zum Ausgabe-, Rücknahme- bzw. Umtauschpreis des darauffolgenden Bewertungstages abgerechnet, sofern bei Kaufaufträgen der Gegenwert verfügbar ist. Kauf-, Rücknahme- und Umtauschanträge, welche später eingehen oder deren Bezahlung später erfolgt, werden zu den Bedingungen des übernächsten Bewertungstages abgerechnet, sofern keine besonderen Umstände auftreten, die auf eine erhebliche Änderung des Netto-Inventarwertes pro Anteil schließen lassen. Die Rückzahlung erfolgt unter gewöhnlichen Umständen vorbehaltlich evtl. Prüfungen unverzüglich, zumindest aber innerhalb von 5 Bankarbeitstagen in Luxemburg nach Berechnung des Rücknahmepreises in der Währung des entsprechenden Teilfonds, wie sie im Verkaufsprospekt angegeben ist.»

* Artikel 26 wird in der Form abgeändert, um Änderungen des Verwaltungsreglements künftig am Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft treten zu lassen, anstatt fünf Tage nach der erfolgten Veröffentlichung.

Luxemburg, den 19. November 1999.

VMR MANAGEMENT S.A.

Die Verwaltungsgesellschaft

Unterschrift

BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG

Société Anonyme

Die Depotbank

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 23 novembre 1999, vol. 530, fol. 83, case 12. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(55405/006/46) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 novembre 1999.

VMR FUND, Fonds Commun de Placement.**VERWALTUNGSREGLEMENT
KOORDINIERT VERSION DEZEMBER 1999****Art. 1. - Der Fonds**

(1) Der VMR FUND (hiernach «Fonds» genannt) wurde gemäß dem ersten Teil des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen als Investmentfonds (fonds commun de placement) durch die VMR MANAGEMENT S.A. (hiernach «die Verwaltungsgesellschaft» genannt) gegründet.

Bei dem VMR FUND handelt es sich um ein rechtlich unselbständiges Gemeinschaftsvermögen aller Anteilhaber. Das Sondervermögen wird von der Verwaltungsgesellschaft in eigenem Namen, jedoch für Rechnung der Anteilhaber (nachstehend «Anteilhaber» genannt) verwaltet.

(2) Unter ein und demselben Fonds werden dem Anleger verschiedene Teilfonds angeboten, welche entsprechend ihrer speziellen Anlagepolitik nach dem Grundsatz der Risikomischung ihr Vermögen in Wertpapieren investieren. Die Verwaltungsgesellschaft hat das Recht, weitere Teilfonds hinzuzufügen bzw. bestehende Teilfonds aufzulösen oder zu fusionieren.

Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik jedes Teilfonds fest, wobei die jeweiligen Fondsvermögen gesondert vom Vermögen der Verwaltungsgesellschaft verwaltet werden.

(3) Die Verwaltungsgesellschaft gibt die Inhaberanteile und die auf den Namen lautenden Anteile generell in Form von Anteilbestätigungen oder, auf Wunsch des Anlegers, in Form von auf den Inhaber lautenden Zertifikaten (beide nachstehend «Anteilscheine» genannt) aus, die einen oder mehrere Anteile des Anteilhabers an dem Fonds verbriefen.

(4) Die Anteilhaber sind an dem Vermögen des jeweiligen Teilfonds in Höhe ihrer Anteile beteiligt.

(5) Die gegenseitigen vertraglichen Rechte und Pflichten der Anteilhaber und der Verwaltungsgesellschaft sowie der Depotbank sind in diesem Verwaltungsreglement geregelt, dessen gültige Fassung sowie Änderungen desselben im Mémorial veröffentlicht sind. Durch den Kauf eines Anteils erkennt der Anteilhaber das Verwaltungsreglement sowie alle genehmigten und veröffentlichten Änderungen desselben an.

Art. 2. - Depotbank

(1) Die Verwaltungsgesellschaft hat die BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBURG S.A., mit eingetragenem Sitz in L-2953 Luxemburg, 69, route d'Esch, zur Depotbank ernannt durch Vertrag vom 22. Dezember 1997. Die Funktion der Depotbank bestimmt sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und den Regelungen dieses Verwaltungsreglements. Dabei handelt die Depotbank unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anteilhaber. Die Depotbank hat insbesondere die in Artikel 17 des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen enthaltenen Bestimmungen zu berücksichtigen.

(2) Die Depotbank verwahrt die Wertpapiere und sonstigen Vermögenswerte, die das Fondsvermögen darstellen. Sie erfüllt die banküblichen Pflichten im Hinblick auf die Konten und Depots, in denen die Vermögensgegenstände des Fonds gehalten werden und nimmt alle laufenden administrativen Aufgaben für die Fondsguthaben wahr. Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft Vermögenswerte des Fonds bei anderen Banken und Wertpapiersammelstellen in Verwahrung geben.

(3) Auf Weisung der Verwaltungsgesellschaft entnimmt die Depotbank aus den Konten des Fonds nur die im Verwaltungsreglement festgesetzte Vergütung für die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank.

Des weiteren werden dem Fondsvermögen die in Artikel 20, «Kosten des Fonds», genannten Gebühren und Kosten belastet.

(4) Die Depotbank sowie die Verwaltungsgesellschaft können dieses Vertragsverhältnis unter Berücksichtigung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten unter schriftlicher Mitteilung an die andere Partei beenden.

Eine solche Kündigung wird wirksam, wenn die Verwaltungsgesellschaft mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Depotbank bestellt und diese die Pflichten und Funktionen als Depotbank übernimmt; bis dahin wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilhaber ihren Pflichten und Funktionen als Depotbank vollumfänglich nachkommen.

Art. 3. - Verwaltungsgesellschaft

(1) Verwaltungsgesellschaft ist die VMR MANAGEMENT S.A., eine Aktiengesellschaft nach Luxemburger Recht mit Sitz in Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft wird durch den Verwaltungsrat vertreten. Der Verwaltungsrat kann eines oder mehrere seiner Verwaltungsratsmitglieder und/oder Angestellte der Verwaltungsgesellschaft mit der täglichen Geschäftsführung beauftragen.

Die Verwaltungsgesellschaft handelt unabhängig von der Depotbank und ausschließlich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilhaber.

(2) Sie ist berechtigt, entsprechend den im Verwaltungsreglement und im Verkaufsprospekt aufgeführten Bestimmungen die Vermögen der einzelnen Teilfonds anzulegen und sonst alle Geschäfte zu tätigen, die zur Verwaltung der Fondsvermögen erforderlich sind.

(3) Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung einen oder mehrere Anlageberater hinzuziehen.

Art. 4. - Zahlstelle

Die Verwaltungsgesellschaft hat die BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A., mit eingetragenem Sitz in L-2953 Luxemburg, 69, route d'Esch, als Zahlstelle (Hauptzahlstelle) beauftragt durch Vertrag vom 22. Dezember 1997, der auf unbestimmte Zeit abgeschlossen ist und von den Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden kann.

Art. 5. - Netto-Inventarwert und Verwaltung

Die Verwaltungsgesellschaft hat die BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A. («die Bank»), mit eingetragenem Sitz in L-2953 Luxemburg, 69, route d'Esch, als Dienstleister des Fonds beauftragt durch Vertrag vom 22. Dezember 1997, der auf unbestimmte Zeit abgeschlossen ist und von beiden Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden kann.

Art. 6. - Register- und Transferstelle

Die Verwaltungsgesellschaft hat die FIRST EUROPEAN TRANSFER AGENT S.A. mit eingetragenem Sitz in L-1331 Luxemburg, 11, boulevard Grande-Duchesse Charlotte, als Register- und Transferstelle des Fonds bestellt durch Vertrag vom 22. Dezember 1997, der auf unbestimmte Zeit abgeschlossen ist und von beiden Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden kann.

FIRST EUROPEAN TRANSFER AGENT S.A. ist ein von der BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG beherrschtes Unternehmen, das am 30. März 1994 als Aktiengesellschaft auf unbestimmte Zeit im Großherzogtum Luxemburg mit Aktienkapital von 50 Millionen luxemburgischen Franken gegründet wurde.

Art. 7. - Anlagepolitik

Die Verwaltungsgesellschaft wird das Vermögen der einzelnen Teilfonds grundsätzlich in Wertpapieren anlegen, die (1) an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt eines Mitgliedstaates der Europäischen Union (EU) oder anderer OECD-Mitgliedstaaten gehandelt werden, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, oder

(2) aus Neuemissionen stammen, deren Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt im Sinne des Absatzes (1) zu beantragen, und deren Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Emission erlangt wird.

Art. 8. - Risikostreuung

(1) Die Verwaltungsgesellschaft darf nicht mehr als 10% des Nettovermögens eines Teilfonds in Wertpapieren desselben Emittenten anlegen. Außerdem darf der Gesamtwert der Wertpapiere von Emittenten, in denen die Verwaltungsgesellschaft mehr als 5% des Nettovermögens eines Teilfonds anlegt, 40% des Wertes des Nettovermögens des betreffenden Teilfonds nicht übersteigen.

(2) Die in Absatz (1) genannte Grenze von 10% ist auf 35% des Nettovermögens eines Teilfonds angehoben, wenn die Wertpapiere von einem Mitgliedstaat der EU, seinen Gebietskörperschaften, einem Mitgliedstaat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der EU angehören, begeben oder garantiert werden. Für diese Fälle gilt die in Satz 2 des Absatz (1) genannte Beschränkung auf 40% nicht.

(3) Die in Absatz (1) genannte Grenze von 10% darf für bestimmte Schuldverschreibungen auf höchstens 25% des Nettovermögens eines Teilfonds angehoben werden, wenn sie von einem Kreditinstitut ausgegeben werden, das seinen Sitz in einem Mitgliedstaat der EU hat und kraft Gesetzes einer besonderen öffentlichen Kontrolle unterliegt, durch die die Inhaber dieser Schuldverschreibungen geschützt werden sollen. Insbesondere müssen die Erlöse aus der Emission dieser Schuldverschreibungen nach dem Gesetz in Vermögenswerten angelegt werden, die während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen in ausreichendem Maße die sich daraus ergebenden Verpflichtungen abdecken und die mittels eines vorrangigen Sicherungsrechts im Falle der Nichterfüllung durch den Emittenten für die Rückzahlung des Kapitals und die Zahlung der laufenden Zinsen zur Verfügung stehen. Sollten mehr als 5% des Nettovermögens des jeweiligen Teilfonds in von solchen Emittenten ausgegebenen Schuldverschreibungen investiert werden, darf der Gesamtwert der Anlagen in solchen Schuldverschreibungen 80% des Nettovermögens des jeweiligen Teilfonds nicht überschreiten.

(4) Die in den Absätzen (2) und (3) genannten Wertpapiere bleiben bei der Anwendung der Grenze von 40% nach Absatz (1) außer Betracht. Die in den Absätzen (1) bis (3) vorgesehenen Grenzen können nicht kumuliert werden, und daher dürfen die Anlagen in Wertpapieren desselben Emittenten gemäß vorstehender Absätze auf keinen Fall insgesamt 35% des Nettovermögens eines Teilfonds übersteigen. Unbeschadet der Bestimmungen der vorstehenden Klauseln (1) und (2) darf der Fonds für den Fall, daß Anlagen des Fonds unter Wahrung des Prinzips der Risikoverteilung in übertragbaren Wertpapieren erfolgen, die von einem Mitgliedsstaat der EU, seinen Gebietskörperschaften, von einem Mitgliedstaat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der EU angehören, ausgegeben oder garantiert sind, bis zu 100% des Nettovermögens jedes Teilfonds in Wertpapieren dieser Art anlegen, vorausgesetzt, daß der Bestand des Fonds Wertpapiere aus mindestens sechs verschiedenen Emissionen enthalten muß, und daß die Wertpapiere derselben Emission nicht mehr als 30% des Nettovermögens des Teilfonds ausmachen dürfen.

(5) Die Verwaltungsgesellschaft darf für keinen der von ihr verwalteten Investmentfonds Aktien erwerben, die mit einem Stimmrecht verbunden sind, das es ihr ermöglicht, einen nennenswerten Einfluß auf die Geschäftsführung eines Emittenten auszuüben.

(6) Die Verwaltungsgesellschaft darf für Rechnung des Fonds höchstens 10% der stimmrechtslosen Aktien sowie höchstens 10% der Schuldverschreibungen desselben Emittenten sowie 10% der Anteile desselben Organismus für gemeinsame Anlagen erwerben. Hiervon ausgenommen sind Wertpapiere, die von einem Mitgliedstaat der EU oder dessen Gebietskörperschaften oder von einem Drittstaat, der Mitglied der OECD ist, begeben oder garantiert sind, oder die von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters begeben werden, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der EU angehören.

(7) Die Verwaltungsgesellschaft darf bis zu 10% des Nettovermögens jedes Teilfonds in verbrieften Rechten, die ihren Merkmalen nach Wertpapieren gleichgestellt sind (insbesondere durch ihre Übertragbarkeit, Veräußerbarkeit und periodische Bewertbarkeit) und deren Restlaufzeit 12 Monate überschreitet, oder in nicht an Börsen amtlich notierten oder an einem geregelten Markt gehandelten Wertpapieren anlegen.

Art. 9. - Investmentanteile

Jeder Teilfonds ist ermächtigt, bis zu 5% seines Fondsvermögens in Anteile von Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) des offenen Investmenttyps im Sinne der Investmentrichtlinie der Europäischen Gemeinschaft vom 20. Dezember 1985 (85/611/EG) zu investieren.

Anlagen in Anteilen anderer Organismen für gemeinsame Anlagen, die von der Verwaltungsgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Verwaltungsgesellschaft im Rahmen einer Verwaltungs- oder Aufsichtsgemeinschaft oder durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, sind nur im Falle eines Investmentfonds oder einer Investmentgesellschaft zulässig, die sich gemäß deren Vertragsbedingungen oder Statuten auf die Anlage in einem bestimmten geographischen oder wirtschaftlichen Bereich spezialisiert hat.

Die Verwaltungsgesellschaft darf bei Geschäften mit Anteilen jedes Teilfonds keine Gebühren oder Kosten berechnen, wenn Vermögensteile eines Investmentfonds in Anteilen eines anderen Investmentfonds angelegt werden, der von derselben Verwaltungsgesellschaft oder von irgendeiner anderen Gesellschaft verwaltet wird, mit der die Verwaltungsgesellschaft im Rahmen einer Verwaltungs- oder Aufsichtsgemeinschaft oder durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist.

Art. 10. - Rückführung

Die im Artikel 8 genannten Beschränkungen beziehen sich auf den Zeitpunkt des Erwerbs der Wertpapiere. Werden die Prozentsätze nachträglich durch Kursentwicklungen oder aus anderen Gründen als durch Zukäufe überschritten, so wird die Verwaltungsgesellschaft unverzüglich unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber eine Rückführung in den vorgegebenen Rahmen anstreben.

Art. 11. - Wertpapierpensionsgeschäfte, Wertpapierleihe

(1) Jeder Teilfonds kann daneben Wertpapiere im Zusammenhang mit Pensionsgeschäften kaufen oder verkaufen, wenn der Vertragspartner eine Finanzeinrichtung erster Ordnung und auf solche Geschäfte spezialisiert ist. Diese Wertpapiere können während der Laufzeit des Pensionsgeschäftes nicht veräußert werden.

Ist der Investmentfonds für den Rückkauf seiner Anteile offen, muß er darauf achten, den Umfang dieser Geschäfte auf einem Niveau zu halten, bei dem es ihm jederzeit möglich ist, seiner Rückkaufverpflichtung nachzukommen.

(2) Die Verwaltungsgesellschaft darf bis zu 50% des Schätzwerts der in einem Teilfonds befindlichen Wertpapiere für höchstens 30 Tage im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems ausleihen, wenn das Wertpapierleihsystem durch einen anerkannten Abrechnungsorganismus oder durch eine Finanzeinrichtung erster Ordnung, die auf solche Geschäfte spezialisiert ist, repräsentiert ist. Eine über 50% des Bestandes hinausgehende Wertpapierleihe ist zulässig, wenn der entsprechende Teilfonds berechtigt ist, den Vertrag jederzeit zu kündigen und die verliehenen Wertpapiere zurückzuverlangen.

Art. 12. - Techniken und Instrumente

(1) Die Verwaltungsgesellschaft kann sich nach Maßgabe der Anlagebeschränkungen für jeden Teilfonds der Techniken und Instrumente bedienen, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, sofern deren Einsetzung im Hinblick auf eine ordentliche Verwaltung des Fondsvermögens erfolgt.

(2) Ferner kann die Verwaltungsgesellschaft Techniken und Instrumente zur teilweisen oder völligen Absicherung von Währungs-, Zins- und Kursrisiken zur Verwaltung des Fondsvermögens nutzen.

Zu den unter Absatz (1) und (2) aufgelisteten Techniken gehören unter anderem der Kauf und Verkauf von Call- und Put-Optionen sowie von Terminkontrakten über Devisen, Wertpapiere, Indizes und Zinsfutures. Termingeschäfte, die in einer bestimmten Währung abgeschlossen werden, dürfen grundsätzlich weder das Volumen des gesamten Vermögens, das auf diese Währung lautet, noch die Besitzdauer dieses Vermögens übersteigen. Des weiteren dürfen Termingeschäfte über Devisen ausschließlich zum Schutze des Fondsvermögens gegen Währungskursschwankungen dienen und müssen sich auf Verträge beziehen, die an einem geregelten Markt mit regelmäßigem Betrieb, der anerkannt und der Öffentlichkeit zugänglich ist, gehandelt werden. Mit demselben Ziel kann die Verwaltungsgesellschaft auch Devisen auf Termin verkaufen bzw. umtauschen im Rahmen von freihändigen Geschäften, die mit Finanzeinrichtungen erster Ordnung abgeschlossen werden, die auf diese Geschäftsart spezialisiert sind.

(3) Darüber hinaus ist es der Verwaltungsgesellschaft gestattet, auch Techniken und Instrumente mit einem anderen Ziel als der Absicherung bestehender Anlagen anzuwenden, sofern diese nicht Devisen zum Gegenstand haben.

(4) Durch die Hebelwirkung von Optionen kann der Wert des Fondsvermögens - sowohl positiv wie negativ - stärker beeinflußt werden, als dies bei dem unmittelbaren Erwerb von Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten der Fall ist; insofern ist deren Einsatz mit besonderen Risiken verbunden.

(5) Finanzterminkontrakte, die zu einem anderen Zweck als der Absicherung eingesetzt werden, sind ebenfalls mit erheblichen Chancen und Risiken verbunden, da jeweils nur ein Bruchteil der jeweiligen Kontraktgröße (Einschuß) sofort geleistet werden muß. Kursveränderungen können somit zu erheblichen Gewinnen oder Verlusten führen.

Art. 13. - Kreditaufnahme

Die Verwaltungsgesellschaft darf für Rechnung des Fonds Kredite nur in besonderen Fällen für kurze Zeit in Höhe von 10% des Nettovermögens eines Teilfonds aufnehmen. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind Fremdwährungskredite in Form von «Back-to-Back»-Darlehen.

Art. 14. - Flüssige Mittel

Ein Anteil von bis zu 49% des Wertes des Nettovermögens jedes Teilfonds darf in flüssigen Mitteln (Bankguthaben, kurzfristige Papiere wie z.B. Schatzwechsel und Schatzanweisungen von Staaten, die Mitglieder der EU oder OECD sind) gehalten werden. Die vorgenannten Papiere müssen regelmäßig gehandelt werden und dürfen zum Zeitpunkt ihres Erwerbs durch den Fonds eine restliche Laufzeit von höchstens 12 Monaten haben. Vorübergehend ist es der Verwaltungsgesellschaft gestattet, auch über 49% hinaus flüssige Mittel zu halten, sofern dies im Interesse der Anteilinhaber geboten erscheint.

Art. 15. - Unzulässige Geschäfte

Die Verwaltungsgesellschaft darf für jeden der Teilfonds nicht:

- (1) im Zusammenhang mit dem Erwerb nicht voll eingezahlter Wertpapiere Verbindlichkeiten übernehmen, die, zusammen mit den Krediten gemäß Artikel 13 10% des Netto-Fondsvermögens überschreiten;
- (2) Kredite gewähren oder für Dritte als Bürge eintreten;
- (3) das Fondsvermögen in Wertpapieren anlegen, deren Veräußerung aufgrund vertraglicher Vereinbarungen Beschränkungen unterliegt;
- (4) in Immobilien anlegen und Waren oder Warenkontrakte kaufen oder verkaufen;
- (5) Edelmetalle oder Zertifikate hierüber erwerben;
- (6) Vermögenswerte des Fonds verpfänden oder belasten, zur Sicherung übereignen oder abtreten, wenn dies nicht an einer Börse oder einem geregelten Markt gefordert wird;
- (7) Wertpapierleerverkäufe tätigen;
- (8) an einer Börse oder an einem geregelten Markt Call- und Put-Optionen auf Wertpapiere, Indizes und Finanzterminkontrakte kaufen und verkaufen, deren Prämien addiert 15% des Netto-Fondsvermögens überschreiten und deren Kontraktwerte über das Netto-Fondsvermögen hinausgehen.

Die Gesamtsumme der Verbindlichkeiten, die sich auf Options- und Terminkontrakte auf Indizes bezieht, darf den Marktwert der Wertpapiere, die der Teilfonds auf dem diesem Index entsprechenden Markt hält, nicht übersteigen.

Mit Ausnahme der nachfolgend erwähnten Tauschverträge auf Zinsen müssen Termin- und Optionsverträge auf Zinsen sowie Terminkontrakte auf Indizes an einer Börse bzw. an einem geregelten Markt mit regelmäßigem öffentlichem Betrieb, der anerkannt und der Öffentlichkeit zugänglich ist, gehandelt werden.

Bei Termin-, Options- und Tauschverträgen auf Zinsen, die ausschließlich mit erstklassigen Finanzinstitutionen, die auf solche Geschäfte spezialisiert sind, getätigt werden können, darf die Gesamtsumme der Verbindlichkeiten den globalen Marktwert des zu deckenden Vermögens, das der Teilfonds in der den jeweiligen Geschäften entsprechenden Währungen hält, nicht übersteigen.

(9) Call-Optionen verkaufen, die nicht durch Wertpapiere unterlegt oder durch andere Instrumente abgesichert sind, es sei denn, der Fonds ist jederzeit in der Lage, die Deckung der daraus entstehenden offenen Positionen sicherzustellen und die Summe der Ausübungspreise der ungedeckten Call-Optionen übersteigt nicht 25% des Netto-Fondsvermögens.

Beim Verkauf von Put-Optionen muß der Teilfonds während der gesamten Laufzeit des Optionskontraktes mit den Barmitteln eingedeckt sein, die er benötigen würde, um Titel zu bezahlen, die ihm im Falle der Optionsausübung durch die Gegenpartei geliefert werden.

(10) Finanzterminkontrakte schließen, deren Kontraktwerte - sofern diese nicht der Deckung des Fondsvermögens dienen - das Netto-Fondsvermögen übersteigen. Diese Geschäfte dürfen sich nur auf Kontrakte beziehen, die an einem geregelten Markt mit regelmäßigem Betrieb, der anerkannt und der Öffentlichkeit zugänglich ist, gehandelt werden.

Art. 16. - Anteile

(1) Generell werden auf den Namen lautende Anteile über die Depotbank in Form von Anteilbestätigungen nach Zahlung des Kaufpreises an die Depotbank zur Verfügung gestellt, in diesem Falle werden die Anteile bis auf tausendstel Anteile zugeteilt.

Auf Wunsch des Anteilinhabers kann die Verwaltungsgesellschaft über die Depotbank auf den Inhaber lautende Anteilzertifikate über ganze Anteile ausstellen. Die anfallenden Kosten werden dabei dem Zeichner in Rechnung gestellt. Die Zertifikate der Inhaberanteile werden mit Couponbogen in Stückelungen zu 1, 10 und 100 Anteilen geliefert.

(2) Jedes Anteilzertifikat trägt die handschriftlichen oder vervielfältigten Unterschriften der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank, welche durch Faksimileunterschriften ersetzt werden können. Auf den Zertifikaten ist vermerkt, welchem Teilfonds die Anteile zugehören.

(3) Die Anteilzertifikate sind übertragbar. Mit der Übertragung eines Anteilzertifikats gehen die darin verbrieften Rechte über. Der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank gegenüber gilt in jedem Fall der Inhaber des Anteilzertifikats bzw. der Anteilbestätigung als der Berechtigte.

(4) Prinzipiell werden die in die jeweiligen Teilfonds einfließenden Erträge und Veräußerungsgewinne nicht ausgeschüttet, sondern wieder angelegt. Es bleibt jedoch der Verwaltungsgesellschaft vorbehalten, für einen oder mehrere Teilfonds eine Dividendenausschüttung vorzunehmen. Jegliche eventuell ausgeführte Ausschüttung wird gemäß den in Artikel 22 enthaltenen Bedingungen veröffentlicht.

Die Anteilinhaber von auf den Namen lautenden Anteilen erhalten einen Dividendenscheck, der an die im Register der Anteilinhaber aufgeführte Adresse geschickt wird. Auf Wunsch kann eine Überweisung auf ein vom Anteilinhaber anzugebendes Konto ausgeführt werden.

Ausschüttungen, die nicht innerhalb von fünf Jahren von dem Anteilinhaber angefordert werden, verfallen zu Gunsten des jeweiligen Teilfonds.

Art. 17. - Ausgabe, Rücknahme und Konversion von Anteilen

(1) Die Anteile werden den Anlegern durch die Verwaltungsgesellschaft an jedem Bewertungstag unverzüglich nach Zahlung des Kaufpreises gemäß Artikel 18 in entsprechender Zahl übertragen. Sie werden unverzüglich nach Zahlungseingang im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Register- und Transferstelle durch Übergabe von Anteilzertifikaten (sofern ausgestellt) des entsprechenden Teilfonds ausgehändigt: entsprechendes gilt für ausgestellte Anteilbestätigungen. Die Anzahl der ausgegebenen Anteile ist grundsätzlich nicht beschränkt.

Es liegt jedoch im Ermessen der Verwaltungsgesellschaft, die Ausgabe von Anteilen an einem oder mehreren Teilfonds an bestimmte natürliche oder juristische Personen zeitweise auszusetzen, zu limitieren oder ganz einzustellen.

Zudem hat die Verwaltungsgesellschaft jederzeit das Recht:

- * die Anteile, die unter Nichtbeachtung dieses Artikels erworben wurden, zurückzuzahlen, sowie
- * Zeichnungsaufträge nach ihrem Ermessen zurückzuweisen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann die Anteile jedes Teilfonds aufteilen oder zusammenlegen.

(2) Der Anleger hat die Möglichkeit, durch Unterzeichnung des Antragsformulars eine einmalige Zeichnung von Anteilen zu veranlassen.

Zusätzlich kann die Verwaltungsgesellschaft für einen oder mehrere Teilfonds auch eine regelmäßige monatliche, viertel- oder halbjährliche Zeichnung von Anteilen zulassen (Sparplan). Hierbei hat der Anleger jederzeit das Recht, Zeichnungen außerhalb des Sparplanes zu tätigen sowie die regelmäßige Zeichnung ohne Kündigungsfrist zu kündigen. Bei einer regelmäßigen Zeichnung von Anteilen wird der für den betreffenden Teilfonds zahlbare Ausgabeaufschlag bei jeder Einzahlung berechnet.

(3) Die Anteilscheine können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, der Register- und Transferstelle, den Zahlstellen oder durch Vermittlung Dritter erworben werden.

(4) Der Anteilinhaber eines Teilfonds kann einen Teil oder alle seine Anteile in Anteile eines anderen Teilfonds konvertieren. Diese Konversion erfolgt auf der Basis der Netto-Inventarwerte der betreffenden Teilfonds am anzuwendenden Bewertungstag. Bei Netto-Inventarwerten in unterschiedlichen Währungen wird der Konversion der letzte verfügbare Devisenmittelkurs zugrundegelegt.

Bei der Konversion von Anteilen eines Teilfonds (der «Alte Teilfonds») in Anteile eines anderen Teilfonds (der «Neue Teilfonds») kann eine Kommission («Umtauschgebühr») zu Gunsten der Verwaltungsgesellschaft erhoben werden, die, soweit anwendbar, wie folgt berechnet wird:

(a) erhebt der Neue Teilfonds einen höheren Ausgabeaufschlag als der Alte Teilfonds, beläuft sich die Umtauschgebühr auf die Differenz der Ausgabeaufschläge, mit einem Mindestbetrag von EUR 25,-

(b) sind die Ausgabeaufschläge gleich, beträgt die Umtauschgebühr 0,3% des Umtauschbetrages, mit einem Mindestbetrag von EUR 25,- und einem Höchstbetrag von EUR 75,-

(c) erhebt der Alte Teilfonds einen höheren Ausgabeaufschlag als der Neue Teilfonds, so wird keine Umtauschgebühr berechnet.

(5) Die Anteilinhaber können jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile verlangen. Die Rücknahme erfolgt gegen Einreichung der Zertifikate bzw. gegen deren Ausbuchung, insofern diese bei der Depotbank deponiert und nicht zugestellt waren bzw. im Falle von Anteilbestätigungen, durch Rücknahmeaufträge bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank oder den Zahlstellen. Die Verwaltungsgesellschaft ist verpflichtet, an jedem Bewertungstag die Anteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis gemäß Artikel 18 zurückzunehmen. Der Rücknahmepreis vermindert sich in bestimmten Ländern um dort anfallende Steuern und andere Belastungen. Die Rückzahlung erfolgt unter gewöhnlichen Umständen vorbehaltlich evtl. Prüfungen unverzüglich, zumindest aber innerhalb von 5 Bankarbeitstagen in Luxemburg nach Berechnung des Rücknahmepreises in der Währung des Fonds, wie sie im Verkaufsprospekt angegeben ist.

(6) Bei massiven Rücknahmeanträgen können Depotbank und Verwaltungsgesellschaft beschließen, einen Rücknahmeantrag erst dann abzurechnen, wenn ohne unnötige Verzögerung entsprechende Vermögenswerte des Fonds verkauft worden sind. In diesem Falle erfolgt die Rücknahme gemäß Artikel 18 zum dann geltenden Netto-Inventarwert. Mit der Auszahlung des Rücknahmepreises erlischt der entsprechende Anteil.

(7) Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände wie z.B. Streiks sie daran hindern, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land, in dem die Rückzahlung gefordert wird, vorzunehmen.

Art. 18. - Netto-Inventarwert, Ausgabe- und Rücknahmepreis

(1) Der Netto-Inventarwert (auch «Anteilwert» genannt) sowie der Ausgabe- bzw. Rücknahmepreis jedes Anteils wird in der Währung des jeweiligen Teilfonds angegeben und unter Aufsicht der Depotbank von der Verwaltungsgesellschaft an dem im Anhang zum Verkaufsprospekt festgesetzten Bewertungstag des betreffenden Teilfonds (hiernach «Bewertungstag» genannt) berechnet, mindestens jedoch zwei Mal im Monat. Fällt ein Bewertungstag nicht auf einen Bankarbeitstag in Luxemburg, so wird der Netto-Inventarwert am nächstfolgenden Bankarbeitstag in Luxemburg berechnet.

Die Berechnung des Netto-Inventarwertes erfolgt durch Teilung des Nettovermögens des jeweiligen Teilfonds (Fondsvermögen abzüglich Verbindlichkeiten des Teilfonds) durch die Zahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile (nachstehend «Netto-Inventarwert pro Anteil») dieses Teilfonds.

Das Gesamt Nettovermögen des Fonds besteht aus der Summe der Nettovermögens der jeweiligen Teilfonds und wird in Euro (EUR) ausgedrückt.

Die Verwaltungsgesellschaft trägt Sorge dafür, daß in den Ländern, in denen der Fonds öffentlich vertrieben wird, eine geeignete Veröffentlichung der Anteilspreise erfolgt.

(2) Das Vermögen eines jeden Teilfonds wird folgendermaßen bewertet:

Wertpapiere, die an einer Wertpapierbörse amtlich notiert sind, werden zum letzten verfügbaren Kurs bewertet. Wird ein Wertpapier an mehreren Wertpapierbörsen amtlich notiert, ist der letztverfügbare Kurs jener Börse maßgebend, die der Hauptmarkt für dieses Wertpapier ist.

Wertpapiere, die nicht an einer Börse notiert sind, die aber aktiv im geregelten Freiverkehr oder einem anderen organisierten Wertpapiermarkt gehandelt werden, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere verkauft werden können.

Falls die jeweiligen Kurse nicht marktgerecht sind, werden diese Wertpapiere, ebenso wie die sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben auf der Grundlage des wahrscheinlich erreichbaren Verkaufswertes festlegt.

Die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.

Der Marktwert von Wertpapieren und anderen Anlagen, die auf eine andere Währung als die Währung des entsprechenden Teilfonds lauten, wird zum letzten Devisenmittelkurs in die Währung des Teilfonds umgerechnet.

Das Netto-Fondsvermögen der einzelnen Teilfonds wird um die Ausschüttungen reduziert, die gegebenenfalls an die Anteilinhaber des betreffenden Teilfonds gezahlt wurden.

(3) Bei Festsetzung des Ausgabepreises kann zum Netto-Inventarwert pro Anteil ein Ausgabeaufschlag erhoben werden, dessen Höhe für den betreffenden Teilfonds im Anhang zum Verkaufsprospekt angegeben ist. Ferner erhöht sich der Ausgabepreis in bestimmten Ländern um dort anfallende Ausgabesteuern, Stempelsteuern und andere Belastungen.

(4) Der Rücknahmepreis ist der nach Absatz (1) bis (2) ermittelte Netto-Inventarwert pro Anteil.

(5) Zeichnungs-, Rückkauf- und Umtauschanträge, welche bis spätestens 17.00 Uhr an jedem Bewertungstag bei der Register- und Transferstelle eingegangen sind, werden zum Ausgabe-, Rücknahme- bzw. Umtauschpreis des darauffolgenden Bewertungstages abgerechnet, sofern bei Kaufaufträgen der Gegenwert verfügbar ist. Kauf-, Rücknahme- und Umtauschanträge, welche später eingehen oder deren Bezahlung später erfolgt, werden zu den Bedingungen des übernächsten Bewertungstages abgerechnet, sofern keine besonderen Umstände auftreten, die auf eine erhebliche Änderung des Netto-Inventarwertes pro Anteil schließen lassen. Die Rückzahlung erfolgt unter gewöhnlichen Umständen vorbehaltlich evtl. Prüfungen unverzüglich, zumindest aber innerhalb von 5 Bankarbeitstagen in Luxemburg nach Berechnung des Rücknahmepreises in der Währung des entsprechenden Teilfonds, wie sie im Verkaufsprospekt angegeben ist.

(6) Bei massiven Rücknahmeanträgen kann die Verwaltungsgesellschaft die Anteile des entsprechenden Teilfonds auf der Basis der Kurse, zu welchen die notwendigen Verkäufe von Wertpapieren getätigt werden, bewerten. In diesem Fall wird für gleichzeitig eingereichte Kauf- und Rückkaufanträge derselbe Berechnungswert angewandt. Die betroffenen Anleger werden hierüber umgehend in Kenntnis gesetzt.

Art. 19. - Aussetzung der Berechnung des Netto-Inventarwertes und der Ausgabe, Rücknahme und Konversion von Anteilen

(1) Die Verwaltungsgesellschaft ist ermächtigt, die Berechnung des Netto-Inventarwertes sowie die Ausgabe, Rücknahme und Konversion von Anteilen eines oder mehrerer Teilfonds zeitweilig einzustellen.

a) während der Zeit, in welcher eine Börse oder ein Markt, an dem ein wesentlicher Teil der Wertpapiere des Fonds notiert ist, geschlossen ist (außer an gewöhnlichen Wochenenden oder Feiertagen) oder der Handel an dieser Börse oder diesem Markt ausgesetzt oder eingeschränkt wurde;

b) in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Vermögenswerte nicht verfügen kann, oder es für sie unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Netto-Inventarwertes ordnungsgemäß durchzuführen.

(2) Die Aussetzung und Wiederaufnahme der Netto-Inventarwertberechnung wird unverzüglich den Anteilinhabern mitgeteilt, die ihre Anteile zur Rücknahme oder zum Umtausch angeboten haben. Diese Mitteilung erfolgt gemäß den in Artikel 22 enthaltenen Bestimmungen.

Art. 20. - Kosten des Fonds

(1) Der Verwaltungsgesellschaft steht für die Verwaltung des Fonds und der Depotbank für die Verwahrung der zum Fonds gehörenden Vermögenswerte eine Vergütung zu, die gemäß dem Anhang zum Verkaufsprospekt entsprechend berechnet und ausgezahlt wird. Die der Verwaltungsgesellschaft zustehende Vergütung beträgt in der Regel maximal 1% des durchschnittlichen Nettovermögens des jeweiligen Teilfonds, kann jedoch, in besonderen Fällen, maximal 5% des durchschnittlichen Nettovermögens des jeweiligen Teilfonds betragen.

(2) Dem Anlageberater steht für die Beratung des Fondsmanagements eine Vergütung zu, die gemäß dem Anhang zum Verkaufsprospekt für den betreffenden Teilfonds entsprechend berechnet und ausgezahlt wird.

(3) Neben diesen Vergütungen trägt der Fonds folgende Kosten:

* alle Steuern, die auf das Fondsvermögen, dessen Einkommen und die Auslagen zu Lasten des Fonds erhoben werden;

* bankübliche Spesen für Transaktionen in Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten und Rechten des Fonds und für deren Verwahrung;

* die Aufwendungen der Korrespondenten der Depotbank im Ausland sowie deren Bearbeitungsgebühren;

* das Entgelt für die Zahstellen und die Vertretung im Ausland;

* die Kosten der Buchhaltung und der Berechnung des Netto-Inventarwertes;

* die Gebühren zur Anmeldung und zur Registrierung bei allen Registrierungsbehörden und Börsen, die Kosten der Börsennotierung und der Veröffentlichung in Zeitungen; die Kosten der Führung des Anteilregisters;

* die Kosten der Vorbereitung, des Drucks, der Hinterlegung und Veröffentlichung der Verträge und anderer Dokumente;

* die Kosten der Vorbereitung, der Übersetzung, des Drucks und Vertriebs der periodischen Veröffentlichungen und anderen Dokumente, die durch das Gesetz oder durch Reglements vorgesehen sind;

* die Kosten der Vorbereitung und des Drucks von Anteilscheinzerifikaten sowie Ertragsschein-Bogenerneuerungen;

* die Transaktionskosten der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen;

* die Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilinhaber handeln;

- * Prüfungs- und Rechtsberatungskosten für den Fonds;
- * die Verbreitungskosten von Mitteilungen an die Anteilinhaber.

(4) Sämtliche wiederkehrenden Gebühren werden zuerst den Anlageerträgen, dann den realisierten Kapitalgewinnen und schließlich dem Fondsvermögen angerechnet. Andere Kosten wie insbesondere die Gründungskosten, die auf ca. DEM 80.000,- geschätzt wurden, werden über eine Periode von höchstens 5 Jahren abgesetzt.

(5) Das Vermögen des Fonds haftet Dritten gegenüber insgesamt für alle vom Fonds zu tragenden Kosten. Im Verhältnis der Anteilinhaber untereinander werden die jeweiligen Teilfonds als gesonderte Einheiten angesehen, so daß Kosten den einzelnen Teilfonds, soweit sie diese gesondert betreffen, angerechnet werden. Ansonsten werden die Kosten den einzelnen Teilfonds entsprechend ihren Nettovermögen anteilmäßig belastet.

Art. 21. - Rechnungslegung

(1) Der Jahresabschluß des Fonds und dessen Bücher werden von einem von der Verwaltungsgesellschaft ernannten Wirtschaftsprüfer geprüft.

(2) Spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen geprüften Rechenschaftsbericht entsprechend den Bestimmungen des Großherzogtums Luxemburg.

(3) Zwei Monate nach Ende der ersten Hälfte des Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen ungeprüften Halbjahresbericht. Der erste Bericht war ein ungeprüfter Halbjahresbericht zum 30. Juni 1998.

(4) Die Berichte sind am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und den Zahlstellen erhältlich.

(5) Für statistische Zwecke und sonstige Meldepflichten werden die Vermögen aller Teilfonds zusammengefaßt und in einer Summe in Euro angegeben.

Art. 22. - Informationen an die Anteilinhaber

Informationen an die Anteilinhaber werden, soweit gesetzlich erforderlich und nicht anders erwähnt, im «Mémorial» und im «Luxemburger Wort» veröffentlicht, sowie zusätzlich in mindestens einer überregionalen Zeitung in den Ländern, in denen die Anteile öffentlich vertrieben werden.

Art. 23. - Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Fonds beginnt am 1. Januar jeden Jahres und endet am 31. Dezember des gleichen Jahres. Das erste Geschäftsjahr begann am Tag der Gründung des Fonds und endete am 31. Dezember 1998.

Art. 24. - Dauer und Auflösung des Fonds und der Teilfonds

(1) Der Fonds ist für unbegrenzte Zeit errichtet. Die Auflösung des gesamten Fonds kann jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft beschlossen werden.

(2) Die Auflösung wird im «Mémorial» und in mindestens 3 Tageszeitungen, darunter das Luxemburger Wort, veröffentlicht. Vom Tage der Entscheidung der Verwaltungsgesellschaft an wird die Ausgabe, Rücknahme und Konversion der Anteile eingestellt.

Die Verwaltungsgesellschaft löst den Fonds im besten Interesse der Anteilinhaber auf und weist die Depotbank an, den Liquidationserlös, abzüglich der Liquidationsspesen, an die Anteilinhaber auszuschütten.

Liquidationserlöse, die nach Abschluß des Liquidationsverfahrens nicht von den Anteilinhabern eingezogen wurden, werden von der Depotbank für Rechnung der berechtigten Anteilinhaber bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, sofern sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort eingefordert werden.

(3) Falls sich die wirtschaftliche oder politische Situation zu Ungunsten der Anlagepolitik entwickeln sollte, kann die Verwaltungsgesellschaft gegebenenfalls im Interesse der Anteilinhaber einen bzw. mehrere Teilfonds miteinander verschmelzen oder auflösen, indem sie die Anteile des/der betreffenden Teilfonds aufhebt; sie zahlt den Anteilinhabern des/der Teilfonds entweder die Gesamtheit der zugrundeliegenden Anteile zurück oder ermöglicht ihnen das überwechseln in einen anderen Teilfonds, indem den Anteilinhabern aufgrund ihrer bisherigen Beteiligung neue Anteile zugeteilt werden. Der Beschluß der Verwaltungsgesellschaft wird im «Luxemburger Wort» veröffentlicht sowie in einer anderen Zeitung, die in den Vertriebsländern des Fonds veröffentlicht wird.

Die Anteilinhaber von Teilfonds, die verschmelzt werden, haben vor der tatsächlichen Verschmelzung die Möglichkeit, aus den betreffenden Teilfonds durch die kostenlose Rücknahme ihrer Anteile auszuscheiden, und dies innerhalb des Monats nach Veröffentlichung des Fusionsbeschlusses durch die Verwaltungsgesellschaft.

Der Erlös aus der Auflösung von Anteilen, deren ehemalige Inhaber beim Abschluß der Aufhebung eines Teilfonds nicht vorstellig wurden, wird während sechs Monaten nach Abschluß bei der Depotbank in Verwahrung bleiben und danach bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt.

Die Verwaltungsgesellschaft hat in bestimmten Fällen das Recht, die Verschmelzung eines oder mehrerer Teilfonds mit einem anderen Luxemburger Investmentfonds (Teil 1) zu beschließen. Die Verschmelzung kann beschlossen werden, wenn das Nettovermögen eines Teilfonds unter EUR 5.000.000,- fällt oder wenn die wirtschaftliche und politische Situation sich ändert. Die Anteilinhaber von Teilfonds die mit einem Luxemburger Investmentfonds verschmolzen werden, haben vor der tatsächlichen Verschmelzung ebenfalls die Möglichkeit, aus dem betreffenden Teilfonds durch die kostenlose Rücknahme ihrer Anteile auszuscheiden, und dies innerhalb des Monats nach Veröffentlichung des Fusionsbeschlusses durch die Verwaltungsgesellschaft. Der Beschluß der Verwaltungsgesellschaft, einen oder mehrere Teilfonds mit einem anderen Luxemburger Investmentfonds (Teil 1) zu verschmelzen, wird im «Luxemburger Wort» veröffentlicht sowie in einer anderen Zeitung, die in den Vertriebsländern des Fonds veröffentlicht wird.

Die Entscheidung, sich mit einem anderen ausländischen Investmentfonds zu verschmelzen, obliegt den Anteilinhabern des/der zu verschmelzenden Teilfonds. Diese Entscheidung treffen die Anteilinhaber des/der jeweiligen Teilfonds jedoch einstimmig. Wenn diese Bedingung nicht erfüllt wird, sind nur diejenigen Anteilinhaber an die Entscheidung gebunden, die für die Verschmelzung gestimmt haben. Bei allen anderen Anteilinhabern wird davon ausgegangen, daß sie einen Antrag auf Rückkauf gestellt haben.

(4) Weder die Anteilinhaber noch deren Gläubiger, Erben und Rechtsnachfolger können eine Teilung oder die Auflösung des Fonds fordern.

Art. 25. - Verjährung und Vorlegungsfrist

(1) Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von 5 Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; davon unberührt bleibt die im Artikel 24 Absatz (2) enthaltene Regelung.

(2) Die Vorlegungsfrist für Ertragsscheine beträgt 5 Jahre.

Art. 26. - Änderungen des Verwaltungsreglements

Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Zustimmung der Depotbank dieses Verwaltungsreglement jederzeit im Interesse der Anteilinhaber ganz oder teilweise ändern. Jegliche Änderungen des Verwaltungsreglements werden im Mémorial veröffentlicht und treten, sofern nichts anderes bestimmt ist, am Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Die Verwaltungsgesellschaft kann weitere Veröffentlichungen veranlassen.

Art. 27. - Erfüllungsort, Gerichtsstand und Vertragssprache

(1) Erfüllungsort ist der Sitz der Verwaltungsgesellschaft.

(2) Dieses Verwaltungsreglement unterliegt luxemburgischem Recht.

Für sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank ist das Bezirksgericht Luxemburg (tribunal d'arrondissement) zuständig. Die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Depotbank können sich und den Fonds jedoch in Zusammenhang mit Forderungen von Anlegern aus anderen Ländern der Gerichtsbarkeit jener Länder unterwerfen, in denen Anteile angeboten und verkauft werden.

(3) Die deutsche Fassung dieses Reglements ist maßgebend. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können jedoch von ihnen genehmigte Übersetzungen in Sprachen der Länder, in welchen Anteile angeboten und verkauft werden, für sich und den Fonds als verbindlich bezüglich solcher Anteile anerkennen, die an Anleger dieser Länder verkauft werden.

Art. 28. - Inkrafttreten

Das Verwaltungsreglement trat erstmals am 2. Januar 1998 und die letzten Änderungen traten am 16. Dezember 1999 in Kraft.

Luxemburg, den 19. November 1999.

VMR MANAGEMENT S.A.
Société Anonyme
Die Verwaltungsgesellschaft
Unterschrift

BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG
Société Anonyme
Die Depotbank
Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 23 novembre 1999, vol. 530, fol. 83, case 11. — Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(55405/006/501) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 novembre 1999.

WALSER DM AKTIEN SPEZIAL, Fonds Commun de Placement.

ÄNDERUNG DES VERWALTUNGSREGLEMENTS

Die Verwaltungsgesellschaft hat mit Zustimmung der Depotbank den Artikel 16 des Verwaltungsreglements des Fonds geändert.

Bei der Änderung handelt es sich darum, dem Fonds in Zukunft das Recht einzuräumen, sofern gesetzliche, wirtschaftliche oder politische Gegebenheiten dies erfordern, die Fusion in einen anderen luxemburgischen Fonds (Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen) zu beschließen.

Der genannte Artikel hat nunmehr den nachfolgend aufgeführten Wortlaut:

Art. 16.

Dauer des Fonds und Auflösung

Art. 16.

Dauer des Fonds, Auflösung und Fusion

Der Fonds wird auf unbestimmte Zeit errichtet, er kann jedoch jederzeit durch Beschluß der Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden. Eine Auflösung erfolgt zwingend, falls die Verwaltungsgesellschaft aus irgendeinem Grunde aufgelöst wird oder ein sonstiger Tatbestand eintritt, der eine gesetzliche Liquidation erforderlich macht. Sie wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und mindestens drei Tageszeitungen, welche eine angemessene Auflage erreichen, veröffentlicht. Eine dieser Tageszeitungen muß in Luxemburg erscheinen.

Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Liquidation des Fonds führt, werden die Ausgabe und der Rückkauf von Anteilen eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös abzüglich der Liquidationskosten und Honorare auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von derselben oder von der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter die Anteilinhaber nach deren Anspruch verteilen.

Liquidationserlöse, die nicht zum Abschluß des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern eingezogen wurden, werden, soweit dann gesetzlich notwendig, in EURO umgewandelt und von der Depotbank für Rechnung der berechtigten Anteilinhaber bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.

Weder die Anteilinhaber noch deren Erben bzw. Rechtsnachfolger können die vorzeitige Auflösung und Teilung des Fonds beantragen.

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, die Fusion des Fonds in einen anderen luxemburgischen Fonds (Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen) zu beschließen, falls gesetzliche, wirtschaftliche oder politische Gegebenheiten dies erfordern. Dem Anteilsinhaber steht es frei, während einer Dauer von einem Monat ab dem Datum der Veröffentlichung des Fusionsentscheides die Rücknahme oder den Umtausch (Konvertierung) seiner Anteile kommissionsfrei zu verlangen. Sollte er die Rücknahme oder den Umtausch nicht verlangen, so werden seine Anteile automatisch in den fusionierten Fonds konvertiert.

Erstellt in Luxemburg, 23. November 1999.

HSBC TRINKAUS
INVESTMENT MANAGERS S.A.
Unterschriften

HSBC TRINKAUS & BURKHARDT
(INTERNATIONAL) S.A.
Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 23 novembre 1999, vol. 530, fol. 86, case 9. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(55406/000/43) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 novembre 1999.

WALSER VALOR, Fonds Commun de Placement.

ÄNDERUNG DES VERWALTUNGSREGLEMENTS

Die Verwaltungsgesellschaft hat mit Zustimmung der Depotbank den Artikel 16 des Verwaltungsreglements des Fonds geändert.

Bei der Änderung handelt es sich darum, dem Fonds in Zukunft das Recht einzuräumen, sofern gesetzliche, wirtschaftliche oder politische Gegebenheiten dies erfordern, die Fusion in einen anderen luxemburgischen Fonds (Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen) zu beschließen.

Der genannte Artikel hat nunmehr den nachfolgend aufgeführten Wortlaut:

Art. 16.

Dauer des Fonds und Auflösung

Art. 16.

Dauer des Fonds, Auflösung und Fusion

Der Fonds wird auf unbestimmte Zeit errichtet, er kann jedoch jederzeit durch Beschluß der Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden. Eine Auflösung erfolgt zwingend, falls die Verwaltungsgesellschaft aus irgendeinem Grunde aufgelöst wird oder ein sonstiger Tatbestand eintritt, der eine gesetzliche Liquidation erforderlich macht. Sie wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und mindestens drei Tageszeitungen, welche eine angemessene Auflage erreichen, veröffentlicht. Eine dieser Tageszeitungen muß in Luxemburg erscheinen.

Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Liquidation des Fonds führt, werden die Ausgabe und der Rückkauf von Anteilen eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös abzüglich der Liquidationskosten und Honorare auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von derselben oder von der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter die Anteilinhaber nach deren Anspruch verteilen.

Liquidationserlöse, die nicht zum Abschluß des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern eingezogen wurden, werden, soweit dann gesetzlich notwendig, in EURO von der Depotbank für Rechnung der berechtigten Anteilinhaber bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.

Weder die Anteilinhaber noch deren Erben bzw. Rechtsnachfolger können die Auflösung und Teilung des Fonds beantragen.

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, die Fusion des Fonds in einen anderen luxemburgischen Fonds (Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen) zu beschließen, falls gesetzliche, wirtschaftliche oder politische Gegebenheiten dies erfordern. Dem Anteilsinhaber steht es frei, während einer Dauer von einem Monat ab dem Datum der Veröffentlichung des Fusionsentscheides die Rücknahme oder den Umtausch (Konvertierung) seiner Anteile kommissionsfrei zu verlangen. Sollte er die Rücknahme oder den Umtausch nicht verlangen, so werden seine Anteile automatisch in den fusionierten Fonds konvertiert.

Erstellt in Luxemburg, 23. November 1999.

HSBC TRINKAUS
INVESTMENT MANAGERS S.A.
Unterschriften

HSBC TRINKAUS & BURKHARDT
(INTERNATIONAL) S.A.
Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 24 novembre 1999, vol. 530, fol. 88, case 12. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(55407/000/43) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 novembre 1999.

ETS KIEFFER & THILL, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-8414 Steinfort.
R. C. Luxembourg B 33.325.

Le bilan au 31 décembre 1998, enregistré à Luxembourg, le 18 octobre 1999, vol. 529, fol. 72, case 3, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 19 octobre 1999.

Signature.

(49185/000/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

ORION TRANSPORTS.

Il résulte du jugement rendu par le tribunal d'arrondissement de Luxembourg, 6^e chambre, siégeant en matière commerciale, en date du 18 novembre 1999, que la société anonyme ORION TRANSPORTS a été déclarée dissoute et que sa liquidation a été ordonnée.

Le tribunal a nommé juge-commissaire Madame Elisabeth Capesius, 1^{er} juge au tribunal d'arrondissement de Luxembourg, et a désigné comme liquidateur Maître Marc Schiltz, avocat, demeurant à Luxembourg.

Le même jugement a ordonné aux créanciers de faire au greffe du tribunal de commerce de Luxembourg la déclaration du montant de leurs créances avant le 30 novembre 1999.

Pour la société en liquidation

M. Schiltz

Le liquidateur

Enregistré à Luxembourg, le 24 novembre 1999, vol. 530, fol. 89, case 1. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(55906/999/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 novembre 1999.

PLANTATIONS DES TERRES ROUGES HOLDING, Société Anonyme.

Siège social: L-1650 Luxembourg, 4, avenue Guillaume.

STATUTS

L'an mil neuf cent quatre-vingt-dix-neuf, le vingt et un septembre.

Par-devant Maître Jacques Delvaux, notaire de résidence à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg.

S'est réunie l'assemblée générale de la société dénommée PLANTATIONS DES TERRES ROUGES LIMITED, ayant son siège social à Port-Villa, Kumul Highway, B.P. 29, République du Vanuatu,

constituée en date du 13 octobre 1910, avec un capital social souscrit actuel de 2.270.550.000,- Vatu représenté par 1.135.275 actions d'une valeur nominale de 2.000,- Vatu chacune, entièrement libérées,

inscrite au registre de commerce de la République du Vanuatu, sous le numéro 3633.

L'assemblée est présidée par Monsieur Vincent Bollere, administrateur de sociétés, demeurant à F-Paris XVI, 36, avenue des Tilleuls,

Monsieur le Président désigne comme secrétaire Monsieur Daniel-Louis Deleau, administrateur de sociétés, demeurant à L-1651 Luxembourg, 15, avenue Guillaume,

L'assemblée appelle aux fonctions de scrutateur Messieurs Hubert Fabri et Pierre Lemaire, administrateurs de sociétés, demeurant à Bruxelles et Virton.

Les actionnaires présents ou représentés à l'assemblée et le nombre d'actions possédées par chacun d'eux ont été portés sur une liste de présence signée par les actionnaires présents et par les mandataires de ceux représentés, et à laquelle liste de présence, dressée par les membres du bureau, les membres de l'assemblée déclarent se référer. Ladite liste de présence demeurera annexée au présent acte avec lequel elle sera enregistrée.

Resteront pareillement annexées au présent acte avec lequel elles seront enregistrées les procurations émanant des actionnaires représentés à la présente assemblée, signées ne varietur par les parties et le notaire instrumentant. Ensuite Monsieur le Président déclare et prie le notaire d'acter:

I. Que les convocations contenant l'ordre du jour ont été faites par des annonces insérées dans:

- le Mémorial numéros 670 et 684 les 4 septembre et 13 septembre 1999,
- le journal «Luxemburger Wort» les 4 septembre et 13 septembre 1999.

Les numéros justificatifs de ces publications sont déposés au bureau.

II. Que les actionnaires présents ou représentés à l'assemblée et le nombre d'actions possédées par chacun d'eux ont été portés sur une liste de présence signée par les actionnaires présents et par les mandataires de ceux représentés, et à laquelle liste de présence, dressée par les membres du bureau, les membres de l'assemblée déclarent se référer. Ladite liste de présence, après avoir été signée ne varietur par les membres du bureau et par le notaire instrumentant, demeurera annexée au présent acte avec lequel elle sera soumise à la formalité du timbre et de l'enregistrement.

Resteront pareillement annexées au présent acte avec lequel elles seront enregistrées les procurations émanant des actionnaires représentés à la présente assemblée, signées ne varietur par les parties et par le notaire instrumentant.

III. Qu'il résulte de ladite liste de présence que sur les 1.135.275 actions en circulation, 1.026.033 actions sont dûment représentées à la présente assemblée.

IV. Qu'en conséquence, la présente assemblée est régulièrement constituée et peut valablement délibérer sur les points portés à l'ordre du jour.

V. Que la société n'a pas émis d'obligations.

VI. Que les documents suivants se trouvent à la disposition de l'assemblée générale:

- une copie de la résolution prise par l'assemblée générale des actionnaires de la société qui s'est tenue en date du 14 septembre 1999 à Port-Villa, décidant le transfert du siège statutaire et effectif de la société de Port-Villa à Luxembourg.

VII. Que l'ordre du jour de la présente assemblée est conçu comme suit:

1. Transfert du siège social vers le Luxembourg, 4, avenue Guillaume, L- 1650 Luxembourg.
2. Modification de la monnaie du bilan en Euros.
3. Divers.

Exposé

Le président de l'assemblée générale expose que dans une assemblée générale des actionnaires tenue à Port-Villa au Vanuatu en date du 14 septembre 1999, les actionnaires ont décidé par vote unanime des présents à cette assemblée le transfert du siège statutaire et du siège social effectif de la société vers le Luxembourg, 4, avenue Guillaume.

Un procès-verbal de cette assemblée, signé par le président de l'assemblée et par le secrétaire est resté annexé au présent procès-verbal.

Le président déclare que la présente assemblée a pour objet de constater que le transfert du siège effectif de la société vers le Grand-Duché de Luxembourg a eu lieu et que la société est devenue luxembourgeoise et est soumise à la loi luxembourgeoise.

De plus, constate le président, il est nécessaire d'ajuster les statuts de la société à la loi du nouveau pays du siège social, d'adopter l'objet social d'une société holding en vue d'obtenir le statut fiscal holding et de changer encore la dénomination de la société en PLANTATIONS DES TERRES ROUGES HOLDING.

De plus, le changement du capital en Euros entraîne la nécessité d'arrondir par le biais d'une augmentation du capital social, le capital social de la société à 17.029.125,- Euros (dix-sept millions vingt-neuf mille cent vingt-cinq Euros) par le débit des réserves libres. Il est en outre suggéré de réajuster la réserve légale au nouveau capital également par le débit des réserves libres.

Le président met à la disposition de l'assemblée générale un rapport établi par le réviseur d'entreprises, savoir D. de Ghellinck, Réviseur d'Entreprises à Luxembourg, 5, rue Emile Bian, en date du 20 septembre 1999, sur les états financiers valorisés au 30 (trente) juin 1999 qui conclut comme suit:

«Au terme de nos travaux nous attestons que:

- la valeur intrinsèque de la société PLANTATIONS DES TERRES ROUGES LTD (actif net corrigé des plus ou moins-values latentes, ainsi qu'explicité ci-avant) au 30 juin 1999, a été valorisée comme suit: Pour les titres cotés, nous avons retenu la cotation du 30 juin 1999. Les autres titres de participations ont été valorisés sur base de leur valeur intrinsèque au 31 décembre 1998, déterminée selon la présente méthode d'évaluation ou à défaut sur base des dernières évaluations disponibles, chaque rubrique étant convertie en Vatu (VT) au taux de change du 30 juin 1999.

- Cette valeur intrinsèque s'élève au 30 juin 1999 à 24.442.663.909,- Vatu, soit au taux de 0,3007 à 7.349.909.037,- LUF;

- le capital social au 30 juin 1999, s'élève à 2.270.550.000,- Vatu et est représenté par 1.135.275 actions.»

L'assemblée générale des actionnaires, représentant 91% (quatre-vingt-onze pour cent) des actions en circulation de la société, après avoir délibéré, se considère valablement compétente pour décider sur toutes les questions évoquées par le président. Elle requiert le notaire instrumentant, qui a attiré l'attention de l'assemblée, qui le reconnaît, sur le libellé de la convocation telle que publiée, et sur la portée de l'article 67.1 de la loi sur les sociétés, de retenir dans un procès-verbal qu'elle se considère comme régulièrement constituée, qu'elle approuve le rapport du président et sur ce l'assemblée a pris, après délibération, et par vote unanime et séparé pour chacune des résolutions ci-après, les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée générale constate que, suite à la décision de l'assemblée générale, qui s'est tenue au Vanuatu en date du 14 septembre 1999, décidant le transfert du siège social, du siège de direction effectif et du principal établissement de la société de Port-Villa, République de Vanuatu vers le Grand-Duché de Luxembourg, 4, avenue Guillaume, avec effet au 21 septembre 1999, le domicile de la société, le siège social, le siège de direction effectif et le principal établissement de la société, ont été établis au Grand-Duché de Luxembourg, 4, avenue Guillaume, de sorte que la Société est de nationalité luxembourgeoise et est soumise à la loi luxembourgeoise en application de l'article 159 de la loi du 10 avril 1915 sur les sociétés, telle que modifiée.

Deuxième résolution

L'assemblée des actionnaires décide de modifier avec effet à partir de ce jour le capital social souscrit de la société de Vatu en Euros, par application du cours de change moyen de 1,- EUR pour 134,01 VT, et remplacement des actions avec une valeur nominale exprimée en Vatu par des actions sans désignation de valeur nominale à raison de une action ainsi nouvelle pour une action ancienne. Ce remplacement se fera par l'estampillage des actions existantes.

La preuve du cours de change existant entre le Vatu et l'Euro a été apportée au notaire instrumentant par attestation bancaire.

Suite à cette résolution, le capital social est fixé à seize millions neuf cent quarante-trois mille cent trente-huit virgule cinquante-sept Euros (16.943.138,57 Euros), représenté par 1.135.275 actions sans désignation de valeur nominale.

L'assemblée décide de tenir les comptes de la société dans la nouvelle devise du capital social et donne tous pouvoirs au conseil d'administration pour effectuer la conversion en Euros au cours de change précité, et pour l'établissement d'un bilan d'ouverture de la société au 1^{er} juillet 1999 en Euros.

Troisième résolution

L'assemblée décide d'augmenter le capital social ainsi obtenu par conversion d'un montant adéquat en vue de porter le capital social ainsi obtenu par conversion à 17.029.125,- Euros par incorporation du montant adéquat à prélever des résultats reportés sans création d'actions nouvelles mais par l'augmentation du pair comptable des actions sans désignation de valeur nominale représentatives du capital social et augmentation correspondante du compte de la réserve légale par le débit du compte des résultats reportés.

La preuve de l'existence de réserves adéquates a été apportée au notaire par le rapport du réviseur ci-dessus nommé.

Quatrième résolution

L'assemblée générale décide de modifier les statuts de la société dans la mesure nécessaire pour les rendre conformes à la législation luxembourgeoise plus particulièrement, de changer la dénomination de la société en PLANTATIONS DES TERRES ROUGES HOLDING de préciser l'objet de la société dans les termes suivants:

«**Art. 4.** La société a pour objet la prise de participations, sous quelque forme que ce soit, dans d'autres entreprises luxembourgeoises ou étrangères, la gestion ainsi que la mise en valeur de ces participations.

La société n'aura directement aucune activité industrielle et ne tiendra pas d'établissement commercial ouvert au public.

La société pourra employer ses fonds à la création, à la gestion, à la mise en valeur et à la liquidation d'un portefeuille se composant de tous titres et valeurs mobilières de toute origine. Elle pourra participer à la création, au développement, à la formation et au contrôle de toute entreprise et acquérir par voie de participation, d'apport, de souscription, de prise ferme ou d'option, d'achat, de négociation et de toute autre manière, tous titres et droits et les aliéner par vente, échange ou encore autrement; la société pourra octroyer aux entreprises auxquelles elle s'intéresse, tous concours, prêts, avances ou garanties.

Elle pourra également acquérir et mettre en valeur tous brevets et autres droits se rattachant à ces brevets ou pouvant les compléter.

D'une façon générale, la société peut prendre toutes mesures de contrôle et de surveillance et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles à l'accomplissement et au développement de son objet, notamment en empruntant, avec ou sans garantie, et en toutes monnaies par voie d'émission d'obligations et en prêtant aux sociétés dont il est question à l'alinéa précédent, en restant dans les limites tracées par la loi du 31 juillet 1929 sur les sociétés holding.»

et décide à l'unanimité que les statuts auront dorénavant la teneur suivante:

STATUTS**Dénomination, Siège, Durée, Objet**

Art. 1^{er}. Il existe une société anonyme sous la dénomination de PLANTATIONS DES TERRES ROUGES HOLDING.

Art. 2. Le siège social de la société est établi à Luxembourg-Ville. Sans préjudice des règles du droit commun en matière de résiliation de contrat au cas où le siège social de la société est établi par contrat avec des tiers, il pourra être transféré à l'intérieur de la commune du siège social par simple décision du conseil d'administration. Le conseil d'administration aura le droit d'instituer des bureaux, centres administratifs, agences et succursales partout, selon qu'il appartiendra, aussi bien dans le Grand-Duché qu'à l'étranger.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication de ce siège avec l'étranger, se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être transféré provisoirement à l'étranger jusqu'au moment où les circonstances seront redevenues complètement normales.

Un tel transfert ne changera rien à la nationalité de la société, qui restera luxembourgeoise. La décision relative au transfert provisoire du siège social sera portée à la connaissance des tiers par l'organe de la société, qui, suivant les circonstances, est le mieux placé pour y procéder.

Art. 3. La société est constituée pour une durée illimitée.

Art. 4. La société a pour objet la prise de participations, sous quelque forme que ce soit, dans d'autres entreprises luxembourgeoises ou étrangères, la gestion ainsi que la mise en valeur de ces participations.

La société n'aura directement aucune activité industrielle et ne tiendra pas d'établissement commercial ouvert au public.

La société pourra employer ses fonds à la création, à la gestion, à la mise en valeur et à la liquidation d'un portefeuille se composant de tous titres et valeurs mobilières de toute origine. Elle pourra participer à la création, au développement, à la formation et au contrôle de toute entreprise et acquérir par voie de participation, d'apport, de souscription, de prise ferme ou d'option, d'achat, de négociation et de toute autre manière, tous titres et droits et les aliéner par vente, échange ou encore autrement; la société pourra octroyer aux entreprises auxquelles elle s'intéresse, tous concours, prêts, avances ou garanties.

Elle pourra également acquérir et mettre en valeur tous brevets et autres droits se rattachant à ces brevets ou pouvant les compléter.

D'une façon générale, la société peut prendre toutes mesures de contrôle et de surveillance et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles à l'accomplissement et au développement de son objet, notamment en empruntant, avec ou sans garantie, et en toutes monnaies par voie d'émission d'obligations et en prêtant aux sociétés dont il est question à l'alinéa précédent, en restant dans les limites tracées par la loi du 31 juillet 1929 sur les sociétés holding.

Capital, Actions

Art. 5. Le capital souscrit de la société est fixé à dix-sept millions vingt-neuf mille cent vingt-cinq Euros (17.029.125,- Euros), représenté par un million cent trente-cinq mille deux cent soixante-quinze (1.135.275) actions sans désignation de valeur nominale, entièrement libéré.

Le capital souscrit de la société peut être augmenté ou réduit par décision de l'assemblée générale des actionnaires statuant comme en matière de modification des statuts.

La société peut, dans la mesure où, et aux conditions auxquelles la loi le permet, racheter ses propres actions.

Art. 6. Les actions de la société sont nominatives ou au porteur, au choix de l'actionnaire, dans les limites prévues par la loi.

Il est tenu au siège social un registre des actions nominatives, dont tout actionnaire pourra prendre connaissance, et qui contiendra les indications prévues à l'article trente-neuf de la loi concernant les sociétés commerciales.

La propriété des actions nominatives s'établit par une inscription sur ledit registre.

La société pourra émettre des certificats représentatifs d'actions au porteur. Ces certificats seront signés par deux administrateurs.

Art. 7. La société ne reconnaît qu'un propriétaire par action. S'il y a plusieurs propriétaires par action, la société aura le droit de suspendre l'exercice de tous les droits y attachés jusqu'à ce qu'une seule personne ait été désignée comme étant à son égard propriétaire. Il en sera de même dans le cas d'un conflit opposant l'usufruitier et le nu-propriétaire, ou un débiteur et un créancier gagiste.

Emprunts Obligataires

Art. 8. Le conseil d'administration peut décider l'émission d'emprunts obligataires sous forme d'obligations au porteur ou autre, sous quelque dénomination que ce soit et payables en quelque monnaie que ce soit.

Le conseil d'administration déterminera la nature, le prix, le taux d'intérêt, les conditions d'émission et de remboursement, et toutes autres conditions y ayant trait.

Un registre des obligations nominatives sera tenu au siège social de la société

Administration, Surveillance

Art. 9. La société est administrée par un conseil d'administration composé de trois membres au moins, actionnaires ou non, nommés par l'assemblée générale, pour un terme ne pouvant dépasser six années et en tout temps, révocables par elle.

Au cas où aucune durée n'est indiquée dans la résolution des nominations, les administrateurs sont nommés pour une durée de six ans. Les administrateurs sortants peuvent être réélus.

Le conseil d'administration peut élire parmi ses membres un président et s'il en décide ainsi, un ou plusieurs vice-présidents du conseil d'administration. Le premier président peut être désigné par l'assemblée générale. En cas d'absence du président, les réunions du conseil d'administration sont présidées par un administrateur présent désigné à cet effet.

En cas de vacance d'une place d'administrateur pour quelque cause que ce soit, les administrateurs restants peuvent pourvoir au remplacement jusqu'à la prochaine assemblée générale, qui y pourvoira de façon définitive.

Art. 10. Le conseil d'administration se réunit sur la convocation du président du conseil ou de deux de ses membres.

Les administrateurs seront convoqués séparément à chaque réunion du conseil d'administration. Sauf le cas d'urgence qui doit être spécifié dans la convocation, celle-ci sera notifiée au moins vingt-quatre heures avant la date fixée pour la réunion.

Le conseil se réunit valablement sans convocation préalable au cas où tous les administrateurs sont présents ou valablement représentés, ainsi que dans tous les cas où les dates des réunions ont été fixées préalablement en conseil.

Les réunions du conseil d'administration se tiennent au lieu et à la date indiqués dans la convocation.

Le conseil d'administration ne peut valablement délibérer et statuer que si la majorité de ses membres est présente ou valablement représentée.

Tout administrateur empêché peut donner par écrit délégation à un autre membre du conseil pour le représenter et pour voter en son lieu et place. Un administrateur peut représenter plusieurs de ses collègues.

Les résolutions du conseil seront prises à la majorité absolue des votants. En cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion sera prépondérante.

Les résolutions signées par tous les administrateurs seront aussi valables et efficaces que si elles ont été prises lors d'un conseil dûment convoqué et tenu. De telles signatures peuvent apparaître sur un document unique ou sur des copies multiples d'une résolution identique et peuvent être révélées par lettres, télégrammes ou télex.

Un administrateur ayant des intérêts opposés à ceux de la société dans une affaire soumise à l'approbation du conseil, sera obligé d'en informer le conseil et de se faire donner acte de cette déclaration dans le procès-verbal de la réunion. Il ne peut prendre part aux délibérations afférentes du conseil.

Lors de la prochaine assemblée générale des actionnaires, avant de procéder au vote de toute autre question, les actionnaires seront informés des matières où un administrateur a un intérêt opposé à celui de la société.

Au cas où un membre du conseil d'administration a dû s'abstenir pour intérêt opposé, les résolutions prises à la majorité des autres membres du conseil présents ou représentés à la réunion et qui votent, seront tenues pour valables.

Art. 11. Les décisions du conseil d'administration seront constatées par des procès-verbaux, qui seront mis dans un dossier spécial et signés par un administrateur au moins.

Les copies ou extraits de ces minutes doivent être signés par un administrateur.

Art. 12. Le conseil d'administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour accomplir tous actes de disposition et d'administration dans l'intérêt de la société.

Tous les pouvoirs qui ne sont pas expressément réservés par la loi du 10 août 1915, telle que modifiée, ou par les statuts de la société à l'assemblée générale, seront de la compétence du conseil d'administration.

Art. 13. Le conseil d'administration peut déléguer des pouvoirs à un ou plusieurs de ses membres. Il peut désigner des mandataires ayant des pouvoirs définis et les révoquer en tout temps. Il peut également, avec l'assentiment préalable de l'assemblée générale des actionnaires, déléguer la gestion journalière de la société à un ou plusieurs de ses membres, qui porteront le titre d'administrateurs-délégués.

Art. 14. Le conseil d'administration pourra instituer un comité exécutif, composé de membres du conseil d'administration et fixer le nombre de ses membres. Le comité exécutif pourra avoir tels pouvoirs et autorité d'agir au nom du conseil d'administration que ce dernier aura déterminés par résolution préalable. A moins que le conseil d'administration n'en dispose autrement, le comité exécutif établira sa propre procédure pour la convocation et la tenue de ses réunions. Le conseil d'administration fixera, s'il y a lieu, la rémunération des membres du comité exécutif.

Art. 15. Le conseil d'administration représente la société en justice, soit en demandant soit en défendant. Les exploits pour ou contre la société sont valablement faits au nom de la société seule.

Art. 16. Tous documents et toutes nominations de mandataires engageront valablement la société s'ils sont signés au nom de la société par deux administrateurs, ou par le Président seul dûment autorisé par le conseil d'administration.

Art. 17. La surveillance des opérations de la société sera confiée à un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommés par l'assemblée générale qui fixe leur nombre, leurs émoluments et la durée de leurs mandats, laquelle ne pourra pas dépasser six ans.

Tout commissaire sortant est rééligible.

Assemblées

Art. 18. L'assemblée générale annuelle pourra par simple décision allouer aux administrateurs une rémunération appropriée pour l'accomplissement de leurs fonctions.

Art. 19. L'assemblée générale légalement constituée représente l'ensemble des actionnaires. Ses décisions engagent les actionnaires absents, opposés ou qui se sont abstenus au vote.

Art. 20. Le conseil d'administration est autorisé à requérir que pour être admis aux assemblées générales, tout actionnaire doit déposer ses actions au porteur respectivement ses certificats nominatifs au siège social ou aux établissements désignés dans les avis de convocation cinq jours avant la date fixée pour l'assemblée.

Art. 21. L'assemblée générale annuelle se tiendra à Luxembourg, le troisième mardi du mois de mai à 11.00 heures. Si ce jour est un jour férié, l'assemblée sera reportée au premier jour ouvrable suivant à la même heure.

Les assemblées générales extraordinaires sont convoquées et se tiennent au lieu désigné par le conseil d'administration.

Art. 22. L'assemblée générale entendra le rapport de gestion du conseil d'administration et du commissaire, votera sur l'approbation des comptes annuels et sur la distribution des profits, procédera aux nominations requises par les statuts, donnera décharge aux administrateurs et au commissaire et traitera des autres questions qui pourront lui être dévolues. Toute action donne droit à une voix.

Tout actionnaire pourra voter en personne ou par un mandataire, qui ne sera pas nécessairement actionnaire.

Tout actionnaire aura le droit de demander un vote au scrutin secret.

Art. 23. L'assemblée générale délibérant aux conditions de quorum et de majorité prévues par la loi peut modifier les statuts dans toutes leurs dispositions sous réserve des limites prévues par la loi.

Art. 24. Le conseil d'administration respectivement le commissaire sera responsable de la convocation des assemblées ordinaires et extraordinaires.

Ils sont obligés de convoquer une assemblée générale chaque fois qu'un groupe d'actionnaires représentant au moins un cinquième du capital souscrit, le demandera par écrit, en indiquant l'ordre du jour.

Tout avis contenant convocation à l'assemblée générale doit contenir l'ordre du jour de l'assemblée générale.

Le conseil d'administration peut déterminer la forme des mandats à employer et exiger qu'ils soient déposés dans le délai et au lieu qu'il indiquera.

Art. 25. Le président du conseil d'administration, ou en son absence, l'administrateur qui le remplace ou la personne désignée par l'assemblée, préside l'assemblée générale.

L'assemblée choisira parmi les assistants le secrétaire et un ou deux scrutateurs.

Art. 26. Les procès-verbaux de l'assemblée générale seront signés par les membres du bureau et par tout actionnaire qui le demande.

Toutefois, au cas où les délibérations de l'assemblée doivent être conformes, les copies et les extraits qui en seront délivrés pour être produits en justice ou ailleurs, doivent être signés par un administrateur.

Année Sociale, Bilan, Répartition des Bénéfices

Art. 27. L'année sociale commence le premier janvier et se termine le trente et un décembre de chaque année.

Art. 28. Chaque année à la clôture de l'exercice social, le conseil d'administration établit les comptes annuels dans les formes requises par la loi.

Au plus tard un mois avant l'assemblée générale annuelle, l'administration soumettra le bilan de la société et le compte de pertes et profits en même temps que son rapport, ainsi que tous autres documents qui pourront être requis par la loi, au commissaire qui, sur ce, établira son rapport.

Une quinzaine avant l'assemblée générale annuelle, le bilan, le compte de pertes et profits, le rapport de gestion, le rapport du commissaire ainsi que tous autres documents qui pourront être requis par la loi, seront déposés au siège social de la société, où les actionnaires pourront en prendre connaissance durant les heures de bureau normales.

Art. 29. L'excédent créditeur du compte de pertes et profits, après déduction des frais généraux, charges sociales, amortissements et provisions pour engagements passés ou futurs, déterminé par le conseil d'administration, constituera le bénéfice net de la société.

Chaque année, cinq pour cent du bénéfice net seront affectés à la réserve légale. Cette affectation cessera d'être obligatoire lorsque la réserve légale aura atteint un dixième du capital souscrit.

Le solde restant du bénéfice net sera à la disposition de l'assemblée générale.

Les dividendes, s'il y a lieu à leur distribution, seront distribués à l'époque et au lieu fixés par le conseil d'administration, endéans les limites fixées par l'assemblée générale.

En respectant les prescriptions légales des acomptes sur dividendes peuvent être autorisés par le conseil d'administration.

L'assemblée générale peut décider d'affecter des profits et des réserves distribuables au remboursement du capital sans réduire le capital social.

Dissolution, Liquidation

Art. 30. Elle pourra être dissoute par une décision de l'assemblée générale des actionnaires décidant à la même majorité que celle prévue pour les modifications de statuts.

Art. 31. Lors de la dissolution de la société, l'assemblée générale règle le mode de liquidation et nomme un ou plusieurs liquidateurs et détermine leurs pouvoirs.

Sur l'actif net, provenant de la liquidation après apurement du passif, il sera prélevé la somme nécessaire pour rembourser le montant libéré des actions; quant au solde, il sera réparti également entre toutes les actions.

Disposition Générale

Art. 32. Pour tous les points non réglés aux présents statuts, les parties se réfèrent et se soumettent à la loi luxembourgeoise du 10 août 1915 et ses modifications ultérieures.

Sixième résolution

L'assemblée générale décide de nommer un conseil d'administration composé de 5 membres ainsi qu'un commissaire aux comptes, pour un terme de six années, venant à échéance lors de l'assemblée ordinaire à tenir en 2006. Ont été appelés aux fonctions d'administrateur:

- a) Monsieur Vincent Bollore, demeurant à F-Paris XVI, 36, avenue des Tilleuls, Président du Conseil d'Administration;
- b) Monsieur Hubert Fabri, demeurant à Bruxelles, 24, avenue des Klauwaerts, Administrateur;
- c) Monsieur Daniel-Louis Deleau, demeurant à Luxembourg, 15, avenue Guillaume, Administrateur;
- d) La société BOLLORE PARTICIPATIONS S.A., établie à F-Puteaux, 31/32, Quai de Diol Bouton, représentée par M. Michel Roqueplo, Administrateur;

- e) Monsieur le Comte de Ribes, demeurant à F-75008 Paris, 50, rue de la Bienfaisance, Administrateur.

Le conseil d'administration est autorisé à désigner un administrateur délégué parmi ses membres.

A été appelé aux fonctions de commissaire:

Le Cabinet CONSTANTIN, établi à L-1835 Luxembourg, 21, rue des Jardiniers.

Frais, Evaluation

Le montant des frais, dépenses ou charges, sous quelque forme que ce soit qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge en raison de la présente assemblée générale extraordinaire, est évalué sans nul préjudice à la somme de LUF 50.500.000,-.

Pour les besoins de l'enregistrement le capital social est évalué à LUF 7.357.768.956,- (ensemble avec les réserves (actif net)).

Clôture de l'Assemblée

Plus rien n'étant à l'ordre et plus personne ne demandant la parole, Monsieur le Président lève la séance.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes;

Et après lecture et interprétation données de tout ce qui précède à l'assemblée et aux membres du bureau, tous connus du notaire soussigné par leurs nom, prénom, état et demeure, ces derniers ont signé avec le notaire le présent acte, aucun autre actionnaire n'ayant demandé de signer.

Signé: V. Bollore, D. L. Deleau, H. Fabri, P. Lemaire, J. Delvaux.

Enregistré à Luxembourg, le 23 septembre 1999, vol. 119S, fol. 62, case 6. – Reçu 49.874.785 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée sur papier libre aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 21 octobre 1999.

J. Delvaux.

(49098/208/366) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

ENALUX S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1660 Luxembourg, 42, Grand-rue.

R. C. Luxembourg B 54.150.

Il résulte du procès-verbal du conseil d'administration qui s'est tenue au siège social le 30 avril 1998, que:

1) Monsieur Daniel Coheur, licencié en sciences économiques, demeurant à Strassen a été coopté en remplacement de l'administrateur démissionnaire Monsieur Gustavo Strassener.

Son mandat prendra fin avec l'assemblée générale annuelle statutaire de l'an 1998.

Pour inscription - réquisition.

Enregistré à Luxembourg, le 6 octobre 1999, vol. 529, fol. 34, case 6 – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(49181/000/12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

V.L.G. INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 19-21, boulevard du Prince Henri.

STATUTS

L'an mil neuf cent quatre-vingt-dix-neuf, le vingt septembre.

Par-devant Maître Jacques Delvaux, notaire de résidence à Luxembourg-Ville.

Ont comparu:

1) La société de droit italien dénommée VALAGRO S.p.A. ayant son siège social à ??

ici représentée par Monsieur Ottorino La Rocca, entrepreneur, demeurant à Paglieta Contrada Pran Garella n° 47, en vertu d'une procuration donnée le 15 septembre 1999.

Laquelle procuration, signée ne varietur, restera annexée au présent acte avec lequel elle sera soumise aux formalités de l'enregistrement.

2) Monsieur Giuseppe Natale, entrepreneur, demeurant à Atesa Contrada Piazziano, n° 32,

ici représenté par Monsieur Ottorino La Rocca, préqualifié,

en vertu d'une procuration donnée le 15 septembre 1999.

Laquelle procuration, signée ne varietur, restera annexée au présent acte avec lequel elle sera soumise aux formalités de l'enregistrement.

3) Monsieur Ottorino La Rocca, préqualifié, agissant en son nom personnel.

Lesquels comparants, ès qualités qu'ils agissent, ont requis le notaire instrumentant d'arrêter, ainsi qu'il suit, les statuts d'une société qu'ils déclarent constituer entre eux comme suit:

Art. 1^{er}. Il est constitué par les présentes une société luxembourgeoise, sous forme de société anonyme.

Elle existera sous la dénomination de V.L.G. INTERNATIONAL S.A.

Art. 2. Le siège social est établi à Luxembourg.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre public, économique ou social de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être déclaré transférer provisoirement jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales à l'étranger, sans que toutefois cette mesure ne puisse avoir d'effet sur la nationalité de la société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera luxembourgeoise.

Pareille déclaration de transfert du siège social sera faite et publiée selon les modalités légales en vigueur dans le pays dans lequel le siège aura été transféré, par l'un des organes exécutifs de la société, ayant qualité de l'engager pour les actes de gestion courante et journalière.

Art. 3. La société a pour objet la participation, sous quelque forme que ce soit, dans toutes entreprises luxembourgeoises et étrangères, l'acquisition de tous titres et droits, par voie de participation, d'apport, de souscription, de prise ferme ou d'option d'achat et de toute autre manière et entre autres l'acquisition de brevets et licences, leur gestion et leur mise en valeur ainsi que toutes opérations se rattachant directement ou indirectement à son objet, en empruntant notamment avec ou sans garantie et en toutes monnaies, par la voie d'émissions d'obligations qui pourront également être convertibles et/ou subordonnées et de bons et en accordant des prêts ou garanties à des sociétés dans lesquelles elle aura pris des intérêts.

En outre, la société peut effectuer toutes opérations commerciales, financières, mobilières et immobilières se rattachant directement ou indirectement à son objet ou susceptibles d'en faciliter la réalisation.

Art. 4. La société est constituée pour une durée indéterminée.

Elle peut être dissoute par décision de l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires statuant comme en matière de modification de statuts.

Art. 5. Le capital souscrit est fixé à cinq cent vingt mille Euros (EUR 520.000,-), représenté par cinq cent vingt (520) actions d'une valeur nominale de mille Euros (EUR 1.000,-) chacune.

Toutes les actions sont nominatives ou au porteur, au choix de l'actionnaire.

Le capital autorisé est fixé à cinq millions deux cent mille Euros (EUR 5.200.000,-), représenté par cinq mille deux cents (5.200) actions d'une valeur nominale de mille Euros (EUR 1.000) chacune.

Le capital autorisé et le capital souscrit de la société peuvent être augmentés ou réduits par décision de l'assemblée générale des actionnaires statuant comme en matière de modification des statuts.

Le Conseil d'Administration est autorisé, pendant une période de cinq ans prenant fin le 20 septembre 2004, à augmenter en temps qu'il appartienne le capital souscrit à l'intérieur des limites du capital.

Ces augmentations du capital peuvent être souscrites et émises sous forme d'actions avec ou sans prime d'émission à libérer en espèces, en nature ou par compensation avec des créances certaines, liquides et immédiatement exigibles vis-à-vis de la société, ou même par incorporation de bénéfices reportés de réserves disponibles ou de primes d'émission, ainsi qu'il sera déterminé par le conseil d'administration. Le conseil d'administration peut déléguer tout administrateur, directeur, fondé de pouvoir, ou toute autre personne dûment autorisée pour recueillir les souscriptions et recevoir paiement du prix des actions représentant tout ou partie de cette augmentation de capital.

Chaque fois que le conseil d'administration aura fait constater authentiquement une augmentation du capital souscrit, le présent article sera à considérer comme automatiquement adapté à la modification intervenue.

Art. 6. La société ne reconnaît qu'un titulaire par titre. Si le titre appartient à plusieurs personnes ou s'il est grevé d'un usufruit ou d'un gage, la société a la faculté de suspendre l'exercice des droits y afférents jusqu'à ce qu'une seule personne soit désignée comme étant, à son égard, titulaire de ces droits.

Art. 7. La société est administrée par un conseil d'administration composé de trois membres au moins, actionnaires ou non, et engagée par la signature conjointe de deux administrateurs.

Les opérations de la société sont surveillées par un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non.

Les administrateurs et commissaires sont nommés par l'assemblée générale des actionnaires qui fixe leur nombre et la durée de leur mandat et peut les révoquer en tout temps. Ils sont rééligibles.

Les mandats ne peuvent, sauf réélection, excéder une durée de six années, Ils prennent fin immédiatement après l'assemblée générale ordinaire de l'année de leur expiration.

En cas de vacance d'un poste d'administrateur nommé par l'assemblée, les administrateurs restants ainsi nommés ont le droit d'y pourvoir provisoirement; dans ce cas, l'assemblée générale procède à l'élection définitive lors de sa première réunion.

Art. 8. Le conseil d'administration élit un président parmi ses membres. Il peut élire un ou plusieurs vice-présidents. En cas d'empêchement du président ou d'un vice-président, l'administrateur désigné à cet effet par les administrateurs présents le remplace.

Art. 9. Le conseil d'administration se réunit sur la convocation du président du conseil ou d'un vice-président, ou de deux administrateurs.

Les réunions ont lieu à l'endroit, au jour et à l'heure désignés dans les avis de convocation.

Le conseil d'administration ne peut délibérer valablement que si cinquante pour cent au moins de ses membres participent à la délibération en votant personnellement, par mandataire, par écrit, par télégramme, télex ou télécopie. Le mandat ne peut être donné qu'à un autre administrateur. Un administrateur peut représenter plusieurs de ses collègues.

Art. 10. Les délibérations du conseil sont constatées par des procès-verbaux signés par deux administrateurs.

Art. 11. Le conseil d'administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour faire tous actes d'administration ou de disposition qui intéressent la société. Tout ce qui n'est pas expressément réservé à l'assemblée générale, par la loi ou par les présents statuts, est de sa compétence.

Il peut notamment et sans que la désignation qui va suivre soit limitative, faire et conclure tous contrats et actes nécessaires à l'exécution de toutes entreprises ou opérations qui intéressent la société, décider de tous apports, cessions, souscriptions, commandites, associations, participations et interventions financières, relatifs aux dites opérations, encaisser toutes sommes dues appartenant à la société, en donner valable quittance, faire et autoriser tous retraits, transferts et aliénations de fonds, de rentes, de créances ou de valeurs appartenant à la société.

Il peut prêter ou emprunter à court ou à long terme, même au moyen d'émissions d'obligations avec ou sans garantie; ces obligations pourront, sur autorisation préalable de l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires, être converties en actions.

Art. 12. Le conseil d'administration peut déléguer tout ou partie de ses pouvoirs, en ce qui concerne la gestion journalière, soit à un comité directeur formé ou non de membres choisis dans son sein, soit à un ou plusieurs administrateurs, directeurs ou autres agents, qui peuvent ne pas être actionnaires de la société.

Le conseil fixe les conditions d'exercice de ces pouvoirs par des signataires accrédités par lui, ainsi que les rémunérations spéciales attachées à ces délégations. Lorsque la délégation est faite à un membre du conseil, l'autorisation préalable de l'assemblée générale est requise.

Le conseil peut également conférer tous pouvoirs spéciaux à un ou plusieurs mandataires de son choix, administrateurs ou non.

Art. 13. Les assemblées générales autres que l'assemblée générale ordinaire se tiennent soit au siège social, soit en tout autre lieu indiqué dans la convocation faite par le conseil d'administration.

L'ordre du jour des assemblées générales ordinaires est arrêté par le conseil. L'ordre du jour devra être indiqué dans les convocations.

Les assemblées générales ordinaires annuelles et les assemblées générales ordinaires convoquées extraordinairement prennent leurs décisions à la majorité des membres présents ou représentés.

Le conseil d'administration peut pour la tenue de l'assemblée générale imposer, aux actionnaires souhaitant y assister, de déposer leurs actions cinq jours francs avant l'assemblée.

Art. 14. L'assemblée générale a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société.

Art. 15. L'excédent favorable du bilan, déduction faite des frais généraux et d'exploitation, des charges sociales et des amortissements nécessaires, constitue le bénéfice de la société.

Sur le bénéfice net ainsi déterminé, il est prélevé cinq pour cent pour être affecté à la formation du fonds de réserve légale; ce prélèvement cessera d'être obligatoire lorsque le fonds de réserve aura atteint le dixième du capital. L'affectation à donner au solde du bénéfice sera déterminée annuellement sur proposition du conseil d'administration par l'assemblée générale ordinaire.

Cette affectation peut comporter la distribution de dividendes, la création ou l'alimentation de fonds de réserve, de provision, le report à nouveau, ainsi que l'amortissement du capital sans que le capital exprimé soit réduit.

Les dividendes éventuellement attribués sont payés aux endroits et aux époques déterminés par le conseil d'administration. L'assemblée générale peut autoriser le conseil d'administration à payer les dividendes en toute autre monnaie que celle dans laquelle le bilan est dressé et à déterminer souverainement le taux de conversion du dividende dans la monnaie du paiement effectif.

Le conseil d'administration peut procéder à un versement d'acomptes sur dividendes aux conditions et suivant les modalités fixées par la loi.

Art. 16. L'assemblée générale entend les rapports des administrateurs et des commissaires et discute le bilan.

Après l'adoption du bilan, l'assemblée générale se prononce par un vote spécial sur la décharge des administrateurs et des commissaires. Cette décharge n'est valable que si le bilan ne contient ni omission, ni indication fausse dissimulant la situation réelle de la société, et, quant aux actes faits en dehors des statuts, que s'ils ont été spécialement indiqués dans la convocation.

Art. 17. L'assemblée générale extraordinaire peut, sur la proposition du conseil d'administration, modifier les statuts dans toutes leurs dispositions. Les convocations sont faites dans les formes prescrites pour les assemblées générales ordinaires.

Les assemblées générales extraordinaires sont régulièrement constituées et ne délibèrent valablement qu'autant qu'elles soient composées d'un nombre d'actionnaires ou de mandataires spéciaux d'actionnaires représentant la moitié au moins du capital social et que l'ordre du jour indique les modifications statutaires proposées et le cas échéant, le texte de celles qui touchent à l'objet ou à la forme de la société.

Si la première de ces conditions n'est pas remplie, une nouvelle assemblée peut être convoquée par le conseil d'administration, dans les mêmes formes statutaires; cette convocation reproduit l'ordre du jour en indiquant la date et le résultat de la précédente assemblée.

La seconde assemblée délibère valablement, quel que soit le quorum de présence.

Dans les deux assemblées, les résolutions, pour être valables, devront réunir les deux tiers au moins des voix des actionnaires présents ou représentés.

Art. 18. Les assemblées générales, tant ordinaires qu'extraordinaires peuvent se réunir et statuer valablement, même sans convocation préalable, chaque fois que tous les actionnaires sont présents ou représentés et consentent à délibérer sur les objets portés à l'ordre du jour.

Art. 19. A tout moment, l'assemblée générale extraordinaire peut, sur la proposition du conseil d'administration, prononcer la dissolution de la société. En cas de dissolution de la société, l'assemblée générale extraordinaire règle le mode de liquidation et nomme un ou plusieurs liquidateurs ayant pour mission de réaliser tout l'actif mobilier et immobilier de la société et d'éteindre le passif.

Sur l'actif net provenant de la liquidation après extinction du passif, il sera prélevé une somme nécessaire pour rembourser le montant libéré et non amorti des actions; quant au solde, il sera réparti au prorata entre toutes les actions.

Art. 20. L'année sociale commence le premier janvier et finit le dernier jour du mois de décembre de chaque année.

Art. 21. L'assemblée générale se réunira de plein droit dans la commune du siège social, le troisième jeudi du mois de juillet de chaque année à quinze (15.00) heures. Si ce jour est férié, l'assemblée aura lieu le premier jour ouvrable bancaire suivant, à la même heure.

Art. 22. Chaque année, le conseil d'administration dressera l'inventaire et le compte de profits et pertes. Les amortissements nécessaires devront être faits.

Art. 23. Pour tous les points non réglés aux présents statuts, les parties se soumettent aux dispositions de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et aux lois modificatives.

Dispositions transitoires

La première assemblée générale des actionnaires se tiendra le troisième jeudi du mois de juillet à quinze (15.00) heures en l'an 2000.

A titre de disposition transitoire aux dispositions de l'article huit le premier président du conseil d'administration est nommé par l'assemblée générale des actionnaires se tenant immédiatement après la constitution.

A titre de dérogation transitoire aux dispositions de l'article vingt, le premier exercice social commence le jour de la constitution et se termine le 31 décembre 1999.

A titre de dérogation transitoire à l'article vingt-deux, le conseil d'administration dressera l'inventaire et le compte de profits pour la première fois en l'an 2000.

Souscription et libération

Les statuts de la société ayant ainsi été établis, les comparants déclarent souscrire à toutes les actions représentant l'intégralité du capital social, comme suit:

La société VALAGRO S.p.A., préqualifiée, deux cent trente-quatre actions	234
Monsieur Giuseppe Natale, préqualifié, cent quarante-trois actions	143
Monsieur Ottorino La Rocca, préqualifié, cent quarante-trois actions	143
Total: cinq cent vingt actions	520

Toutes ces actions ont été libérées intégralement par des versements en espèces, de sorte que la somme de cinq cent vingt mille Euros (EUR 520.000,-) se trouve dès à présent à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentant, au moyen d'un certificat bancaire, qui le constate expressément.

Déclaration, frais et évaluation

Le notaire soussigné déclare avoir vérifié les conditions prévues par l'article vingt-six de la loi du 10 août 1915, telle que modifiée ultérieurement et en constate expressément l'accomplissement.

Le montant, au moins approximatif, des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution, est évalué approximativement à LUF 290.000,-.

Assemblée Générale Extraordinaire

Les comparants préqualifiés, représentant la totalité du capital souscrit, et se considérant comme dûment convoqués, se sont ensuite constitués en assemblée générale extraordinaire.

Après avoir constaté que la présente assemblée est régulièrement constituée, ils ont pris à l'unanimité les résolutions suivantes:

I. Le nombre des administrateurs est fixé à trois (3) et celui des commissaires à un (1).

II. Le mandat des administrateurs est gratuit.

Ont été appelés aux fonctions d'administrateur:

a) Monsieur Ottorino La Rocca, entrepreneur, demeurant à Paglieta Contrada Pran Garella n° 47, Président;

b) Monsieur Giuseppe Natale, entrepreneur, demeurant à Atesa Contrada Piazziana n°32, administrateur;

c) Monsieur Leonardo Valenti, conseil fiscal, demeurant à Via Ticino Silvi Marina, Administrateur.

III. La durée du mandat des administrateurs est fixée à un (1) an et prendra fin lors de l'assemblée générale à tenir en l'an 2000 statuant sur le premier exercice.

IV. A été appelée aux fonctions de commissaire aux comptes:

La société GRANT THORNTON REVISION & CONSEILS S.A., 2, boulevard Grande-Duchesse Charlotte, L-1330 Luxembourg.

V. La durée du mandat du commissaire aux comptes est fixée à 1 an et prendra fin lors de l'assemblée générale à tenir en l'an 2000, statuant sur le premier exercice.

L'assemblée autorise le conseil d'administration à déléguer les pouvoirs de la gestion journalière à un ou plusieurs de ses membres.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, tous connus du notaire par leurs nom, prénom usuel, état et demeure, les comparants ont tous signé avec Nous, notaire, la présente minute.

Signé: O. La Rocca, J. Delvaux.

Enregistré à Luxembourg, le 22 septembre 1999, vol. 119S, fol. 57, case 1. – Reçu 209.767 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme, délivrée, sur papier libre, à la demande de la société prénommée, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 19 octobre 1999.

J. Delvaux.

(49096/208/230) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

EXACT (LUXEMBOURG), S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Registered office: Luxembourg.

R. C. Luxembourg B 70.392.

In the year one thousand nine hundred and ninety-nine, on the twenty-seventh of September.

Before Us, Maître Jean-Joseph Wagner, notary residing in Sanem, acting in replacement of Maître Gérard Lecuit, notary residing in Hesperange, to whom remains the present original deed.

There appeared:

EXACT HOLDING (LUXEMBOURG), S.à r.l., having its registered office in L-2180 Luxembourg, 4, rue Jean Monnet, here represented by MANACOR (LUXEMBOURG) S.A., having its registered office in Luxembourg, acting in its capacity as manager,

itself represented by Mrs Marjolijne Droogleever-Fortuyn, private employee, residing in L-Contern and Mrs Catherine Koch, private employee, residing in Luxembourg, acting in their capacities as fondés de pouvoir,

The appearing party has requested the undersigned notary to enact the following:

- that it is the sole actual shareholder of EXACT (LUXEMBOURG), S.à r.l., having its registered office in Luxembourg, incorporated by deed of the notary Gérard Lecuit, on June 1st, 1999, on the process of being published in the Mémorial Recueil des Sociétés et associations;

- that the sole shareholder has taken the following resolutions:

First resolution

The sole shareholder decides to delete the designation of the par value of the shares and to increase the subscribed capital of the company by seventy-four million seven hundred thousand euro (74,700,000.- EUR) to bring it from its present amount of twelve thousand and four hundred (12,400.- EUR) to seventy-four million seven hundred twelve thousand four hundred euro (74,712,400.- EUR) without issuing new shares.

Subscription - Payment

The sole shareholder has declared to subscribe for the entire increase of capital and to have it fully paid up by contribution in kind of all its assets and liabilities as per September 22nd, 1999, to the exception of the shares it holds in EXACT (LUXEMBOURG), S.à r.l.

The ownership and the value of such assets and liabilities has been certified to the undersigned notary by a certified contribution balance sheet of EXACT HOLDING (LUXEMBOURG), S.à r.l. as per September 22nd, 1999.

The balance sheet of EXACT HOLDING (LUXEMBOURG), S.à r.l. shows net assets, the value of the participation in EXACT (LUXEMBOURG), S.à r.l. being deducted, of seventy-four million seven hundred sixty-nine thousand nine hundred twenty-eight euro (74,769,928.- EUR), out of which sixty-nine thousand nine hundred twenty-eight euro 69,928.- EUR are credited to a share premium account.

Further to this, the management of EXACT HOLDING (LUXEMBOURG), S.à r.l. has declared on September 22nd, 1999 that it shall accomplish all formalities to transfer legal ownership of all its assets and liabilities to EXACT (LUXEMBOURG), S.à r.l.

The transfer of all the assets and liabilities of EXACT INVESTMENTS LIMITED has also been certified to the undersigned Notary by a contribution agreement dated September 22nd 1999.

Copies of the said balance sheet, contribution agreement and proxy, after having been signed ne varietur by the notary and the proxyholder will remain attached to the present deed in order to be registered with it.

Second resolution

The sole shareholder decides to amend the first paragraph of Article 6 of the articles of incorporation, which will henceforth have the following wording:

«**Art. 6. 1st paragraph.** The capital is fixed at seventy-four million seven hundred twelve thousand four hundred euro (74,712,400.- EUR) represented by one hundred and twenty-four (124) shares without designation of par value.

Follows the German version

Art. 6. Erster Absatz. Das Gesellschaftskapital ist auf vierundsiebzig Millionen siebenhundertzwölftausendvierhundert Euro (74.712.400,- EUR) festgesetzt, eingeteilt in hundertvierundzwanzig (124) Anteile ohne Nominalwert.»

There being no further business, the meeting is terminated.

Costs

For the purpose of registration, the subscriber declares that the contribution in kind consisting of all the assets and liabilities of a company incorporated in the European Union is realized under the benefit of article 4-1 of the law of December 29th, 1971 as amended, providing for tax exemption.

The aggregate amount of the costs, expenditures, remunerations or expenses, in any form whatsoever, which the corporation incurs or for which it is liable by reason of the present deed, is approximately 300,000.- LUF.

The undersigned notary, who knows English, states that on request of the appearing party, the present deed is worded in English, followed by a French version and in case of discrepancies between the English and the French texts, the English version will be binding.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day indicated at the beginning of this deed.

The document having been read to the person appearing, he signed together with the notary the present original deed.

Suit la traduction française du texte qui précède:

L'an mil neuf cent quatre-vingt-dix-neuf, le vingt-sept septembre.

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire de résidence à Hesperange.

A comparu:

EXACT HOLDING (LUXEMBOURG), S.à r.l., ayant son siège social à L-21800 Luxembourg, 4, rue Jean Monnet, ici représentée par MANACOR (LUXEMBOURG) S.A., ayant son siège social à Luxembourg, agissant en sa qualité de gérant, elle-même représentée par Madame Marjolijne Droogleever-Fortuyn, employée privée, demeurant à L-Contern et Madame Catherine Koch, employée privée, demeurant à Luxembourg, agissant en leurs qualités de fondés de pouvoir.

Laquelle a requis le notaire instrumentant d'acter ce qui suit:

- Qu'elle est la seule et unique associée de la société EXACT (LUXEMBOURG), S.à r.l., ayant son siège social à Luxembourg, constituée suivant acte du notaire Gérard Lecuit, en date du 1^{er} juin 1999, en voie de publication au Mémorial Recueil des Sociétés et Associations;

- Que l'associé unique a pris les résolutions suivantes:

Première résolution

L'associé unique décide de supprimer la désignation de la valeur nominale des parts sociales et d'augmenter le capital social à concurrence de soixante-quatorze millions sept cent mille euro (74.700.000,- EUR) pour le porter de son montant actuel de douze mille quatre cents euro (12.400,- EUR) à soixante-quatorze millions sept cent douze mille euro 74.712.400,- EUR sans émettre de parts sociales nouvelles.

Souscription - Libération

L'associé unique a déclaré souscrire la totalité de l'augmentation de capital et les avoir totalement libérées moyennant apport en nature de tous ses actifs et passifs au 22 septembre 1999, à l'exception des parts sociales qu'elle détient dans EXACT (LUXEMBOURG), S.à r.l., constituant ensemble son avoir net.

Preuve de l'existence et de la valeur de ces actifs et passifs ont été données au notaire instrumentant par un bilan certifié de EXACT HOLDING (LUXEMBOURG), S.à r.l. en date du 22 septembre 1999.

Le bilan de EXACT HOLDING (LUXEMBOURG), S.à r.l. relève un actif net, déduction faite de la participation détenue dans EXACT (LUXEMBOURG), S.à r.l. de 74.769.928,- EUR duquel actif la contrevalet de 69.928,- EUR est imputée sur un compte de prime d'émission.

De plus, la gérance de EXACT HOLDING (LUXEMBOURG), S.à r.l. a déclaré le 22 septembre 1999 que toutes les formalités pour le transfert de tous ses actifs et passifs à EXACT (LUXEMBOURG), S.à r.l. seront accomplies.

Le transfert des actifs et passifs de EXACT HOLDING (LUXEMBOURG), S.à r.l. a également été certifié au notaire par une convention d'apport datée du 22 septembre 1999.

Des copies des dits bilan, certificat, convention et procuration, après avoir été signées ne varietur par le mandataire et le notaire resteront annexées aux présentes pour être enregistrées avec elles.

Troisième résolution

L'associé unique déclare modifier le premier alinéa de l'article 6 des statuts comme suit:

«**Art. 6. 1st paragraph.** The capital is fixed at seventy-four million seven hundred twelve thousand four hundred EUR (74,712,400.- EUR) represented by one hundred and twenty-four (124) shares without designation of par value.»

Suit la version allemande:

«**Art. 6. Erster Absatz.** Das Gesellschaftskapital ist auf vierundsiebzig Millionen siebenhundertzwölftausendvierhundert Euro (74.712.400,- EUR) festgesetzt, eingeteilt in hundertvierundzwanzig (124) Anteile ohne Nominalwert.»

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Frais

Pour les besoins de l'enregistrement, le souscripteur déclare que l'apport en nature consistant dans la totalité des actifs et passifs d'une société existante dans la Communauté Européenne à une autre société existante dans la Communauté Européenne, est fait sous le fruit des dispositions de l'article 4-1 de la loi du 29 décembre 1971, telle qu'amendée, prévoyant l'exonération du droit d'apport.

Le montant des frais, dépenses, rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société en raison des présentes est évalué à environ 300.000,- LUF.

Le notaire soussigné, qui a personnellement la connaissance de la langue anglaise, déclare que le comparant l'a requis de documenter le présent acte en langue anglaise, suivi d'une version française, et en cas de divergence entre le texte anglais et le texte français, le texte anglais fera foi.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, ceux-ci ont signé le présent acte avec le notaire.

Signé: M. Droogleever-Fortuyn, C. Koch, J.-J. Wagner.

Enregistré à Luxembourg, le 30 septembre 1999, vol. 3CS, fol. 47, case 2. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 18 octobre 1999.

G. Lecuit.

(49196/220/129) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

EXACT (LUXEMBOURG), S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: Luxembourg.

R. C. Luxembourg B 70.392.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 18 octobre 1999.

G. Lecuit.

(49197/220/7) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

ELMA S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2350 Luxembourg, 3, rue Jean Piret.

R. C. Luxembourg B 29.539.

Extrait des résolutions prises lors de l'assemblée générale ordinaire du 5 octobre 1999

- L'assemblée donne décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes pour l'exercice de leur mandat au 31 décembre 1998.

- L'assemblée décide de transférer le siège social du 50, route d'Esch à L-1470 Luxembourg au 3, rue Jean Piret à L-2350 Luxembourg.

- L'assemblée autorise le conseil d'administration à convertir en euros le capital social actuellement exprimé en LUF, et ce pendant la période transitoire allant du 1^{er} janvier 1999 au 31 décembre 2001.

- L'assemblée autorise le conseil d'administration à augmenter le capital souscrit et éventuellement le capital autorisé dans le cadre autorisé par la loi relative à la conversion par les sociétés commerciales de leur capital en euros, et ce pendant la période transitoire du 1^{er} janvier 1999 au 31 décembre 2001.

- L'assemblée autorise le conseil d'administration à adapter ou à supprimer la mention de la valeur nominale des actions, et ce pendant la période transitoire allant du 1^{er} janvier 1999 au 31 décembre 2001.

- L'assemblée autorise le conseil d'administration à adapter l'article 5 des statuts pendant la période transitoire allant du 1^{er} janvier 1999 au 31 décembre 2001.

Luxembourg, le 5 octobre 1999.

Pour extrait conforme

Pour la société

Signature

Un mandataire

Enregistré à Luxembourg, le 12 octobre 1999, vol. 529, fol. 55, case 5 – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(49179/595/26) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

DREAMS MARINE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1660 Luxembourg, 42, Grand-rue.
R. C. Luxembourg B 69.154.

Il résulte du procès-verbal de l'assemblée générale extraordinaire qui s'est tenue au siège social le 24 août 1999, que:

1) Monsieur Paul Doran, dirigeant d'entreprise, demeurant à Jersey a été élu administrateur en remplacement de AMERICAN RENTAL CAR SERVICES, administrateur démissionnaire.

2) Madame Daniela Panigada, directeur financier, demeurant à Howald a été élue administrateur en remplacement de RENTLUX S.A., administrateur démissionnaire.

3) Monsieur Marc Libouton, comptable, demeurant à Saint Hubert (B) a été élu commissaire aux comptes en remplacement de Madame Ana De Sousa, commissaire aux comptes démissionnaire.

Leur mandat prendra fin avec l'assemblée générale annuelle statutaire de l'an 1999.

Pour inscription - réquisition

Enregistré à Luxembourg, le 3 septembre 1999, vol. 528, fol. 34, case 7 – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(49173/000/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

ELMS BROOK S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2350 Luxembourg, 3, rue Jean Piret.
R. C. Luxembourg B 62.510.

Extrait des résolutions prises lors de l'assemblée générale extraordinaire du 29 septembre 1999

L'assemblée accepte les démissions de Messieurs Boris Bakal, demeurant 21, Bryanston Court, George Street, London W17HA, United Kingdom et Alexei Matveev, demeurant à 14 nab r. Smolenki, 198 097 St Petersburg, Russie, de leurs fonctions d'administrateurs.

L'assemblée nomme en remplacement démissionnaires, Messieurs Vladimir Yu. Suleimanov, U1 Miklukho, Maklay Building 40, apt. # 119, Moscou, Russie, et Boris M. Tsfasman, Pr. Sisova, building 20/1, apt. , # 443, St Petersburg, Russie. Leur mandat se terminera lors de l'assemblée qui se tiendra en 2003.

L'assemblée nomme Monsieur Maxim Yakovlev, demeurant à 14 nab r. Smolenki, 198 097 St Petersburg, Russie, président du conseil d'administration. Il pourra dès lors engager la société par sa signature individuelle.

Luxembourg, le 29 septembre 1999.

Pour extrait conforme

Pour la société

Signature

Un mandataire

Enregistré à Luxembourg, le 19 octobre 1999, vol. 529, fol. 76, case 7. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(49180/595/21) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

ESPIRITO SANTO PROPERTY HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2121 Luxembourg, 231, Val des Bons-Malades.
R. C. Luxembourg B 37.551.

L'an mil neuf cent quatre-vingt-dix-neuf, le six octobre.

Par-devant Maître André-Jean-Joseph Schwachtgen, notaire de résidence à Luxembourg.

S'est tenue une assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme établie à Luxembourg sous la dénomination de ESPIRITO SANTO PROPERTY HOLDING S.A., R.C. B N° 37.551, ayant son siège social à Luxembourg, constituée suivant acte reçu Maître Marthe Thyges-Walch, notaire de résidence à Luxembourg, en date du 11 juillet 1991, publié au Mémorial C, Recueil Spécial des Sociétés et Associations N° 28 du 27 janvier 1992.

Les statuts ont été modifiés à plusieurs reprises et en dernier lieu par un acte reçu par Maître Emile Schlessier, notaire de résidence à Luxembourg, en date du 18 décembre 1995, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations N° 87 du 20 février 1996.

La séance est ouverte à dix-sept heures trente sous la présidence de Madame Annie Swetenham, corporate manager, demeurant à Luxembourg.

Madame la Présidente désigne comme secrétaire Monsieur Raymond Thill, maître en droit, demeurant à Luxembourg.

L'assemblée élit comme scrutateur Monsieur Marc Prospert, maître en droit, demeurant à Bertrange.

Madame la Présidente expose ensuite:

I. - Qu'il résulte d'une liste de présence, dressée et certifiée exacte par les membres du bureau que les dix millions cinq cent mille (10.500.000) actions d'une valeur nominale de dix (10,-) écus chacune constituant l'intégralité du capital social de cent cinq millions (105.000.000,-) d'écus, entretemps converti en euros, sont dûment représentées à la présente assemblée qui en conséquence est régulièrement constituée et peut délibérer ainsi que décider valablement sur les points figurant à l'ordre du jour, ci-après reproduit, sans convocations préalables, tous les membres de l'assemblée ayant consenti à se réunir sans autres formalités, après avoir eu connaissance de l'ordre du jour.

Ladite liste de présence portant les signatures des actionnaires présents ou représentés et des membres du bureau restera annexée au présent procès-verbal pour être soumise en même temps aux formalités de l'enregistrement.

II. - Que l'ordre du jour de la présente assemblée est conçu comme suit:

1. - Modification du deuxième alinéa de l'article 6 des statuts qui aura la teneur suivante:

«La société se trouve engagée de la manière suivante:

– Par la signature collective à deux:

- soit de deux signataires de type «A»

- soit d'un signataire de type «A» et d'un signataire de type «B».

Sont à considérer comme signataires de type «A»:

– les Administrateurs et les Directeurs Généraux.

Sont à considérer comme signataires de type «B»:

– les Directeurs et les Mandataires».

L'Assemblée, après avoir approuvé l'exposé de Madame la Présidente et reconnu qu'elle était régulièrement constituée, a abordé l'ordre du jour et a pris, après délibération, à l'unanimité des voix la résolution suivante:

Première et unique résolution

Le deuxième alinéa de l'article 6 des statuts est modifié pour avoir désormais la teneur suivante:

«**Art. 6. deuxième alinéa:** La société se trouve engagée de la manière suivante:

– Par la signature collective à deux:

- soit de deux signataires de type «A»

- soit d'un signataire de type «A» et d'un signataire de type «B».

Sont à considérer comme signataires de type «A»:

– les Administrateurs et les Directeurs Généraux.

Sont à considérer comme signataires de type «B»:

- les Directeurs et les Mandataires.»

Plus rien ne figurant à l'ordre du jour et personne ne demandant la parole, la séance est levée à dix-huit heures.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, ceux-ci ont signé avec Nous, notaire, la présente minute.

Signé: A. Swetenham, R. Thill, M. Prosper, A. Schwachtgen.

Enregistré à Luxembourg, le 7 octobre 1999, vol. 3CS, fol. 60, case 3. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 18 octobre 1999.

A. Schwachtgen.

(49183/230/60) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

ESPIRITO SANTO PROPERTY HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2121 Luxembourg, 231, Val des Bons-Malades.

R. C. Luxembourg B 37.551.

Statuts coordonnés, suivant l'acte n° 1092 du 6 octobre 1999, déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 21 octobre 1999.

A. Schwachtgen.

(49184/230/8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

ENCRE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.

R. C. Luxembourg B 65.113.

Le bilan au 31 décembre 1998, enregistré à Luxembourg, le 20 octobre 1999, vol. 529, fol. 83, case 11, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour la société ENCRE S.A.

Signature

(49182/005/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

EUROCANYON, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 23, rue Aldringen.

R. C. Luxembourg B 67.131.

Les comptes annuels au 31 décembre 1998, enregistrés à Luxembourg, le 19 octobre 1999, vol. 529, fol. 78, case 4, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 21 octobre 1999.

(49186/761/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

EUROFONDS (LUXEMBOURG) MANAGEMENT S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1470 Luxembourg, 69, route d'Esch.

R. C. Luxembourg B 42.674.

—

L'assemblée générale des actionnaires de 1999 a décidé de répartir le bénéfice de LUF 974.520,- de la façon suivante:

- Réserve légale	LUF 48.726
- Dividende	LUF 925.000
- Report à nouveau	LUF 794

L'assemblée a nommé, pour une période d'un an, à la fonction de commissaire aux comptes Pricewaterhouse-Coopers, 16, rue Eugène Ruppert, L-1014 Luxembourg.

Pour EUROFONDS (LUXEMBOURG) MANAGEMENT S.A.

BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG

Société Anonyme

Signature Signature

Enregistré à Luxembourg, le 20 octobre 1999, vol. 529, fol. 81, case 2 – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(49187/006/18) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

EURO-PLAN A.G., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-1319 Luxemburg, 147, rue Cents.

H. R. Luxemburg B 50.819.

—

Bericht von der ausserordentlichen Generalversammlung einberufen durch die Aktionäre abgehalten am 1. Oktober 1999

Anwesend: alle Aktionäre.

Da die Versammlung beschlussfähig war, wurde sie als eröffnet erklärt.

Nachfolgender Beschluss wurde vorgelegt und einstimmig beschlossen:

Beschluss

1) Frau Monika Barth, geboren am 4. Januar 1944, wohnhaft 5, place Winston Churchill in L-4056 Esch-sur-Alzette, kann mit ihrer alleinigen Unterschrift Bankkonten im In- und Ausland eröffnen und Bankgeschäfte jeder Art tätigen, sowie es für die Geschäfte der Gesellschaft erforderlich ist.

Frau Monika Barth ist somit Handlungsbevollmächtigte, und dies mit Wirkung auf den 1. Oktober 1999.

Nachdem kein weiterer Beschluss vorlag, wurde die Versammlung als geschlossen erklärt.

Unterzeichnet im Namen der EURO-PLAN A.G.

J. Mousel

G. Klein

Verwaltungsratsmitglied

Verwaltungsratsmitglied

Enregistré à Luxembourg, le 19 octobre 1999, vol. 529, fol. 76, case 2. – Reçu 500 francs.

Le Receveur ff. (signé): Signature.

(49190/000/21) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

EURO-PLAN A.G., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-1319 Luxemburg, 147, rue Cents.

H. R. Luxemburg B 50.819.

—

Bericht von der ausserordentlichen Generalversammlung einberufen durch die Aktionäre abgehalten am 1. Oktober 1999

Anwesend: alle Aktionäre.

Da die Versammlung beschlussfähig war, wurde sie als eröffnet erklärt.

Nachfolgender Beschluss wurde vorgelegt und einstimmig beschlossen:

Beschluss

1) Frau Monika Barth, geboren am 4. Januar 1944, wohnhaft 5, place Winston Churchill in L-4056 Esch-sur-Alzette, kann die Gesellschaft bei der Beratung, der Vermittlung, dem An- und Verkauf von Immobilien im In- und Ausland, sowie jeder anderen Tätigkeit, welche direkt oder indirekt mit der Gesellschaft zusammenhängt, verpflichten.

Frau Monika Barth ist somit Handlungsbevollmächtigte, und dies mit Wirkung auf das Ende der Versammlung.

Nachdem kein weiterer Beschluss vorlag, wurde die Versammlung als geschlossen erklärt.

Unterzeichnet im Namen der EURO-PLAN A.G.

J. Mousel

G. Klein

Verwaltungsratsmitglied

Verwaltungsratsmitglied

Enregistré à Luxembourg, le 19 octobre 1999, vol. 529, fol. 76, case 2. – Reçu 500 francs.

Le Receveur ff. (signé): Signature.

(49191/000/21) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

HARLSTONE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R. C. Luxembourg B 45.099.

Le bilan au 31 décembre 1998, enregistré à Luxembourg, le 20 octobre 1999, vol. 529, fol. 83, case 11, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour la société HARLSTONE S.A.

Signature

(49228/005/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

HARLSTONE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R. C. Luxembourg B 45.099.

Extrait des résolutions prises lors de l'assemblée générale ordinaire du 27 avril 1999

Messieurs Norbert Werner, Norbert Schmitz et Jean Bintner sont réélus Administrateurs pour une nouvelle période de 6 ans. Monsieur Eric Herremans est réélu Commissaire aux Comptes pour une nouvelle période de 6 ans.

Pour la société HARLSTONE S.A.

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 20 octobre 1999, vol. 529, fol. 83, case 11. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(49229/005/13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 octobre 1999.

PATTERSON & WESTON HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1631 Luxembourg, 35, rue Glesener.
R. C. Luxembourg B 19.781.

Les Actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra au siège social de la société extraordinairement le jeudi 30 décembre 1999 à 16.00 heures au siège social avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Présentation et approbation des résolutions prises lors de la réunion du Conseil d'Administration.
2. Présentation et approbation des rapports du Commissaire aux Comptes.
3. Présentation et approbation des bilans et des comptes de profits et pertes arrêtés aux 31 décembre 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998.
4. Décision conformément à l'article 100 de la loi sur les sociétés commerciales du 10 août 1915 sur la dissolution éventuelle de la société.
5. Affectation des résultats.
6. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes.
7. Elections statutaires.
8. Divers.

I (04526/802/22)

Le Conseil d'Administration.

CIME HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 7, rue Federspiel.
R. C. Luxembourg B 36.302.

Par la présente, convocation est donnée aux actionnaires de la société CIME HOLDING S.A. (ci-après «la société») qu'une

ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

sera tenue le 29 décembre 1999 à 14.30 heures au siège de la société, 7, rue Federspiel à Luxembourg en vue de débattre de l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Modifications des conditions d'exercice des warrants;
2. Information aux actionnaires concernant l'évolution de la société depuis la dernière assemblée générale;
3. Divers.

Droits de vote et conditions de quorum:

Une résolution extraordinaire sera adoptée si elle est approuvée par la majorité des 2/3 des droits de vote des actionnaires présents ou représentés à une assemblée extraordinaire. Pour être valablement tenue, une assemblée

extraordinaire requiert sur première convocation qu'au moins 50% du capital social émis par la société soit présent ou représenté à ladite assemblée.

Si la première assemblée n'atteint pas ledit quorum, une deuxième assemblée pourra être convoquée, par des annonces publiées par deux fois à 15 jours d'intervalle au moins et 15 jours avant l'assemblée. Les résolutions de la seconde assemblée générale extraordinaire valablement convoquée pourront être adoptées sans aucune condition de quorum, mais sous les simples conditions de majorité, à savoir celles des 2/3.

Les actionnaires ou porteurs doivent déposer leurs certificats d'actions ou actions au siège social de la société 7, rue Federspiel (Aristote Business Centre) à Luxembourg, au plus tard 5 jours ouvrables avant la date de l'assemblée ou les présenter le jour de l'assemblée générale.

Tout actionnaire souhaitant désigner un représentant est requis de déposer la procuration par lui dressée au siège social de la société 7, rue Federspiel (Aristote Business Centre) à Luxembourg au plus tard 5 jours ouvrables avant la date de l'assemblée.

I (04586/000/32)

Le Conseil d'Administration de CIME HOLDING S.A.

ATMEL ES2 S.A., Société Anonyme (en liquidation).

Siège social: L-1325 Luxembourg, 3, rue de la Chapelle.
R. C. Luxembourg B 23.004.

RECTIFICATIF

Les actionnaires de ATMEL ES2, société anonyme, sont convoqués en

ASSEMBLEE GENERALE

qui se tiendra le jeudi 23 décembre 1999 à 10.00 heures, au siège social de la société: 3, rue de la Chapelle, L-1325 Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

Présentation du résultat de la liquidation pendant l'année 1998.

I (04600/510/14)

J.-M. Boden
Le liquidateur

EURO-CANADIAN FOR TECHNOLOGICAL DEVELOPMENT S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 3, place Dargent.
R. C. Luxembourg B 28.681.

Les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui aura lieu le 28 décembre 1999 à 10.00 heures au siège social à Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

Délibération et décision sur la dissolution éventuelle de la société conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

L'Assemblée Générale du 1^{er} juin 1999 n'a pas pu délibérer valablement sur le point 6 de l'ordre du jour, le quorum prévu par la loi n'ayant pas été atteint.

II (04459/696/15)

Le Conseil d'Administration.

NETGELS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1470 Luxembourg, 50, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 33.131.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le lundi 20 décembre 1999 à 15.00 heures au siège social.

Ordre du jour:

1. Rapport du Conseil d'Administration et du Commissaire.
2. Approbation des bilan, compte de pertes et profits et affectation des résultats au 31 décembre 1998.
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire.
4. Elections statutaires.
5. Transfert du siège social.
6. Divers.

II (04491/595/17)

Le Conseil d'Administration.

TAIRA HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg.
R. C. Luxembourg B 34.734.

Messieurs les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 20 décembre 1999 à 10.30 heures à Luxembourg, 6, rue Zithe, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

- 1) Lecture des comptes arrêtés au 31 décembre 1998
- 2) Lecture du rapport du Conseil d'Administration concernant l'exercice social 1998
- 3) Lecture du rapport du Commissaire aux Comptes concernant les comptes arrêtés au 31 décembre 1998
- 4) Approbation des comptes
- 5) Affectation des résultats
- 6) Quitus aux administrateurs et au commissaire aux comptes
- 7) Nominations statutaires
- 8) Décision à prendre en application de l'article 100 de la loi sur les sociétés
- 9) Divers.

II (04499/280/20)

Le Conseil d'Administration.

YORITOMO S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg.
R. C. Luxembourg B 35.909.

Messieurs les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 20 décembre 1999 à 11.00 heures à Luxembourg, 6, rue Zithe, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

- 1) Lecture des comptes arrêtés au 31 décembre 1998
- 2) Lecture du rapport du Conseil d'Administration concernant l'exercice social 1998
- 3) Lecture du rapport du Commissaire aux Comptes concernant les comptes arrêtés au 31 décembre 1998
- 4) Approbation des comptes
- 5) Affectation des résultats
- 6) Quitus aux administrateurs et au commissaire aux comptes
- 7) Nominations statutaires
- 8) Décision à prendre en application de l'article 100 de la loi sur les sociétés
- 9) Divers.

II (04501/280/20)

Le Conseil d'Administration.

SAUREN FONDS-SELECT, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Gesellschaftssitz: L-1445 Luxemburg-Strassen, 4, rue Thomas Edison.
H. R. Luxemburg B 68.351.

Die Aktionäre der SAUREN FONDS-SELECT, SICAV werden hiermit zu einer

AUSSERORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

der Aktionäre eingeladen, die am 20. Dezember 1999 um 14.30 Uhr in 4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxemburg-Strassen, mit folgender Tagesordnung abgehalten wird:

Tagesordnung:

1. Änderung der Satzung der SAUREN FONDS-SELECT, SICAV im Rahmen der Registrierung der Sicav in der Bundesrepublik Deutschland und entsprechenden Änderung der Artikel 4 und 31 sowie die Annahme der geänderten Satzung, welche am Sitz der Gesellschaft angefordert werden kann.

Aktionäre, die ihren Aktienbestand in einem Depot bei einer Bank unterhalten, werden gebeten, ihre Depotbank mit der Übersendung einer Depotbestandsbescheinigung, die bestätigt, dass die Aktien bis nach der Generalversammlung gesperrt gehalten werden, an die Gesellschaft zu beauftragen. Die Depotbestandsbescheinigung muss der Gesellschaft zwei Arbeitstage vor der Generalversammlung vorliegen.

II (04505/755/19)

Der Verwaltungsrat.